

S T A D T R Ü M E L I N G E N

S a m m l u n g

d e r G E M E I N D E - P O L I Z E I - R E G L E M E N T E

-- O --

- I N H A L T S V E R Z E I C H N I S -

	Seite
1. Gesetzauszug betreffend die Erhöhung der <u>Geldbussen</u> .	1
2. Reglement betr. die <u>Benutzung des Schlachthofes</u> .	2 -14
3. <u>Wägeordnung</u> im städtischen Schlachthofe.	15-16
4. Reglement betr. die Benutzung der <u>öffentlichen Fuhrwerkswaage</u> .	17
5. <u>Tarifordnung</u> des städtischen Schlachthofes.	18-19
6. Reglement betr. die <u>Badeanstalt</u> .	20-22
7. Reglement betr. den <u>Friedhof</u> .	23-28
8. Polizeireglement betr. den <u>Stadtpark</u> .	29
9. <u>Sportsfeld</u> , Benutzungsreglement.	30-31
10. <u>Camping</u> auf dem Gebiete der Stadt Rümelingen.	32
11. Anlage von <u>Strassen</u> und <u>Bauten</u> .	33-36
12. <u>Sanitäts- und Bautenreglement</u> .	37-56
13. <u>Strassenbenennung</u> und Numerierung der Häuser.	57
14. <u>Frontsteuerreglement</u> .	58-62
15. <u>Bauprämien</u> -Reglement.	63-64
16. <u>Schuttablagerungsreglement</u> .	65
17. Reinigung der <u>Bürgersteige</u> und <u>Müllabfuhr</u> .	66-67
18. Reglement betr. die <u>Errichtung von Schweibeställen</u> .	68
19. <u>Austrieb</u> des <u>Borstenviehes</u> .	69
20. <u>Wasserleitungsreglement</u> .	70-72
21. Polizeireglement betr. die <u>Zusammenrottungen</u> .	73-74
22. Polizeireglement betr. die <u>An- und Abmeldungen</u> .	75
23. Reglement betr. die Regelung der <u>Wohnungsnot</u> .	76
24. <u>Strassenverkehrsreglement</u> .	77
25. <u>Hunde</u> -Reglement.	78-80
26. <u>Gleisen-Rodeln</u> und <u>Fussballspiel</u> in den Strassen.	81
27. Abbrennen von <u>Feuerwerkskörpern</u> .	82
28. Polizeireglement betr. <u>Ausflug der Tauben</u> .	83
29. Öffentliche <u>Spiele</u> und <u>Belustigungen</u> .	84-87
30. Polizeireglement betr. den <u>Hausierhandel</u> .	88-89
31. Festsetzung der <u>Hausierhandel-Taxen</u> .	90
32. <u>Marktreglement</u> .	91-93
33. Festsetzung der <u>Kanzlei-Verwaltungstaxen</u> .	94-95
34. <u>Schularztreglement</u> .	96-97
35. <u>Schulzahnarztreglement</u> .	98-99

E x t r a i t de la LOI du 25 juillet 1947, portant augmentation du taux des amendes à prononcer par les tribunaux répressifs (Mémorial No. 37 du 2.8.1947, page 742).

Nous CHARLOTTE, par la grâce de Dieu, Grande-Duchesse de Luxembourg, Duchesse de Nassau, etc. etc. etc.;

Notre Conseil d'Etat entendu;

De l'assentiment de la Chambre des Députés;

Vu la décision de la Chambre des Députés du 10 juillet 1947 et celle du Conseil d'Etat du 15 juillet 1947, portant qu'il n'y a pas lieu à second vote;

Avons ordonné et ordonnons :

.....
.....

Art. 3.- L'article 7 de la loi du 29 juillet 1930 concernant l'étatisation de la police locale est modifié comme suit :

"Les contraventions aux règlements et ordonnances édictés par les conseils communaux, les bourgmestres et échevins, ou les commissaires de district seront punies d'un emprisonnement de un à sept jours et d'une amende de 50 à 500.- francs ou d'une de ces peines seulement."

.....
.....

Mandons et ordonnons que la présente loi soit insérée au Mémorial, pour être exécutée et observée par tous ceux que la chose concerne.

Château de Fischbach, le 25 juillet 1947.

(s.) CHARLOTTE.

Le Ministre de la Justice,

(s.) Eugène SCHAUS.

SCHLACHTHOFREGLEMENT

Gemeinderatssitzung vom 23. Juni 1922, genehmigt durch Großherzoglichen Beschluß vom 20. Oktober 1922, No. 782, im Memorial veröffentlicht Seite 1330/1922.

Der Gemeinderat:

Gesehen :

- a.- Das Gemeindegesetz vom 24. Februar 1843 und das Gesetz vom 6. März 1818 betreffend die Strafen.
- b.- Das Gesetz vom 6. April 1881 betreffend die Fälschung von Nahrungsmitteln.
- c.- Das Gesetz vom 18. Dezember 1892 betreffend die Kontrolle der Nahrungsmittel, besonders des Fleisches.
- d.- Den Großherzoglichen Beschluß vom 20. Dezember 1892, betreffend den Fleischhandel.
- e.- Das Reglement vom 3. Oktober 1899, betreffend die Kontrolle der Privatschlächtereien und Metzgereien.

Beschliesst einstimmig wie folgt :

Art. 1.

Das gewerbmäßige, sowie nichtgewerbmäßige Abschachten von jedem großen und kleinen, zum menschlichen Genusse bestimmte Vieh, mit Ausnahme des nichtgewerbmäßigen Abschachten von Spanferkeln unter 7 Wochen, der Zicklein und Lämmer unter 3 Monaten, der Kaninchen und des Geflügels, darf auf dem ganzen Gebiete der Gemeinde nur im Schlachthause vorgenommen werden und zwar nur von dazu durch die Gemeinde bestellten Schlächtern.

Art. 2.

Ausnahmsweise ist das Töten eines Schlachtieres ausserhalb des Schlachthauses mit besonderer Genehmigung der Ortsbehörde und in besonders dringenden Fällen auch ohne solche Genehmigung gestattet, wenn ein Tier durch Unfall, Lähmung oder dergleichen zum Gehen unfähig geworden und der Transport desselben vermittels Wagens unmöglich ist. In jedem Falle muss es der Ortsbehörde sogleich zur Anzeige gebracht werden und das getötete Tier ist unverzüglich vor jeder weiteren Verarbeitung in das Schlachthaus zu bringen. Nur in letzterem darf die weitere Ausschachtung stattfinden.

Art. 3.

Die mit dem Schlachten in unmittelbarem Zusammenhange stehenden Verrichtungen, nämlich das Abhäuten, Ausweiden und Abbrühen des geschlachteten Viehes, das Entleeren und Reinigen der Gedärme und Eingeweide desselben, dürfen nur im öffentlichen Schlachthause vorgenommen werden mit Ausnahme der im Art. 1. für Private vorgesehenen Reserven.

Art. 4.

Das in den Schlachthof gelangte lebende Schlachtvieh ist zur Feststellung seines Gesundheitszustandes, sowohl vor als nach dem Schlachten einer Untersuchung durch den von der Gemeinde-Behörde bestellten und ernannten Sachverständigen zu unterwerfen. Vieh, welches sich als krank erweist und dessen Fleisch zum Genusse für Menschen ungeeignet scheint, wird von der Schlachtung ausgeschlossen und zurückgewiesen.

Ein Ausruhen des transportierten Viehes, von wenigstens 6 Stunden vor der Schlachtung ist obligatorisch.

Ausnahmen hiervon können von dem Direktor gestattet werden.

Art. 5.

Alles nicht im Schlachthofe ausgeschlachtete frische Fleisch sämtlicher Gattungen von Schlachtvieh, sowie die von auswärts stammenden mittelst Fleisch, Eingeweide, Fett usw. hergestellten Nahrungsmittel, wozu auch gesalzenes und getrocknetes Fleisch, Speck, Würste und Schinken gehören, dürfen im Gemeindebezirk nicht eher abgesetzt, verkauft, verarbeitet, sonst in den Verkehr gebracht, oder in Gast- und Speisewirtschaften zum Genusse zubereitet werden, bis es einer Untersuchung auf dem Gemeindschlachthof durch den von der Gemeindeverwaltung hierfür bestellten Sachverständigen unterzogen ist.

Die Vorführung genannter Waren im Schlachthofe zum Zwecke der Untersuchung, hat durch den Lieferanten selbst, bzw. durch jede Person, welche Waren vorgenannter Art in das Gebiet der Gemeinde Rümelingen einführt, zu geschehen, bevor diese Waren in die Behausung abgesetzt werden dürfen.

Die Lieferanten welche Waren vorgenannter Art durch ihr eigenes Gefährt, bzw. diejenigen Personen, welche auf irgend eine Art und Weise genannte Waren in das Gebiet der Gemeinde Rümelingen einführen, haben dem Abnehmer der Waren die ihnen durch den Fleischbeschauer ausgestellte Quittung zu übergeben, als Beweis, dass die Waren die Kontrolle passiert haben.

Die im Gebiete der Gemeinde Rümelingen wohnenden Grosshändler sind befugt vorgenannte Waren ohne vorherige Kontrolle in ihre Depots zu bringen; setzen dieselben jedoch solche Waren bei Detaillisten der Gemeinde Rümelingen ab, finden die Bestimmungen dieses Artikels ihre volle Anwendung. Die Depots der genannten Grosshändler können jederzeit vom Fleischbeschauer der Gemeinde kontrolliert werden.

Bei Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen ist gegen den schuldigen Lieferanten bzw. denjenigen, welcher die Zufuhr ohne vorherige Kontrolle bewerkstelligt hat, Protokoll zu errichten.

Zu obigem Zwecke müssen Rindvieh mindestens in ganzen Vierteln, Schweine in ganzen Seitenhälften und die übrigen Tiere in unzertheiltem Zustande nach dem Schlachthause gebracht und zur Untersuchung vorgelegt werden. Die dazu gehörigen Brusteingeweide (Lunge, Herz), sowie Kopf mit Zunge, Leber, Milz, Nieren und eventuell Gebärmutter müssen in jedem Falle in natürlichem Zusammenhang am Fleische anhaften.

Art. 6.

Für die Benutzung des öffentlichen Schlachthauses und der zu demselben gehörigen Einrichtungen, sowie für die Untersuchung des Schlachtviehes werden die in den nachstehenden Tabellen verzeichneten Gebühren erhoben.

Bevor das abgeschlachtete Vieh untersucht und nach dem es für gesund befunden und abgestempelt ist, darf es weder zerlegt noch selbst oder Teile desselben aus der Schlachthalle entfernt werden. Indes können Hornvieh und Pferde viermal, sowie Schweine einmal durchgespalten werden. Die zugehörigen Teile müssen so in unmittelbarer Nähe aufbewahrt werden, dass eine Verwechslung mit anderen ausgeschlossen ist. Eine Ausnahme machen die zu reinigenden Eingeweide (Magen, Gedärme) welche aber nach Erfolg der Reinigung in der Kutelei sofort wieder zu den übrigen Teilen zurückgeschafft werden müssen.

Art. 8.

Die grünlliche Untersuchung des geschlachteten Viehes darf nie gehindert werden. Die zur Untersuchung nötigen Teile des Tieres sind willig und unentgeltlich zu verabfolgen.

Die mit der Untersuchung betrauten Personen sind befugt die Teile selbst zu nehmen. Der Besitzer hat kein Widerspruchsrecht gegen die Art, in welcher die Untersuchung erfolgt. Fleischer und Fleischergehilfen, welche bei oder nach der Schlachtung ein Tier oder Teile desselben krank oder krankheitsverdächtig finden, sind verpflichtet hiervon dem Schlachthofdirektor oder dessen Vertreter sofort Anzeige zu machen. Es ist verboten vor beendeter Untersuchung kranke Teile zu beseitigen.

Art. 9.

Das Fleisch und die anderen Teile des Schlachtviehes, welche als gesund befunden sind, werden in leicht erkennbarer Weise mit dem amtlichen Stempel oder Untersuchungszeichen des Schlachthofes versehen und samt den Eingeweiden dem Besitzer zur freien Verfügung überlassen. Vor der Abstempelung dürfen Tierteile aus dem Schlachthofe nicht abgefahren werden.

Art. 10.

Fleisch, welches sich als Nahrungsmittel für Menschen ungeeignet erweist, wird vorläufig zurückgewiesen und beanstandet und bis zur endgültigen Entscheidung samt allen zugehörigen Teilen von der Schlachthof-Verwaltung in Verwahr genommen.

Art. 11.

Der Transport beanstandeten Fleisches sowie der Organe nach dem zur Aufbewahrung oder Vernichtung bestimmten Raume erfolgt im Innern des Schlachthauses durch den Besitzer und seine Leute. Es ist verboten beanstandete Tiere aus dem Schlacht- oder Aufbewahrungsraume ohne die Erlaubnis des Direktors zu entfernen.

Wenn ein ganzes Tier oder Teile eines Tieres zum menschlichen Genusse unbrauchbar erklärt, und vernichtet werden müssen, kann der Eigentümer verlangen, bei der Vernichtung zugegen zu sein.

Die Schlachthofverwaltung hat den Eigentümer des beanstandeten Fleisches sofort zu benachrichtigen, erscheint derselbe innerhalb von 6 Stunden nicht, kann die Vernichtung vollzogen werden.

Art. 12.

Darüber, ob Fleisch als Nahrungsmittel geeignet ist, entscheidet der Schlachthustierarzt, in Gemässheit der gesetzlichen Bestimmungen, hauptsächlich der Paragraphen 33 usw. des Ministerialbeschlusses vom 27. August 1903.

Ist der Interessent mit dem Urteil des Schlachthoftierarztes nicht einverstanden, so steht ihm das Recht zu innerhalb 24 Stunden auf seine Kosten eine Gegenuntersuchung zu veranlassen und ein Gegengutachten von einem Tierarzt seiner Wahl einzuholen.

Wird hier kein Einverständnis erzielt, so muss von den beiden Sachverständigen ein anderer Tierarzt womöglich ein Staatstierarzt zum Nachuntersuchen des beanstandeten Objektes berufen werden, dessen Entscheiden massgebend ist. Können oder wollen die beiden Experten einen dritten Sachverständigen nicht selbst wählen, so wird derselbe durch das Schöffengericht ernannt.

Die Kosten der Gegenuntersuchung sind, falls die Entscheidung des ersten Experten aufrechterhalten bleibt durch den Interessenten zu decken; andernfalls aber durch die Gemeinde. Die Kosten zur Beseitigung des beanstandeten Fleisches fallen dem Eigentümer zur Last.

Der Eigentümer ist verpflichtet auf Verlangen zur Deckung der Kosten bei Stellung des Antrages auf Gegenuntersuchung einen Vorschuss bei der Schlachthofkasse zu hinterlegen.

Art. 13.

Bei Beanstandung wird nach Art. 9, 10 und 11 des Großherzoglichen Beschlusses vom 16. August 1903 und nach Art. 45 des Ministerialbeschlusses vom 27. August 1903 verfahren.

Art. 14.

Die vorstehenden Bestimmungen finden ebenfalls Anwendung wenn ein Stück Vieh zwar im Schlachthofbezirk, aber nicht im Schlachthause getötet und nur zur weiteren Ausschachtung dahin gebracht wird.

Art. 15.

Schlachtthiere, welche einmal nach dem Schlachthofe gebracht sind, dürfen von demselben ohne besondere Erlaubnis des Schlachthof-Direktors nicht wieder entfernt werden.

Art. 16.

Der Schlachthof ist geöffnet :

- a.- Vom 1. Mai bis zum 1. Oktober : von 7 - 12 Uhr vormittags und von 2 - 7 Uhr nachmittags.

Der Dampfkessel wird brennen :

Montag, Dienstag und Donnerstag nachmittags. Am Freitag brennt derselbe den ganzen Tag.

- b.- Vom 1. Oktober bis 1. Mai : von 8 - 12 Uhr vormittags und von 1½ - 6 Uhr nachmittags.

Die Privatschlachtungen sind auf die Montage und Dienstage einer jeden Woche beschränkt.

Der Dampfkessel wird während der Winterzeit brennen : Montags und Dienstags den ganzen Tag. Mittwochs brennt der Kessel nicht.

Die Donnerstage und Freitage sind ausschliesslich für Schlachtungen der Metzger bestimmt.

Schlachtungen nach den festgesetzten Betriebszeiten können mit Erlaubnis des Direktors vollzogen werden, jedoch nur gegen Erlegung der doppelten Gebühren, ausserdem sind solche Schlachtungen mindestens 2 Stunden vorher anzumelden.

Änderungen in den Betriebszeiten können evtl. vom Gemeinderate im Einverständnis der Interessenten geändert werden.

Sonnabend, an Sonn- und Feiertagen dürfen Schlachtungen nicht stattfinden, ausgenommen sind dringende Fälle in welchen der Direktor entscheidet. Das Töten der Tiere innerhalb der Schlusstunde muss unbedingt untersagt bleiben, damit genügend Zeit zur weiteren Schlachtung und Reinigung bleibt. Ausnahmen können gestattet werden.

Ohne die, für jeden einzelnen Fall beim Direktor besonders einzuholende Erlaubnis, darf sich ausser der festgesetzten Zeiten niemand auf dem Schlachthofe aufhalten, ausnahmsweise oder bei Unfällen darf sogar an Sonn- und Feiertagen gearbeitet werden, jedoch nur auf besondere Ermächtigung des Schlachthof-Direktors.

Art. 17.

Das Personal besteht aus :

- 1.- dem Schlachthofdirektor,
- 2.- dem Schlachthofverwalter,
- 3.- dem Kesselwärter, welcher zugleich Schlachthofarbeiter ist.

a) Schlachthausdirektor:

Art. 18.

Für die Beaufsichtigung und die Direktion des Schlachthofes und des gesamten Schlachtwesens, für die Untersuchung des Schlachtviehes, sowie für die Fleischbeschau ist der Gemeindetierarzt als Schlachthof-Direktor angestellt. Im Krankheitsfall oder bei längerer Abwesenheit des Direktors, wird dieser gem. Art. 5 des großherzoglichen Beschlusses vom 16. August 1903 durch einen andern Tierarzt in seinen Funktionen ersetzt.

Die Amtstätigkeit des Stellvertreters beginnt nach schriftlicher Ankündigung seitens des Titulars an das Schöffenkollégium.

Über alles vom freien Verkehr ausgeschlossene Fleisch, sowie über jeden Fall von Beanstandung hat der Direktor Buch zu führen.

b) Schlachthofverwalter:

Art. 19.

Dem Schlachthausdirektor ist ein Schlachthofverwalter beigeordnet. Derselbe ist zugleich Wiegemeister und die Führung der vorgeschriebenen Register, sowie Einkassierung der Taxen liegen ihm ob.

Der Schlachthofverwalter hat alle Vorgänge in den Schlachthallen und in den Ställen zu beaufsichtigen, insbesondere hat er zu sorgen, dass die Schlachtplätze nach Gebrauch sofort wieder gereinigt werden. Den Schlachtenden hat er ihre Plätze anzuweisen, im übrigen hat er für die genaue Ausführung des gegenwärtigen Reglementes Sorge zu tragen.

Der Direktor sowie der Schlachthofverwalter sind dem Schöffenkollégium unterstellt und als Polizei-Beamte vereidigt und dadurch befugt alle Zuwiderhandlungen gegen die Schlachthof- und Fleischbeschauverordnungen zu protokollieren und zur Bestrafung anzuzeigen. Allen Anordnungen, welche die Schlachthausverwaltung zur Handhabung der Ordnung und Sicherheit zu erteilen für gut findet, muss unbedingt Folge geleistet werden.

Art. 20.

Der Schlachthofverwalter stellt eine Kautions von 1000.- Franken in Immobilien, in barem Gelde oder in Staats- oder Stadt-Obligationen. Der Schlachthofverwalter muss die ihm von dem Bürgermeister oder dem Schöffenkollégium angewiesenen Gebäulichkeiten bewahren.

Art.21.

Der Schlachthofverwalter hat den Betrag seiner wöchentlichen Einnahme jeden Montag laut eines vom Kollegium der Bürgermeister und Schöffen genehmigten Nachweises in die Hände des Gemeindeeinnahmers zu zahlen.

(Zusatz vom 27.6.1931, No. 5320, durch Ministerialerlass genehmigt am 14.8.1931, No. 1590/09. Memorial No. 41, Seite 595/1931.)

Die Feststellung des Schlachtgewichtes hat in nachstehender Weise zu geschehen:

Anstatt Wiegekarten mit 1 Fahne werden in Zukunft Wiegekarten mit 2 Fahnen zur Verwendung kommen und zwar werden dieselben dreifach numeriert. Die Gemeindeverwaltung resp. der Gemeindeeinnahmer versieht diese Wiegekarten mit dem Gemeindestempel und gibt sie in dem Masse des Verbrauchs an den Schlachthofverwalter weiter. Das Wiegen findet kontradiktorisch zwischen dem Schlachthofverwalter und dem Empfänger der gewogenen Ware statt. Die Lieferanten haben ebenfalls das Recht an diesen Wiegen teilzunehmen.

Sofort nach dem Abwiegen und vor dem Abtransport der gewogenen Ware muss :

- 1.- Die Wiegekarte auf dem Büro des Schlachthofes hinterlegt werden. Die Nummer der Wiegekarte und der Betrag der erhobenen Taxe ist nachträglich, jedoch noch am selben Tage in das Einnahmeprotokoll des Schlachthofes einzutragen.
- 2.- Die Wiegekarten welche mit dem Gewicht und sonstigen Angaben die gewogene Ware betreffend, versehen sein müssen, sind an den Metzger resp. Käufer abzugeben. Diese sind jederzeit dem Schlachthofdirektor oder Gemeindeeinnahmer zur Nachprüfung zur Verfügung zu halten.
- 3.- Die gewogene Ware ist alsdann mit einem Stempelaufdruck "Pese" zu versehen.

Da insoweit das Schlachthaus als Einnahmebüro eine Zugehörigkeit zur Gemeindekasse hat, wird dem Gemeindeeinnahmer das Recht eingeräumt neben der Kontrolle über die Buchführung eine sofortige und beständige Kontrolle des Wiegegeschäftes vorzunehmen. Der Schlachthofverwalter ist somit gehalten ihm jederzeit Zutritt zu den Wägeräumen zu geben und ihm keinerlei Schwierigkeiten entgegen zu setzen.

Das Wiegen ist nur vorzunehmen an den für die Schlachtungen festgesetzten Tagen und zwar morgens zwischen 10 $\frac{1}{2}$ und 11 $\frac{1}{2}$ Uhr und nachmittags zwischen 4 $\frac{1}{2}$ und 5 $\frac{1}{2}$ Uhr. Vor 11 $\frac{1}{2}$ Uhr vormittags resp. 5 $\frac{1}{2}$ Uhr nachmittags darf das geschlachtete Vieh resp. abgewogene Fleisch nicht abtransportiert werden.

Änderungen an diesem Stundenplan bleiben dem Schöffenkollegium vorbehalten.

Art.22.

Beim Amtsantritt des Schlachthofverwalters wird ein Inventar über den Befund des Schlachthauses sowie über das in demselben sich befindliche Mobiliaraufgestellt.

Art.23.

Der Schlachthofverwalter ist verantwortlich für die Instandhaltung der Gebäulichkeiten und des Mobiliars, vorbehaltlich seines Rekurses wie Rechtsens.

Art.24.

Jedes Jahr, im Laufe des Monats Juni wird eine Revision des Inventars über das Mobiliar und über den Befund des Schlachthauses durch eine Kommission, bestehend aus dem Schöffengericht, dem Schlachthausdirektor und dem Schlachthofverwalter vorgenommen.

Art.25.

Der Schlachthofverwalter darf weder direkt noch durch dritte Personen ein Geschäft betreiben, welches irgendeinen Bezug mit dem Schlachthaus haben könnte. Auch darf derselbe kein Vieh im Schlachthause halten, mit Ausnahme von einem bis höchstens zwei Hunden, sogenannte Rattenfänger. Es ist ihm ferner gestattet Geflügel im Schlachthofe zu halten.

Art.26.

Die Schlachtungen werden durch die Metzger resp. die Eigentümer vorgenommen.

Art.27.

Beim Schlachten, wozu die Reihenfolge durch die Verwaltung festgesetzt wird, müssen die Eigentümer, resp. ihre Leute jede zu große Anhäufungen verhindern.

Gleich nach der Schlachtung (eine strittige Beanstandung ausgenommen) müssen die Häute aus den Zellen entfernt, unverzüglich gesalzen und in die betreffenden Häutezellen gebracht werden. Die Besitzer von Häutezellen sind, im Interesse ihrer eigenen Sicherheit verpflichtet, selbe unter Verschluss zu halten.

Art.28.

Es ist dem Eigentümer, resp. seinen Leuten ausdrücklich geboten nach der Schlachtung und Zurichtung des Viehes die Schlachtkammer und deren Umgebung gehörig zu waschen, sowie alle zu ihrem Gebrauche nötigen Gerätschaften in möglichst reinlichem Zustande zu bewahren.

Art.29.

Bösartig anerkannte Tiere dürfen nicht anders als geknebelt zum Schlachthause gebracht und mittelst doppelten Halftern in den Ställen festgehalten werden.

Art.30.

Der Transport der Tiere aus den Ställen nach den Schlachtkammern liegt den Eigentümern resp. seinen Leuten ob, welche ebenfalls diesen Transport von der Waage nach den Schlachtkammern besorgen.

Art.31.

Alle zur Schlachtung gehörigen Vorkehrungen dürfen nur im Innern der Schlachtkammer vorgenommen werden. Den Metzgern kann auch, wenn sie es verlangen, gestattet werden, auf ihre Kosten die Abhäutung der Kälber zu Hause unter dem Vorbehalte vorzunehmen, dass die Häute nicht dürfen in dem Hause aufbewahrt, sondern innerhalb 48 Stunden nach dem Schlachthause zurückgebracht und gesalzen werden.

Art.32.

Vor der Schlachtung sind die Ochsen, Stiere und Kühe an die in den Ställen eigens dazu angebrachten Ringe gehörig zu befestigen. Der Gebrauch der Bruneau-Masken (bouterolle), kann

durch die Bürgermeister und Schöffen angeordnet werden.

Art.33.

Die Schweine dürfen nicht gesengt, sondern müssen gebrüht werden.

Die von den geschlachteten Schweinen herrührenden und von den Eigentümern dem Schlachthause überlassenen Borsten werden vom 1. Januar jedes Jahres an bis zum darauffolgenden 31. Dezember an den Meistbietenden vergeben.

Der erzielte Preis muss im Voraus gegen Quittung zu Händen des Schlachthofverwalters entrichtet werden.

Es wird dem Unternehmer gestattet auf seine Kosten die Borsten im Schlachthause zu reinigen und zu waschen.

Art.34.

Es ist ausdrücklich verboten die Tiere unnützerweise zu misshandeln und zu quälen.

Art.35.

Die Blutung der Tiere muss mit Geschick und Sorgfalt vorgenommen werden. Zu diesem Zwecke ist es den Eigentümern resp. seinen Leuten anempfohlen bei Grossvieh die Ausleerung des Blutes durch Knetung zu befördern und die Kälber solange hängen zu lassen bis alles Blut abgelaufen ist. Die Hammel sind nicht miteinander sondern einer nach dem andern zu schlachten.

Der Eigentümer resp. seine Leute haben Sorge zu tragen, dass keine Verwechselungen des Viehes vorkommen.

An Hammelfellen sind die Schwänze als Anhängsel beizubehalten. Im allgemeinen sind die Häute und Felle nach der Schlachtung der Tiere an die Stellen niederzulegen, welche vom Schlachthofverwalter bezeichnet werden.

Art.36.

Den Eigentümern des Viehes steht es frei, das vom Schlachten des Viehes herkommende Blut in gehörig verschlossene und mit einem Spunde versehene Emailgefässe aufzufassen insofern dasselbe sofort aus dem Schlachthause entfernt wird. Die Eigentümer des Viehes sind für die bei dieser Manipulation von ihnen angestellten Personen verantwortlich.

Das von dem Schlachtvieh herrührende Blut kann, sofern es die Eigentümer nicht selbst abholen, andern gegen Entrichtung festgesetzter Gebühren verabfolgt werden.

Art.37.

Jede bei den getöteten Tieren vorgefundene ungeborene Frucht muss sogleich vernichtet werden. Die Haut allein kann vom Eigentümer des Tieres beansprucht werden.

Art.38.

Gleich nach der Abschachtung eines jeden Tieres müssen dessen ausgeweidete Teile zusammengenommen und nur nach vollständiger Abkochung fortgeschafft werden.

Die Eingeweide dürfen nicht in die Hallen, sondern müssen in die eigens zu diesem Zwecke bereit gestellten Düngerkarren entleert werden.

Art.39.

Den mit der Schlachtung der Tiere beauftragten Personen ist es anbefohlen, das Fett von den in der Bauchhöhle enthaltenen Organen zu lösen, insofern die Eigentümer der betreffenden Tiere es nicht vorziehen, diese Arbeit selbst zu besorgen oder durch ihre Gehilfen verrichten zu lassen.

Die Eigentümer des Viehes sind für die von ihnen angestellten Personen verantwortlich. Die Gemeinde, resp. die Schlachthofverwaltung übernimmt keinerlei Haftpflicht für etwaige Unfälle.

Art.41.

Die Blasen, Kalbsmagen und Schweinebürsten dürfen an keinem anderen Orte als im Trockenraume des Schlachthauses aufbewahrt werden. Die Magen der grossen Wiederkäuer und der Hammel, sowie jedwede Gedärme dürfen dem Kaldaunenwäscher (Tripiier) nicht überlassen werden, ohne die Einwilligung des Eigentümers auf dem Wege des Verkaufs. Kommt der Verkauf nicht zustande, so ist der Eigentümer der Abfälle gehalten, dieselben zu reinigen bevor sie aus dem Schlachthofe fortgeschafft werden. Die Ausleerung der Magen ist jedoch durch die Eigentümer resp. ihre Leute zu besorgen.

Die Abfälle, welche nicht an den Mieter der Kaldaunenwäsche verkauft sind und vom Eigentümer nicht reklamiert werden, müssen bei der Schliessung des Schlachthauses unwiderruflich und ausschliesslich der Düngergrube verfallen.

Alle von den geschlachteten Kälbern herrührenden und von den Eigentümern überlassenen Magen werden bis zum Ende des Jahres an den Meistbietenden vergeben.

Der Unternehmer ist verpflichtet, dieselben innerhalb 24 Stunden nach der Schlachtung gegen Entrichtung des bestimmten Preises an den Schlachthofverwalter im Schlachthause abzunehmen. Es wird ihm täglich Quittung über die gemachten Zahlungen eingehändigt.

Diejenigen Mägen, welche nicht innerhalb der festgesetzten Frist abgeholt sind, werden zur Deckung der Kosten zu 5 Cts per Stück im Trockenraume des Schlachthauses getrocknet.

Art.42.

Das Fortschaffen des Fleisches aus dem Schlachthofe darf nur in entweder gehörig umschlossenen oder offenen Fuhrwerken bewerkstelligt werden. In letzterem Falle muss das Fleisch gehörig mit einem reinlichen Tuch bedeckt sein.

Der Transportwagen muss im Innern mit Zinkblech ausgeschlagen sein und sich in überaus reinlichem Zustande befinden. Der Führer hat Sorge zu tragen, dass kein Blut auf die Strasse träufelt. Stiere, Ochsen, Kühe und Pferde müssen viertelweise, Schweine, Kälber, Schafe und Ziegen könnenganz transportiert werden.

Art.43.

Der Transport innerhalb der Gemeinde geschieht durch die Gewerbetreibenden resp. durch die Privaten selbst. Der Eigentümer des Fleisches kann dasselbe nach erhaltener Erlaubnis der Verwaltung auf seine Kosten fortschaffen lassen.

Wenn der Eigentümer die Annahme des Fleisches verweigert so wird dasselbe auf dessen Kosten und Gefahr im Schlachthause zurückbehalten. Das Fleisch kann alsdann später, abgesehen von der geschuldeten Schlachtgebühr eventuell Stationsgebühr, gegen Entrichtung einer Supplementargebühr von 2 Franken pro 100 kg. verabfolgt werden und der Transport à domicile wird alsdann nur durch ein von der Anstalt eigens hierzu gemietetes Fuhrwerk unter Begleitung des Schlachthofverwalters vorgenommen nach Entrichtung einer Supplementargebühr zu 2 Cts. per Kilo Schlachtgewicht.

- 11 -

Wenn innerhalb 48 Stunden nach erfolgter Schlachtung das Fleisch nicht abgeholt ist, so können laut Bericht des Schlachthaus-Direktors die Bürgermeister und Schöffen das Fleisch durch das Amt eines Gerichtsvollziehers nach erhaltener Ermächtigung von seiten des Friedensrichters versteigern lassen und wird die erzielte Summe nach Abzug der Unkosten dem Eigentümer des Fleisches zur Verfügung gestellt.

Art. 44.

Der Zutritt zu dem Schlachthofe ist nur denjenigen Personen gestattet, welche in demselben auf das Schlachten bezügliche Geschäfte haben.

Kinder unter 14 Jahren werden auf dem Schlachthofe nicht zugelassen.

Der Zutritt zum Maschinen- und Kesselhaus ist nur denjenigen Personen gestattet, welche in diesen Räumen dienstlich beschäftigt sind.

Der Schlachthof-Direktor kann den Zutritt auch anderen Personen gegen Entrichtung einer Eintrittsgebühr von 0,25 Franken, deren Erlös der Wohltätigkeitskasse zu gute kommt, gestatten.

Wer sich den Anordnungen des Direktors oder des Verwalters nicht fügt kann protokolliert und nötigenfalls ausgewiesen werden.

Lohnschlächter, welche für eigene Rechnung oder für Rechnung dritter schlachten, können, wenn ihre Unbescholtenheit und Tüchtigkeit nachgewiesen, von dem Direktor bis auf jederzeitigen Widerruf zugelassen werden.

Art. 45.

Hunde dürfen in den Schlachthof nur dann eingeführt werden, wenn sie als Zugtier eingespannt sind. Sie müssen ohne Verzug festgelegt werden und dürfen in keinem Falle umherlaufen.

Auf Anordnung der Verwaltung sind auch Zughunde, welche böseartig sind, oder zu Störungen Anlass geben, seitens der Einbringer vom Schlachthause zu entfernen und dürfen ferner dahin nicht mitgebracht werden.

In dem Schlachthause darf nur, mit Fuhrwerken jeder Art, im Schritt gefahren werden. Wagen und Karren sind nach Anordnung der Beamten aufzustellen und an- und abzufahren.

Die Wagenpferde, sowie andere Zugtiere der Metzger können während des Schlachtens, soweit es der Raum gestattet nach Anordnung des Direktors in den Stallungen eingestellt werden.

Ist das Einstellen erfolgt, so übernimmt hiermit die Gemeindeverwaltung keinerlei Gewähr für die Sicherheit der eingestellten Pferde. Das Einstellen der Tiere geschieht vielmehr auf die ausschliessliche Gefahr des Eigentümers, welcher Letzterer auch Sorge zu tragen hat für deren Sicherheit und Aufsicht. Ihm trifft daher auch die Verantwortung für jeden von seinem Tiere verursachten Schaden.

Art. 46.

Es ist verboten in dem Schlachtraume geistige Getränke zu geniessen, darin zu schlafen, sowie denselben in betrunkenem Zustande zu betreten; desgleichen ist es verboten, irgend welchen Gegenstand zu beschädigen oder zu verderben.

Art.47.

Das Tabakrauchen und Spucken auf den Fussboden ist in den Schiachthallen untersagt.

Art.48.

Die Metzger, Fleischwarenhändler, Wurstgiesser, Schlächter, sowie Personen welche in dem Schlachthause verkehren, sind verantwortlich für allen an den Schlachtkammern und an den Utensilien, sowie an den Gebäulichkeiten des Schlachthauses durch sie oder ihre Angehörigen verursachten Schaden.

Art.49.

Das Einbringen von Futter und Stroh darf nur nach eingeholter Erlaubnis der Verwaltung geschehen, welche das Quantum sowie den Ablagerungsplatz bezeichnet.

Art.50.

Kein mit Fourage beladener Wagen wird im Schlachthause zugelassen, wenn die Aufspeicherung der Ladung nicht vor einbrechender Nacht geschehen kann.

Art.51.

Der Zutritt zu dem Fouragespeicher ist von Sonnenuntergang bis zum Sonnenaufgang untersagt.

Art.52.

Die Stallungen für Schafe, Kälber, Schweine und Rindvieh werden der Reihe nach sowie das Vieh eingebracht wird, in Gebrauch genommen. Die Eigentümer haben die nötigen Massregeln zu treffen, damit keine Verwechselung unter dem Vieh vorkomme und ein jeder seine Ware leicht wieder erkennen kann.

Für die Sicherheit des eingestellten Viehes übernimmt die Schlachthofverwaltung keinerlei Gewähr. Das Vieh steht vielmehr auf Gefahr der Eigentümer.

Art.53.

Das Schlachtvieh darf nicht über 4 Tage in den Ställen der Anstalt verweilen. Die Eigentümer sorgen für Nahrung und Streu.

Bei Unzulänglichkeit wird die Verwaltung dafür auf Kosten des Eigentümers des Viehes sorgen. Diese Kosten werden nach einem von den Bürgermeister und Schöffen aufzustellendem Tarife berechnet. Wenn nach Ablauf von 4 Tagen der Eigentümer nicht die Schlachtung des Viehes verlangt, so hat er, ausser den eventl. Nahrungskosten 1 Franken per Stück und per Tag zu entrichten. Für die Schafe, Kälber und Schweine beträgt die Taxe 0,50 Frk. per Stück.

Art.54.

Die Eigentümer haben kein Recht auf den Mist der geschlachteten Tiere.

Art.55.

Die Kaldaunenwäsche wird durch den Eigentümer resp. seine Leute ausgeführt.

Art.56.

Die Kaldaunenwäsche und deren Umgebungen müssen in der grössten Reinlichkeit von denjenigen die Gebrauch davon machen gehalten werden.

Art. 57.

Es ist verboten, anderwärts als im öffentlichen Schlachthause die von dem geschlachteten Vieh herrührenden Abfälle und Geräte (issues) zuzubereiten oder zu kochen.

Art. 58.

Jeder, der sich mit der Zubereitung oder Handel mit Wurstwaren befasst, ist gehalten alle zu gebrauchenden Abfälle, selbst die, welche von auswärts kommen in einer der beiden Kaldaunenwäschen abzukochen.

Art. 59.

Es ist verboten Kälber zu schlachten, welche nicht wenigstens 3 Wochen alt sind, und nicht mindestens 45 Kilo Lebendgewicht besitzen. Ist jedoch ein Kalb über 3 Wochen alt, und es besitzt nicht das vorschriftsmässige Gewicht, so kann es doch zur Schlachtbank zugelassen werden, wofern das Fleisch desselben vom Fleischbeschauer als bankwürdig erklärt wird. Es ist ferner verboten Tiere zu schlachten, deren Fleisch aus Magerkeit oder jeden anderen Ursachen in deren Folgen das allgemeine Wohlbefinden bereits abgenommen hat und vom Fleischbeschauer als untauglich zum menschlichen Genusse anerkannt ist.

Art. 60.

Kälber dürfen auf dem Fusse bloss durch erwachsene Personen von 16 Jahren aufwärts zum Schlachthause geführt werden. Geschieht der Transport per Wagen, so dürfen den Kälbern die Füsse nicht geknebelt werden.

Art. 61.

Es ist verboten frisches Fleisch auf den Märkten der Stadt zu verkaufen, sowie mit demselben hausieren zu gehen.

Art. 62.

Die Fleischbeschauer sind mit der Aufsicht der Metzgereien und Würstlereien beauftragt. Sie haben ihr Amt nach Massgabe des gegenwärtigen Reglementes und nach den ihnen mitgeteilten amtlichen Anweisungen auszuführen. Zur Ausübung der Kontrolle haben sie freien Zutritt zu den Aufbewahrungs-Lokalen der Metzger- und Würstläden und darf denselben in der Ausführung ihrer Funktionen keinerlei Hindernisse in den Weg gelegt werden.

Die Gewerbetreibenden sind verpflichtet, ihnen auf Verlangen den gesamten Vorrat an Fleischwaren vorzuzeigen. Die Beaufsichtigung der Verkaufsräume und der Fleischwaren ist soviel wie möglich unvermutet vorzunehmen.

Es ist den Metzgern verboten, für die Wurstküche Gerätschaften aus emailliertem Stoffe zu verwenden.

Zu widerhandlungen gegen diese Anordnung werden mit Geldstrafen von 12-25 Franken belegt.

Art. 63.

Werden das Fleisch und die Eingeweide eines geschlachteten Tieres für ungeniessbar erklärt, so hat der Fleischbeschauer zu bestimmen, ob und unter welchen Bedingungen Fett, Haut, Klauen usw. zu technischen oder ökonomischen Zwecken verwendet werden dürfen oder ob sie mit dem Fleische nach der Abdeckerei gebracht werden müssen.

Art.64.

Das Vergraben des als ungeniessbar erklärten Fleisches, der unverwendbaren andern Theilen der Fleisch, Fett und Wurstwaren hat auf Kosten des Gewerbetreibenden und unter Aufsicht eines Feldhüters oder Polizei-Agenten stattzufinden, nachdem dieselben vorher gemäss Art.45 des Ministerialbeschlusses vom 27. August 1903 behandelt worden sind.

Art.65.

Strafbestimmungen

Die Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen gegenwärtigen Reglementes werden, insoweit nicht die allgemeinen Gesetze andere Strafen androhen mit einer Geldbusse von 12 bis 25 Frk. oder mit einer Gefängnisstrafe von einem Tage belegt.

Beim Vorhandensein mildernder Umstände findet Art.566 des Strafgesetzbuches seine Anwendung.

Zuwiderhandlungen gegen Art. 1, werden überdies zur Zahlung in die Gemeindekasse der doppelten der unter Art. 5 vorgesehenen Taxen bestraft.

Art.66.

Unbeschadet vorgenannter Strafen kann das Kollegium der Bürgermeister und Schöffen auf administrativem Wege zeitweise den Zutritt zum Schlachthause einer jeden Person untersagen, welche die Ordnung stören, oder sich in Widerspruch mit den zur Regelmässigkeit des Dienstes, oder zur Handhabung der Polizei getroffenen Massregeln setzen würde.

Art.67.

Die in Zuwiderhandlung des Art. 5 in die Stadt eingeführten Fleischwaren werden in Gemässheit des Gesetzes vom 29. April 1819 mit Beschlag belegt und gerichtlich konfiskiert.

Art.68.

Zuwiderhandlungen werden durch den Fleischbeschauer festgestellt. Letzterer namentlich ist als polizeiliches Aufsichts- und Vollzugsorgan zu betrachten.

W Ä G E - O R D N U N G

=====

im städtischen Schlachthofe.

Gemeinderatsbeschluss vom 23.6.1922, genehmigt am 20. Oktober 1922,
No. 782, Memorial No. 90, Seite 1330/1927.

Der Gemeinderat beschliesst einstimmig:

Soll der Kaufpreis für ein Rind, Kalb, Schaf, Ziege oder Schwein usw. vertragsmässig nach Schlachtgewicht festgesetzt werden, so gelten, falls nicht ausdrücklich andere Vereinbarungen getroffen sind für die Schlachtung und für die Ermittlung des Schlachtgewichtes folgende Bestimmungen:

1.- Vor der Gewichtsermittlung sind bei dem Ausschachten von den Tieren zu trennen:

A. bei Rindern.

- a) Die Haut, jedoch so, dass kein Schwanz oder Fett an ihr verbleibt; der Schwanz ist hinter dem ersten Schwanzwirbel auszuschachten. Das sogenannte Schwanzfett darf nicht entfernt werden.
- b) Den Kopf zwischen dem Hinterhauptsbeine und dem rechten Halswirbel (im Genick) senkrecht der Wirbelsäule.
- c) Die Füße im ersten Gelenke der Fusswarzen über dem sogenannten Schienbeine.
- d) Die Organe der Brust-, Bauch- und Beckenhöhle mit den anhaftenden Fettpolstern (Herz, Drüsen und Mittelfett) jedoch mit Ausnahme der Fleisch- und Talgdrüsen, einschliesslich des Beckens und Schlussettes, welche mitzuwiegen sind.
- e) Die an der Wirbelsäule und in den vorderen Teilen der Brusthöhle gelegenen Blutgefässe, mit den anhaftenden Geweben sowie der Luftröhre und des Zwergefelles.
- f) Das Rückenmark.
- g) Die äusseren Geschlechtsteile, jedoch ohne das sogenannte Sackfett bei den männlichen Rindern, das Euter bei Kühen und über die Hälfte der Zeit trächtigen Kälbern und Färsen.

B. bei Kälbern.

- a) Das Fell nebst den Füßen im ersten (untern) Gelenke der Fusswurzel über dem sogenannten Schienbeine.
- b) Der Kopf hinter dem Hinterhauptsbeine und ersten Halswirbel (im Genick).
- c) Die Eingeweide der Brust-, Bauch- und Beckenhöhle, mit Ausnahme der Nieren.
- d) Der Nebel und bei männlichen Kälbern die äusseren Geschlechtsteile.

C.bei Schafvich.

- a) Das Fell nebst den Füßen im ersten (untern) Gelenke der Fusswurzeln über dem sogenannten Schienbeine.
- b) Der Kopf zwischen dem Hinterhauptsbeine und dem ersten Halswirbel.
- c) Die Eingeweide der Brust-,Bauch-und Beckenhöhle mit Ausnahme der Nieren.
- d) Bei Widdern und Hämmeln,die äusseren Geschlechtsteile;bei Mutterschafen die Euter.

D.bei Schweinen.

- a) Die Eingeweide der Brust-,Bauch-und Beckenhöhle, Luftröhre und Schlund nebst Zunge,jedoch mit Ausnahme der Nieren und des Schmeeres (Flohm,Liesen).
- b) Bei männlichen Schweinen die Geschlechtsteile.
- c) Das Rückenmark.
- d) Die Lungen mit anhaftendem Lungenfleisch.

Die blutigen Stellen der Schnitt-und Stichstellen werden entfernt.Beim Ausstich der Ohren und Augen,bei Entfernung der Zitzen,des Afters und der blutigen Teile der Schnitt- und Stichstellen dürfen die benachbarten Teile nicht ausgeschnitten werden.

2.- Die Gewichtsermittlung hat bei den Rindern in ganzen,halben und viertel,bei den Kälbern und dem Schafvich in ganzen und bei Schweinen in ganzen oder halben Tieren zu erfolgen.

Erfolgt die Feststellung des Schlachtgewichtes bei den Rindern und Schweinen innerhalb 12 und bei anderen Schlacht-tieren innerhalb 3 Stunden nach dem Schlachten,so ist von jedem angefangenen 50 Kilo ein Kilo als sogenanntes Warmgewicht in Abzug zu bringen.Beim Kalb im ganzen ein Kilo.Beim Schaf $\frac{1}{2}$ Kilo.

3.- Für die Gewichtsermittlung sind die in den Schlachthallen aufgestellten Waagen zu benutzen.Die Wiegung wird durch den Schlachthofverwalter vollzogen und hat er genau darauf zu sehen,dass die Ausschachtungen nach Handelsbrauch und nach den obigen Bestimmungen stattfinden.

4.- Für jede Schlachtgewichtswägung ist auf Verlangen ein Wägeschein auszustellen auf welchem die Bezeichnung "Schlachtgewicht" angegeben sein muss.

5.- Für gänzlich als ungeniessbar beanstandete Tiere werden keine Schlachtgebühren entrichtet.

Alle krankhaften Tiere sind nach erfolgter Untersuchung vor der Wägung zu entfernen und dürfen keinesfalls mitgewogen werden.

F U H R W E R K S W A A G E
=====

Gemeinderatssitzung vom 22. September 1910.

Der Stadtrat :

Gesehen Artikel 36 des Gesetzes vom 24. Februar 1843.

Beschliesst einstimmig

folgendes Polizeireglement über die öffentliche Fuhrwerks-
waage zu erlassen :

Art.1.- Zum Abwägen der Fuhrwerke und anderer Gegenstän-
de ist beim Schlachthause eine öffentliche Gemeindewaage auf-
gestellt.

Art.2.- (abgeändert durch Gemeinderatsbeschluss vom
7.5.1946, genehmigt durch gressherzoglichen Beschluss vom
6. August 1946). (Neuer Text) Für die Benutzung der öffent-
lichen Fuhrwerkswaage wird eine Gebühr von 0,30 Frk. für
je 100 Kilos erhoben, die Mindesterhebung beträgt jedoch
3,00 Franken.

Art.3.- Diese Taxe ist nicht geschuldet :

- a) für die von der Gemeinde bezogenen Waren;
- b) für die leeren Fuhrwerke, wenn solches für die Berechnung
nötig ist.

Art.4.- Der Abwägedienst mit Erhebung der Taxe geschieht
durch einen Gemeindebeamten, den jeweiligen Schlachtmeister
im städtischen Schlachthause.

GEBÜHRENTARIF

des Schlachthofes.

Gemeinderatssitzung vom 7. Mai 1946, genehmigt durch Grossherzoglichen Beschluss vom 6. August 1946.

Der Gemeinderat :

Nach Einsichtnahme :

des Reglementes vom 23. Juni 1922, enthaltend Bestimmungen betreffend den städtischen Schlachthof und den Verkehr mit Fleisch in hiesiger Stadt;

seiner Beratung vom 3. Juli 1933, genehmigt von der Oberbehörde am 14. 11. 1933, No. 1399/39, die Festsetzung eines neuen Gebührentarifes für den städtischen Schlachthof betreffend;

In Erwägung, dass der in vorben. Beratung festgestzte Tarif keinesfalls mehr den jetzigen Verhältnissen entspricht und mit Rücksicht auf die stetig anwachsenden Betriebs- und Unterhaltskosten welche der Schlachthof verursacht, zu erhöhen ist;

Nach Anhörung des Schöffengerates in seinen Vorschlägen;

Beschliesst

mit 7 Stimmen (die der HH. Luck, Lux, Duprel, Fomck, Eck, Heyardt und Seimetz) gegen 3 Stimmen (die der HH. Delleré, Charpantier und Glesener) entsprechend den Vorschlägen des Schöffengerates ab 1. Juni 1946 nachstehenden neuen Gebührentarif für den städtischen Schlachthof anzuwenden und zwar wie folgt :

Schlachtgebühr:

Die Schlachtgebühr beträgt vom Schlachtgewicht :

für Grossvieh, Kälber und Schweine	p./Kilo	Frk.	0,50
" Schafe, Ziegen und Böcke	p./Stück		15.-
" Lämmer und Ferkel	"		10.-
" Pferde	"		200.-

Die Wiegegebühren betragen:

für ein Stück Grossvieh	Frk.	10.-
" ein Kalb		5.-
" ein Schwein		5.-
" ein Schaf		5.-
" ein Ferkel		2.-
" ein Lamm		2.-
" eine Ziege		2.-
" eine Haut und dergleichen		1.-
" ein Fell		0,50
" eingeführte Fleischwaren	p./Kilo	0,50

Die Kaldaungebühren sind in den Schlachtgebühren eingegriffen.

Häuteraumgebühr:

für jede Zelle pro Jahr Frk. 250.-

Stallgebühren:

für ein Stück Grossvieh	p./1.Tag	Frk.	0,00
	p./2.Tag	"	10.-
für ein Stück Kleinvieh	p./1.Tag	"	0,00
	p./2.Tag	"	5.-

Verbrennungstaxe:

für Grossvieh Frk. 80.- für Kleinvieh und Sonstiges 30.-Frk.
pro Stück.

Freibankgebühren:

für Grossvieh	p./Stück	Frk.	125.-
" Schweine und Kälber	p./Stück	"	60.-
" Schafe und Ziegen	p./Stück	"	20.-

Kleiner Viehwagen:

für jede Benutzung wird eine Gebühr von 1.- Frk. erhoben.

Fuhrwerkswaage:

für die Benutzung der öffentlichen Fuhrwerkswaage wird eine
Gebühr von 0,30 Frk. für je 100 Kilos erhoben, die Mindest-
erhebung beträgt jedoch 3.- Franken.

Reinigung von Autos u.s.w.:

für jede Reinigung wird eine Gebühr von 15.- Frk. erhoben.

R E G L E M E N T

der Badeanstalt der Stadt Rümelingen.

Auszug aus dem Beratungsregister des Gemeinderates.-Sitzung vom 27.Februar 1946, genehmigt am 10. Mai 1946, No. 818/45. Veröffentlicht im Memorial No. 8/1950, Seite 178.

Der Gemeinderat :

Gesehen Artikel 35 des Gesetzes vom 24. Februar 1843 über die Organisation der Gemeinden;

Gesehen Artikel 7 des Gesetzes vom 29.7.1930, betreffend die Verstaatlichung der Lokalpolizei;

In Erwägung, dass es angebracht erscheint ein Reglement über die Benutzung der städtischen Badeanstalt festzulegen;

Beschliesst
mit allen Stimmen

Art.1.- Badezeiten: Die Badeanstalt ist jeweils Freitags und Samstags geöffnet und zwar Freitags für weibliche und Samstags für männliche Benutzer. Die Bäder werden von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 6,30 Uhr verabreicht.

Fällt auf den Freitag oder Samstag ein gesetzlicher Feiertag, so bleibt an diesem die Badeanstalt geschlossen.

Art.2.- Zutritt zur Anstalt: Die Benutzung der Badeanstalt ist nur nach vorheriger Lösung einer Eintrittskarte gestattet, welche auch nach der Entwertung durch das Badepersonal bis zum Verlassen der Badeanstalt aufzubewahren und sodann in den vorgesehenen Behälter zu werfen ist. Mit der Lösung der Eintrittskarte unterwirft sich jeder Benutzer der Anstalt den Vorschriften dieser Ordnung.

Gelöste Eintrittskarten werden nicht wieder zurückgenommen. Für verlorene Eintrittskarten wird ein Ersatz nicht geleistet. Die Eintrittskarten berechtigen nur zu der darauf bezeichneten Art des Bades (Wannenbad oder Brausebad).

Das Badepersonal ist verpflichtet, bei Abgabe der Eintrittskarten auf der Rückseite das Datum des Tages der Lösung dieser Karten aufzustempeln. Die Karte gilt nur für den betreffenden Tag.

Eintrittskarten sind für alle Personen zu lösen, auch wenn solche gemeinsam (z.B. Mütter mit Kindern) das Brause- oder Wannenbad benutzen.

Personen, welche mit Hautausschlägen oder anderen Anstoss erregenden Krankheiten behaftet sind oder übelriechende Einreibungen benutzen, werden nicht zugelassen. Personen, welche leidend sind und beim Baden besondere Hilfe brauchen, müssen sich dieses Hilfspersonal selbst mitbringen.

Zu den Wannen- und Brausebädern haben Kinder unter 10 Jahren nur in Begleitung Erwachsener Zutritt.

Art.3.- Benutzungsdauer: Die Benutzungsdauer beträgt für Wannenbäder eine halbe Stunde, für Brausebäder 20 Minuten. Wird diese Zeit überschritten, so muss eine weitere Eintrittskarte gelöst werden.

Art.4.- Eintrittspreise: Für Wannenbäder sind 5 Franken, für Brausebäder 3 Franken zu bezahlen.

Art.5.- Ordnung und Reinlichkeit: Das Badepersonal ist verpflichtet, für die Aufrechterhaltung der Ordnung und Reinlichkeit in der Badeanstalt zu sorgen. Es ist ihm zur Pflicht gemacht, sich gegen alle Benutzer gleichmässig höflich und zuvorkommend zu zeigen. Andererseits wird von den Benutzern erwartet, dass sie den Anordnungen des Badepersonals willig Folge leisten. Jede Verunreinigung oder Beschädigung der Räume, Geräte oder Gebrauchsgegenstände ist verboten. Zuwiderhandelnde sind nicht nur für den durch sie verursachten Schaden haftbar, sondern müssen auch mit Strafanzeige rechnen, wenn die Verunreinigung oder Beschädigung vorsätzlich geschehen ist. Auch behält sich die Stadtverwaltung vor, solchen Personen den weiteren Besuch der Badeanstalt zu untersagen. Findet ein Benutzer den ihm zur Benutzung zugewiesenen Raum bei der Zuweisung verunreinigt oder beschädigt vor, so hat er sofort das Badepersonal zu benachrichtigen.

Pfeifen, Singen, Schreien, Herumlaufen oder jede sonstige Ruhestörung sowie Rauchen ist in den Räumen der Badeanstalt verboten. Hunde dürfen nicht mitgebracht werden. Papier, Speisereste und Abfälle jeder Art dürfen in den Anstaltsräumen nicht zurückgelassen werden. Das Ausspucken in der Badeanstalt ist strengstens verboten.

Das Badepersonal ist befugt, diejenigen Personen, welche die Benutzungsordnung übertreten, oder den Weisungen des Badepersonals nicht unverzüglich nachkommen oder deren Anwesenheit Unzuträglichkeiten veranlassen kann oder befürchten lässt, aus der Badeanstalt zu verweisen oder ihnen sogar von vornherein den Eintritt in das Bad zu versagen. Im Falle der Verweisung aus der Badeanstalt werden Eintrittskarten welche bezahlt sind nicht zurückerstattet.

Art.6.- Reihenfolge der Benutzer: Die Zuweisung der Badezellen geschieht durch das Badepersonal nach der Nummernfolge der gelösten Karten. Das eigenmächtige Betreten der Badehalle bzw. der Badezellen ist also untersagt. Beim Betreten der Badehalle bzw. bei der Zuweisung der Badezelle wird vom Badepersonal der Kontrollabschnitt der Eintrittskarte abgerissen.

Art.7.- Wärme des Badewassers: Das Bad wird durch das Badepersonal in der vom Benutzer gewünschten Wärme hergerichtet, jedoch nicht wärmer als 37 Grad Celsius.

Art.8.- Badewasserzusätze: Die Benutzung von allen Badewasserzusätzen ist ausdrücklich untersagt.

Art.9.- Abgabe von Wäsche und Wäscheaufbewahrung: Seitens der Badeanstalt wird Badewäsche nicht ausgegeben. Eine Wäscheaufbewahrung kann nicht stattfinden.

Art.10.- Haftung für abhandengekommene Gegenstände, Fundsachen: Für die den Benutzern etwa abhandengekommenen Gegenstände wird in keinem Falle Ersatz geleistet und es wird in dieser Hinsicht keinerlei Haftung übernommen. In den Baderäumen gefundene Gegenstände sind von den Findern sofort an das Badepersonal abzugeben, werden von diesen in eine Fundliste eingetragen und danach an dem gleichen Tage an das Polizeibüro abgegeben.

Art.11.- Trinkgeld: Es ist dem Badepersonal bei Strafe der sofortigen Entlassung verboten, von den Benutzern Trinkgeld oder sonstige Vergünstigungen anzunehmen.

Art.12.- Betriebsunterbrechungen: Bei Unterbrechungen des Badebetriebes, welche infolge Betriebsstörungen oder aus anderen Ursachen veranlasst sind, wird keinerlei Ersatz für gezahlte Eintrittsgebühren geleistet.

Art.13.- Verhalten bei Verlassen des Bades: Die Benutzer werden ersucht, beim Aussteigen aus den Badewannen den Ablauf zu öffnen und beim Austritt aus den Zellen die Türen offen zu lassen.

Art.14.- abgeändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 25.Juli 1947, Strafbestimmungen: (Neuer Text) Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen gegenwärtigen Reglementes werden mit einer Geldbusse von 50 bis 500 Franken und mit Gefängnis von 1 bis 7 Tagen oder blos mit einer dieser Strafen geahndet.

R E G L E M E N T

sur le transport des Morts.-Taxes pour inhumations,exhumations et concessions.

Séance du 28 avril 1896,23.6.1896 et 26.8.1896,appr. par arrêté minist. du 5.7.1896,No.3484-1370/96.Memorial No.16/1897,page 250.

Le Conseil Communal :

Vu l'art. 16 de la loi du 23 prairial an XII,ainsi conçu:
"Les lieux de sépulture,soit qu'ils appartiennent aux communes, soit qu'ils appartiennent aux particuliers,seront soumis à l'autorité;police et surveillance des administrations municipales."

Vu l'art. 36 de la loi du 24 février 1843 sur l'organisation des communes.

Attendu qu'il importe d'établir un règlement sur le transport des morts,sur les inhumations et les exhumations et sur les concessions de terrains dans le cimetière et qu'il convient de réunir toutes les dispositions y relatives dans un seul règlement;

Arrête ce qui suit :

A) Transport des Morts.

art.1.- (modifié le 20.12.1948,No. 7254,approuvé le 3.3.1949,No. 841/49.Memorial No. 10/49,page 177.).
Le service du transport des morts est confié à un entrepreneur par la voie de la soumission restreinte.

art.2.- (abrogé par délibération du 20.12.1948).

art.3.- L'entrepreneur ne peut dans aucun cas refuser de faire les transports des morts ou les différer au delà de l'heure fixée,en cas de refus ou de retard,l'administration communale y pourvoit et perçoit la taxe fixée à l'article 6.

art.4.- Le transport s'effectue au cimetière soit en corbillard soit à bras d'homme.

L'emploi du corbillard est en général obligatoire.Le transport à bras d'homme peut s'effectuer lorsque le mort n'avait pas atteint l'âge de douze ans,ou lorsque le décès a eu lieu dans une maison située dans un rayon de cent mètres du cimetière,à moins que dans l'un et l'autre cas il ne soit le résultat d'une maladie contagieuse ou qu'il ne règne une épidémie.

art.5.- (modifié le 20.12.1948). Il n'y a qu'une seule classe de transport en corbillard.

art.6.- (modifié le 20.12.1948). La taxe du transport en corbillard est fixée à trois cents francs par transport et payable entre les mains du receveur communal.

Le transport des indigents est effectué aux frais de la commune.

Les factures de l'entrepreneur seront réglées trimestriellement par l'administration communale.

art.7.- Faute de paiement par les parties intéressées de la taxe due, endéans le mois du transport effectué, le receveur communal est autorisé à en poursuivre le recouvrement conformément aux dispositions de la loi du 29 avril 1819. (23.6.1896).

art.8.- L'administration communale met à la disposition de l'entrepreneur qui en donne un accusé de réception, le corbillard qu'elle possède, sous la réserve qu'elle peut toujours en faire usage dans le cas prévu par le dernier paragraphe de l'article 3.

Le local est fourni par l'administration communale.

art.9.- L'entrepreneur ne peut employer le corbillard à aucun autre usage qu'au transport des morts au cimetière de Rumelange. Néanmoins il peut être autorisé par le collège des bourgmestre et échevins à effectuer des transport de ce genre sur les territoires d'autres communes. Dans ce cas il doit faire au receveur communal la déclaration qu'il a reçu cette autorisation. (abrogé le 20.12.1948).

art.10.- Le conducteur dirige les chevaux en les tenant au pas. Il ne peut quitter les rênes pour l'accomplissement de cérémonies religieuses ou pour d'autres causes.

B) Inhumations.

art.11.- Le service des enterrements se fait par un fossoyeur, qui est choisi et révoqué par le collège des bourgmestre et échevins; il est placé sous ses ordres immédiats.

art.12.- Les enterrements ne peuvent avoir lieu que sur la production d'un permis de l'officier de l'état-civil, vingt-quatre heures après celle du décès; il ne peuvent être différées plus de trois fois vingt-quatre heures, à moins qu'il ne s'agisse d'une personne décédée hors du territoire de la commune.

Toutefois, le collège échevinal peut abrégé le premier de ces délais et proroger le second sur le vu d'un certificat du médecin constatant que la mesure est exigée dans l'intérêt de la salubrité publique ou ne peut pas lui nuire en prenant les précautions que les circonstances peuvent exiger.

art.13.- Les fosses sont creusées, les unes à côté des autres dans des terrains où depuis cinq ans au moins, il n'y a plus eu d'inhumation; elles ont au moins 1,80 mètres de profondeur sur 0,80 mètres de largeur; elles sont distancées les unes des autres de 0,30 à 0,40 mètres sur les côtés et de 0,30 à 0,50 mètres de la tête aux pieds; chacune ne sert qu'à une seule inhumation; les corps sont enterrés sans distinction d'après l'ordre dans lequel ils sont présentés, le tout sauf ce qui est réglé pour les concessions. Toute fosse peut être recouverte d'une pierre sépulcrale, ou de toute autre signe indicatif, sans qu'il soit besoin d'une autorisation. (23.6.1896)

art.14.- Le fossoyeur exécute inclusivement et sans retard le travail d'ouverture et de fermeture des fosses; il y replace les ossements qui en proviennent et prend tous les soins pour que les tombes voisines, les constructions et les plantations ne soient pas endommagées.

art.15.- Le fossoyeur est tenu d'entretenir la propreté du cimetière de ses abords et dépendances; de faire sarcler et nettoyer les chemins autour des tombes et de veiller à l'enlèvement des grosses pierres qui se trouvent dans le terrain. Il relève pour la fête des Trépassés tous les tombeaux sans distinction.

art.16.- Le salaire du fossoyeur pour le travail dont il est chargé par les dispositions qui précèdent, est fixé à 4 francs par fosse pour toute personne âgée de plus de douze ans, et à 3 francs pour celles qui n'ont pas atteint cet âge.

Ce salaire lui est payé à la fin de chaque mois par un mandat sur la caisse communale.

Il est accordé en outre, au fossoyeur, à la fin de chaque année une indemnité à fixer par le collège des bourgmestre et échevins, si le dernier peut constater qu'il a rempli ses fonctions à l'entière satisfaction. Il lui est défendu d'exiger aucune autre rétribution.

art.17.- (modifié par délibération du 16.2.1945, No. 6680, approuvé par arrêté grand-ducal du 11.4.1945, No. 818/45). Il est dû à la commune une rétribution fixée à 40.- francs et à 20 francs, selon que le mort était âgé de douze ans ou de moins de douze ans.

Cette rétribution est perçue par le receveur communal sur un état qui lui est remis à la fin de chaque mois par le collège des bourgmestre et échevins.

Si le paiement n'a pas lieu dans le mois qui suit celui du décès, le recouvrement de la somme due se fait conformément aux dispositions de la loi du 29 avril 1819.

C. Exhumations.

art.18.- Aucune exhumation ne peut être faite sans autorisation du collège des bourgmestre et échevins, à moins qu'elle ne soit ordonnée par l'autorité judiciaire.

art.19.- L'autorisation ne peut être accordée qu'au conditions suivantes :

- a) Les fosses au moment de leur ouverture sont désinfectées au moyen de chlorure de chaux ou d'autres matières désinfectantes.
- b) L'exhumation n'a lieu qu'entre huit heures du soir et six heures du matin en été et entre cinq heures du soir et huit heures du matin en hiver, sauf dans des circonstances exceptionnelles que le collège des bourgmestre et échevins apprécie.
- c) Les travaux de l'exhumation sont exécutés par le fossoyeur en présence de la police ou d'un délégué, qui en dresse procès-verbal.

art.20.- La personne qui demande l'autorisation d'exhumer supporte les frais que l'opération occasionne et en consigne le montant chez le receveur communal.

art.21.- La police ou le délégué qui assiste à l'exhumation a droit à une indemnité de 3,75 et le fossoyeur qui y procède à un salaire de 7,50 francs sans préjudice de celui qui peut lui revenir pour l'ouverture d'une nouvelle fosse.

art.22.- Le transport dans un autre cimetière des restes d'un mort exhumé a lieu conformément aux prescriptions de la police.

D. Concessions.

art.23.- Des concessions de terrain pour fondation de sépulture qui servent à l'enterrement des membres d'une même famille peuvent avoir lieu, elles sont permanentes ou temporaires. Les concessions temporaires sont faites pour trente ans.

art.24.- Les trois carreaux au milieu du cimetière sont réservés pour concessions à perpétuité et le premier carreau à gauche en entrant du côté de Rumelange est réservé pour concessions à trente ans.

Les concessions seront concédées par la voie de relaiement hors mains et d'après l'ordre dans lequel les demandes en sont présentées au collège des bourgmestre et échevins.

La publication de ce relaiement sera affichée aux lieux et de la manière usités, pendant un délai de six semaines, durant lequel les amateurs de concessions seront tenus d'en faire la demande en personne, au secrétariat de la commune.

art.25.- Le maximum des places à concéder est fixé à quatre par famille.

art.26.- (modifié le 16.2.1945). Le prix des concessions s'élèvera à 200.- francs par tombe pour concessions à perpétuité et à 80.- francs par tombe pour concessions de trente ans. Le délai de trente ans expiré, les mêmes concessionnaires auront le droit de convertir leur concessions trentenaires en concessions perpétuelles.

art.27.- Le versement de la rétribution est fait sans retard à la caisse communale, il sera tenu compte du tiers au bureau de bienfaisance. (23.6.1896)

art.28.- Deux rangées de tombes au premier carreau à droite en entrant du côté gauche de Tétange, sont réservées pour places de repos aux habitants protestants de la commune.

Cette place sera séparée des autres concessionnaires par une petite bordure de pierres de tailles de 0,20 à 0,30 m. de hauteur.

art.29.- Si pour cause d'utilité publique le terrain concédé ne peut plus conserver sa destination, il n'est dû aucune autre indemnité au concessionnaire qu'un terrain de même étendue dans un autre endroit du cimetière.

art.30.- Les concessions temporaires sont avertis par écrit de l'expiration de leurs concessions; ils obtiennent une nouvelle concession, s'ils la demandent, pendant les deux années qui suivent l'expiration. Après ce délai il peut être disposé du terrain concédé.

art.31.- Des monuments peuvent être élevés sur les terrains concédés, pourvu que le plan en est approuvé par le collège des bourgmestre et échevins.

art.32.- Aucune plantation d'arbres à haute tige sur les mêmes terrains n'est autorisée, qu'en vertu d'une décision du collège des bourgmestre et échevins, elles ne peuvent être maintenues, dès qu'elles gênent le passage autour des tombes, caches la vue des monuments voisins ou empêchent la circulation de l'air.

art.33.- A l'expiration des concessions, les monuments et plantations sont enlevés par les concessionnaires dans le délai fixé par l'art.30, faute par eux de procéder à cet enlèvement, le collège des bourgmestre et échevins y pourvoit trois mois après un nouvel avertissement et dispose des objets qui en proviennent au profit de la commune.

Le collège des bourgmestre et échevins peut procéder également à l'enlèvement de tous monuments dégradés par défaut d'entretien, trois mois après deux avertissements donnés dans un intervalle de trois mois.

art.34.- Il est dressé un plan sur lequel sont indiqués avec leur dimensions tous les terrains concédés.

Un registre est tenu par l'administration communale, dans lequel chacun de ces terrains est porté sous un numéro d'ordre.

Dispositions relatives au cimetière en général.

art.35.- Les portes du cimetière sont ouvertes à 7 heures du matin; elles sont fermées immédiatement après le coucher du soleil; pendant le temps qui s'écoule entre ces heures, il est interdit à toutes personnes, même aux ouvriers, de se tenir dans le cimetière.

art.36.- Il est défendu de pénétrer autrement dans le cimetière que par l'allée principale, d'escalader les murs de clôture ainsi que les grilles ou treillages qui entourent les fosses, de s'y faire accompagner de chiens à moins qu'ils ne soient tenus en laisse.

art.37.- Les personnes qui visitent les cimetières s'y conduisent avec respect et décence; il leur est interdit d'y fumer, de monter sur les tombes, de fouler le terrain qui sert aux sépultures de tracer des signes quelconques sur les pierres sépulcrales et les monuments.

art.38.- Toute inscription sur une pierre tumulaire ou sur toute autre construction dans le cimetière non contraire à l'ordre public et à la moralité publique peut être faite, sans autorisation préalable du collège des bourgmestre et échevins. (23.6.1896)

art.39.- Les pierres tumulaires, les matériaux servant aux constructions sur les tombes sont apprêtés en dehors du cimetière leur transport sur place n'a lieu qu'en temps sec et par des voitures garnies de roues à jantes larges. Les matériaux qui n'ont pas été employés sont immédiatement enlevés par ceux qui ont fait les constructions, ou à leurs frais par les soins de l'administration communale.

art.40.- Toute dégradation dans le cimetière doit être réparée sans retard par celui qui l'a causée ou l'est à ses frais par les soins de l'administration communale après un avertissement.

art.41.- Il est défendu à toute personne de déposer d'un objet quelconque qui provient des tombes ou des constructions qui y sont élevés.

art.42.- Le collège échevinal et le receveur communal sont chargés chacun en ce qui le concerne de l'exécution du présent règlement.

art.43.- Les contraventions aux dispositions du présent règlement non prévues par les lois en vigueur et notamment celles aux articles 3-10-11-12-13-14-15-16-18-19-35-36-37- et 38 sont punies d'une amende de quatre à douze florins et d'un emprisonnement d'un jour; ces peines ne pourront être appliquées ni à l'entrepreneur du corbillard ni au fossoyeur.

Séance du 25 juillet 1950.Présents: MM. Henri Luck, bourgmestre, Martin Delleré et E. Lux, échevins, Daxhelet, Duprel, Eck, Elcheroth, Glesener, Heyardt, Penning et Seywert, conseillers.

Le CONSEIL COMMUNAL :

Vu le règlement communal du 28 avril 1896 sur le transport des morts, taxes pour inhumations, exhumations et concessions;

Vu les modifications y apportées en date du 17.6.1896; 23.6.1896; 26.8.1896; 31.12.1924; 23.12.1926; 5.2.1932; 16.2.1945 et 20.12.1948;

Sur proposition du collège échevinal et après délibération;

A r r ê t e

avec 9 voix et 2 abstentions (MM. Daxhelet et Duprel)

Art.-1er. Les articles 7 et 21 du règlement communal susvisé sont abrogés. Les articles 13, 16, 17, 20, 24, 25 et 26 sont modifiés et conçus comme suit:Art.13.- (dernier alinéa) ...Toute fosse ne peut être recouverte d'une pierre sépulcrale ou de toute autre signe indicatif sans autorisation préalable du collège échevinal.Art.16.- La rémunération du fossoyeur est réglée par les dispositions du contrat collectif en vigueur pour les ouvriers communaux.Art.17.- La taxe pour la confection des fosses est fixée à 100 francs par fosse et perçue par le receveur communal sur un état qui lui est remis trimestriellement par le collège échevinal.Art.20.- La personne qui demande l'autorisation d'exhumer, supporte les frais que l'opération occasionne et paie entre les mains du receveur communal la taxe prévue par l'article 17 du présent règlement communal.Art.24.- Les concessions tant trentenaires que celles à perpétuité seront concédées au fur et à mesure qu'elles seront nécessitées. Les demandes en sont présentées au collège des bourgmestre et échevins qui statue sur le nombre des places à concéder.Art.25.- Normalement il ne sera concédé que deux places par famille. Le maximum des places à concéder par le collège des bourgmestre et échevins est fixé à quatre par famille.Art.26.- Le prix des concessions à perpétuité s'élève à quatre cents francs par tombe et celui des concessions trentenaires à deux cents francs par tombe. Les concessionnaires ont le droit de convertir leurs concessions trentenaires en concessions perpétuelles avant le délai de 30 ans expiré, en payant la taxe fixée pour celles-ci.Art.-2. Les dispositions ci-dessus sont applicables à partir du premier août prochain.Art.-3. Le présent arrêté est soumis à l'approbation de l'autorité supérieure.

- En séance, date qu'en tête - - Suivent les signatures -

Pour extrait conforme,
Le Bourgmestre, Le Secrétaire,

P O L I Z E I R E G L E M E N T

über den Schutz der städtischen Parkanlagen .

Sitzung des Gemeinderates vom 10. Juli 1936, genehmigt durch Ministerialbeschluss vom 4.8.1936, No. 1383/36. Memorial No. 61/36, S. 1006.

Der Gemeinderat :

In Erwägung, dass die Stadtverwaltung unter grossen finanziellen Opfern Parkanlagen geschaffen hat und dass es angezeigt erscheint Massnahmen zu ergreifen, damit die Parkbesucher geschützt und die Anlagen selbst vor Verwüstungen bewahrt bleiben;

Nach Einsicht des Dekretes vom 24. August 1790, des Art. 36 des Gesetzes vom 24. Februar 1843 und des Art. 7 des Gesetzes vom 29. Juli 1930;

Beschliesst einstimmig:

Art. 1. - Das Befahren des Stadtparkes in und ausser den Wegen mit Fahrrädern, Kraftwagen, Krafträdern, Tiergespannen, Handwagen und Handkarren ist untersagt und werden durch die Gemeindeverwaltung diesbezügliche Warnungstafeln errichtet. Ausgenommen von diesem Verbot sind die Wagen, welche bei den Arbeiten in den Anlagen Verwendung finden.

Art. 2. - Ferner ist verboten :

- a) auf die Bäume zu klettern, Äste und Pflanzen abzuschneiden oder auszureissen;
- b) an andern als an den hierzu bestimmten Stellen verkehrshemmende oder lästige Spiele zu treiben;
- c) Kinder unter 6 Jahren ohne Obhut zulassen;
- d) Bänke zu verunreinigen, zu besteigen oder sich auf dieselben zu legen;
- e) Beete, Rasenplätze oder Böschungen zu betreten, sich darauf zu setzen oder zu legen;
- f) irgendetwas in die Wege, Pflanzungen, auf die Rasenplätze oder in die Wasserbehälter zu werfen;
- g) Unrat und Schmutz anderswo als an den hierzu bestimmten Stellen niederzulegen;
- h) in den Parkanlagen zu zwei oder mehreren Personen gemeinschaftliche Trinkgelage abzuhalten oder sonstige lärmende oder Unfug verursachende Veranstaltungen zu bewerkstelligen und sich nach Mitternacht bis zum Tagesanbruch überhaupt in den Parkanlagen aufzuhalten;

Art. 3. - (abgeändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 25. Juli 1947) (Neuer Text) Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen gegenwärtigen Reglementes werden mit einer Geldbusse von 50.- bis 500.- Franken und mit Gefängnis von 1 bis 7 Tagen oder bloss mit einer dieser Strafen geahndet.

Art. 4. - Gegenwärtiges Reglement tritt am Tage nach seiner Veröffentlichung im Memorial in Kraft.

P O L I Z E I R E G L E M E N T

über die Benutzung des Sportterrains " Auf Kolscheid ".

Sitzung des Gemeinerates vom 7. September 1932, genehmigt am 7. 10. 1932,
No. 1285/32. Memorial No. 57/1932, Seite 641.

Der Gemeinderat :

Erwägend, dass es angezeigt ist, in betreff der Benutzung
des Sportterrains "Auf Kolscheid" ein Reglement zu erlassen;

Beschliesst einstimmig
nachstehendes Reglement zu erlassen :

Art. 1.- Das Sportterrain ist und bleibt Eigentum der
Gemeinde.

Art. 2.- Dem Schöffenkollegium steht das Recht zu, städti-
schen Vereinen die Benutzung des Terrains für die Dauer eines
Jahres zu überlassen, jedoch unter Einhalten der unter Artikel
3 und 4 gestellten Bedingungen. Wird dem betreffenden Verein
das vorerwähnte Recht abgesprochen, so geschieht dies durch
Kündigung seitens des Schöffenkollegiums und zwar wenigstens
1 Monat vor Ablauf des Jahres, für welches dasselbe bewilligt
worden war.

Art. 3.- Ausser dem Vereine, welchem gemäss vorstehendem
Artikel das Benutzungsrecht überlassen wurde, können sich auch
andere Sports-Vereine das Terrain einige Nachmittage jeder
Woche zum Trainieren reservieren. Die genaue Bezeichnung der
betreffenden Nachmittage ist dem Schöffenkollegium rechtzei-
tig schriftlich mitzuteilen.

Art. 4.- Für Veranstaltungen kann das Terrain ebenfalls
von anderen Vereinen benutzt werden, jedoch nur nach vorheriger
schriftlicher Ermächtigung des Schöffengerates. Diese schrift-
liche Ermächtigung erfolgt im Einvernehmen mit dem Verein,
dem das Benutzungsrecht gemäss Artikel 2 dieses Reglementes
überlassen ist; dies um zu vermeiden, dass der betr. Verein am
Austragen von offiziellen Verbandsspielen behindert wird.

Art. 5.- Den Vereinen steht das Recht zu, bei Wettspielen
oder sonstigen Veranstaltungen von den Zuschauern Eintritts-
gelder zu erheben und die Zuschauer, welche die Zahlung des
Eintrittsgeldes verweigern, vom Sportplatze und den anliegenden
Hügeln zu verweisen. Diejenigen, welche sich weigern das Ein-
trittsgeld zu bezahlen oder der Aufforderung, das Sportfeld
sowie die anliegenden Hügel zu verlassen, Folge zu leisten,
verfallen den in Artikel 9 angedrohten Strafen.

Art. 6.- Die Vereine sind gehalten, von dem Bruttoerlös
dieser Eintrittsgelder 5% an die Kasse der Armenverwaltung
abzuführen.

Art. 7.- Passanten und Zuschauern ist das Betreten des
Sportplatzes innerhalb der Umzäunung untersagt.

Art.8.- Für mutwillige Beschädigungen des Sportplatzes kann die betreffende Vereinigung haftbar gemacht werden.

Art.9.- (abgeändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 25.Juli 1947). (Neuer Text) Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen gegenwärtigen Reglementes werden mit einer Geldbusse von 50.- bis 500.- Franken und mit Gefängnis von 1 bis 7 Tagen oder blos mit einer dieser Strafen geahndet.

R E G L E M E N T

concernant le camping sur le territoire de la commune de Rumelange.

Extrait du registre aux délibérations du conseil communal, séance du 20 décembre 1946, approuvé le 20.1.1947. Memorial No.6/47, page 113.

Le Conseil Communal :

Vu la loi du 24 février 1843 sur l'organisation des communes;

Vu la loi du 29 juillet 1930 sur l'organisation de la police locale étatisée;

Arrête à l'unanimité :

Art.1.- Il est interdit de camper soit sous tente, soit dans une roulotte sur le territoire de la commune de Rumelange en dehors du terrain spécialement désigné à cet effet.

Art.2.- Le terrain suivant est réservé à la pratique du camping : "Auf Kolschette" formant une partie du parc publique.

Art.3.- Il est interdit d'allumer des feux en d'autres endroits que ceux désignés à l'art.2.

Art.4.- Une taxe, à fixer chaque année, par le Syndicat d'Initiative, en accord avec le conseil communal, sera prélevée pour l'utilisation du terrain désigné à l'art.2.

Art.5.- (adapté à l'article 3 de la loi du 25.7.1947). Les contraventions au présent règlement seront punies d'une amende de 50.- à 500.- francs et d'un emprisonnement de 1 à 7 jours ou d'une de ces peines seulement.

Art.6.- Le présent règlement sera affiché visiblement à l'entrée du terrain de camping et transmis au agents de la force publique pour exécution et à l'Office Luxembourgeois de Tourisme pour être porté à la connaissance des visiteurs étrangers.

33

P O L I Z E I R E G L E M E N T

=====

über die Anlage von Strassen und Bauten .

Sitzung des Gemeinderates vom 17. Februar 1905, genehmigt am
19.4.1905. Memorial No. 19/1905, Seite 259.

Der Gemeinderat :

Gesehen die Dekrete vom 19-22. Juli 1791 Art. 46; co. Ge-
setz vom 6. März 1818, sowie dasjenige vom 24. Februar 1843;

Beschliesst:

Anlage von Strassen und öffentlichen Plätzen.

Art. 1.- Wenn ein oder mehrere Private auf einem oder mehreren Grundstücken eine Strasse oder einen öffentlichen Platz anlegen wollen, so ist dazu die Erlaubnis des Schöffengerates erforderlich.

Art. 2.- Die Erlaubnis kann nur dann erteilt werden, wenn die neue Anlage sich an den von dem Gemeinderat aufgestellten Gesamtplan anschliesst.

Art. 3.- Dem schriftlichen Gesuche der Antragsteller um Bewilligung der Anlage von Strassen oder Plätzen sind folgende Schriftstücke beizugeben:

- 1) Ein Situationsplan im Masstabe des Alignementsplanes der projektierten Strassen und der umliegenden bestehenden Verkehrswege.
- 2) Ein genauer Detailplan der Strasse, bestehend aus einem Grundrisse 1:500, einem Längenprofil 1:500, einem Querprofil 1:500.

Art. 4.- Der Unternehmer hat die Strasse genau nach den eingereichten und vom Schöffengerate genehmigten Plänen auszuführen. Die Ausführung erstreckt sich auf sämtliche Erdarbeiten, Chaussierung der Fahrbahn, Herstellung des Trottoirs (einschliesslich der Randsteine aus den Gilsdorfer Steinbrüchen) mit Untermauerung von 40:40, der Pflasterung der Rinnen in einer Breite von 50 cm. Bei jeder Bau-Erlaubnis bestimmt die Gemeindeverwaltung die Frist, in welcher oben angeführte Arbeiten fertiggestellt sein müssen.

Art. 5.- Die Antragsteller sind verpflichtet, vor Beginn der Arbeiten das zu den Strassen und den Plätzen und den anschliessenden Kreuzungspunkten gehörige Terrain unentgeltlich und frei von Hypotheken oder sonstigen Privilegien der Gemeinde anzutreten, widrigenfalls sie der in den nachstehenden Art. 10 und 13 vorgesehenen Vorteile verlustig gehen.

Art. 6.- Als Minimalbreite jeder neu anzulegenden Strasse ist die von der Gemeindeverwaltung angenommene Breite von 10 Meter, inklusiv Trottoir, von je 1,50 Meter festgesetzt.

Art. 7.- Eine Erlaubnis zur Anlage einer Strasse oder eines Platzes kann nur dann erteilt werden, wenn die nach § 3 und 6 den Antragstellern obliegenden Verpflichtungen erfüllt sind.

Der Gemeinderat behält sich jedoch das Recht vor, vor Anlage der Strassen die nötigen Abzugskanäle zu bauen und sind die Antragsteller in diesem Falle verpflichtet, erst nach Fertigstellung dieser Kanäle die Anschüttung der Strassen zu bewerkstelligen.

Art. 8.- Sollten die Antragsteller den in den vorhergehenden Artikeln angeführten Verpflichtungen nicht nachkommen, so kann jederzeit die Bauerlaubnis, nach vorhergegangener Aufforderung, zurückgezogen werden und die Arbeiten auf Kosten der Antragsteller durch die Gemeindeverwaltung ausgeführt werden.

Art. 9.- Das Anbauen wird den Antragstellern oder Privaten nur nach gänzlicher Fertigstellung der Strassen gestattet.

Art. 10.- Die Gemeindeverwaltung verpflichtet sich, sobald der Strassendamm, die nötige Festigkeit erlangt hat, auf eigene Kosten die Wasserleitung samt den Hydranten anzulegen. Die Anlage der Gasleitung erfolgt nach den mit der Gasfabrik Kontraktlich zu vereinbarenden Grundsätzen.

Art. 11.- Sobald die Strasse gänzlich fertiggestellt ist, hat der Antragsteller dies der Gemeindeverwaltung schriftlich mitzuteilen, worauf die Abnahme erfolgt; alsdann geht der Unterhalt derselben auf die Gemeinde über. Der Unterhalt des Trottoirs bleibt jedoch immer zu Last der Anlieger.

Anlage von Bauten.

Art. 12.- Niemand darf ohne vorherige Ermächtigung des Schöffenkollegiums und unbeschadet der Bestimmungen des Gesetzes vom 13. Januar 1843 :

Ein Gebäude, eine Mauer, eine Einschliessung längst den Strassen und Wegen der Gemeinde Rümelingen erbauen, wieder aufbauen, verändern, ausbessern oder niederreißen.

Einen Bau oder Wiederaufbau auf denjenigen Gebieten auführen, welche gemäss den gehörig genehmigten Alignementsplänen zu öffentlichen Strassen bestimmt sind, noch an den Gebäuden welche auf diesen Gebieten liegen, andere Änderungen als solche vornehmen, welche zum Unterhalt bestimmt sind gleichviel in welcher Entfernung sie von den öffentlichen Strassen liegen.

Weder ein Fenster, eine Thüre oder irgend einen anderen Gegenstand, welcher auf die öffentliche Strasse stösst, errichten, ändern, vergrössern, ausbessern oder abreissen noch einen Brunnen graben, einen unterirdischen Kanal oder Anschlusskanal durch die öffentlichen Strassen anlegen.

Art. 13.- Jeder, der die Genehmigung begehrt, um ein Gebäude, ein Fenster, eine Mauer, eine Einschliessung oder irgend einen anderen Gegenstand, welcher auf die öffentliche Strasse stösst, zu erbauen, aufzubauen, zu ändern, zu erhöhen oder auszubessern, muss in seinem Gesuche die dazu nötigen Materialien bezeichnen und hat zu dem genannten Gesuche die cotierten Pläne der Facade des Baues oder der Einschliessung oder des Gegenstandes welcher auf die öffentliche Strasse stösst, beizufügen. Wenn es sich darum handelt, auf Gebiete zu bauen, welche gemäss den gehörig genehmigten Alignementsplänen bestimmt sind, in die öffentliche Strasse einverleibt zu werden, so muss der Eigentümer den Situationsplan 1:500, und welcher die Lage des Baues im Bezug auf den entworfenen Weg angiebt, beifügen.

Die Pläne werden vom Gesuchsteller unterschrieben und in doppelter Ausfertigung in dem vorgeschriebenen Masstabe aufgestellt.

Wenn die Entscheidung des Schöffengerichtes günstig ist werden die beiden Exemplare des Planes, welcher gutgeheissen worden ist, mit der Unterschrift des Bürgermeisters versehen und von einer Abschrift der betreffenden Entscheidung begleitet, dem mit der Sache betrauten Konduktor übergeben, welcher den einen in seinem Büro aufbewahren und den andern dem Interessenten übermitteln wird, welcher letzterer sich danach zu richten hat.

Wenn es sich um Gebäulichkeiten handelt, welche längs den Staatsstrassen oder längs den vom Staate übernommenen Wegen liegen, so muss vorab das Alignement der Bauverwaltung vorgelegt werden und das vom Schöffengericht zu erteilende Alignement keine Bestimmungen enthalten, welche in Widerspruch mit ersterem stehen.

Art. 14.- Jeder der die Erlaubnis nachsucht, Gegenstände als Strassenschilder, Laternen u.s.w. welche auf die öffentliche Strasse stossen, zu errichten, wird in seinem Gesuche ihre Form und ihre Dimensionen, sowie den Teil des Hauses bezeichnen, wohin er selbe anzubringen gedenkt.

Art. 15.- Das Schöffengericht wird innerhalb eines Monats nach Eingabe der Pläne entscheiden. Wenn es sich aber um solche Bauten handelt, welche auf Gebieten errichtet werden sollen, die infolge von gehörig genehmigten Alignementsplänen zu öffentlichen Strassen bestimmt sind, wird der Entscheid innerhalb 3 Monaten nach Eingabe des Gesuches erfolgen.

Art. 16.- Die in Artikel 13 erwähnten Ermächtigungen werden als nicht erfolgt betrachtet, wenn innerhalb 2 Jahren kein Gebrauch davon gemacht worden ist.

Der betreffende Agent ist von dem Tage, wo die Arbeit in Angriff genommen wird, schriftlich in Kenntnis zu setzen.

Art. 17.- Die Gemeindeverwaltung ist berechtigt, die vollendeten oder begonnenen Bauten, welche den vorhergehenden Bestimmungen zuwider sind auf Kosten und Gefahr der Zuwiderhandelnden abreißen zu lassen, wenn solches durch Urteilspruch angeordnet wird.

Art. 18.- Jedes zu errichtende Gebäude muss nach den Regeln der Technik ausgeführt werden und unterliegt der Kontrolle der von der Gemeindeverwaltung hierzu beauftragten Person.

Art. 19.- Die Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen des gegenwärtigen Reglementes werden festgestellt durch Protokolle oder Berichte der Agenten der Lokalpolizei oder durch jede anderen gesetzlichen Mittel und dieses gleichzeitig gegen die Eigentümer oder Mieter oder alle andern mit der Leitung oder der Ausführung der Arbeiten beauftragten Beamten.

Art. 20.- Wohn- resp. Schlafzimmer müssen eine Minimalfläche von 8 qm. haben bei einer Minimalbreite von 2,20 Meter. Die Zahl der in einem Schlafzimmer zulässigen Personen ist so bemessen, dass für jede ausgewachsene Person mindestens 10 cbm. Raum vorhanden sind.

Art.21.- (abgeändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 25.Juli 1947). (Neuer Text) Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen gegenwärtigen Reglementes werden mit einer Geldbusse von 50.- bis 500.- Franken und mit Gefängnis von 1 bis 7 Tagen oder blos mit einer dieser Strafen geahndet.

Art.22.- Jeder Gesuchsteller hat den dazu beauftragten Agenten für seine Reise und für die auf dem Terrain erforderlichen Operationen zu bezahlen.

S A N I T Ä T S R E G L E M E N T

Gemeinderatsbeschluss vom 23.12.1909, genehmigt am 5.2.1910. Memorial No. 6/1910, Seite 56. Abgeändert am 26 Oktober 1936, No. 6100.

Der Stadtrat :

Beschliesst:

I. Abschnitt.

Bekämpfung der übertragbaren Krankheiten.

Anzeige.

Art. 1. - Zur sofortigen Anzeige des im Art. 1 des Gesetzes vom 27. Juni 1906 und der durch die in Ausführung dieses Artikels zu erlassenden Ministerialbeschlüsse bezeichneten übertragbaren Krankheiten an den Bürgermeister sind verpflichtet:

- 1) Der Arzt, der eine solche Krankheit feststellt bei Personen, die in ihrer Wohnung oder auch in Krankenhäusern, Pflegehäusern oder Fürsorgestellen verpflegt werden;
- 2) Die Arbeitgeber, Hotelbesitzer, Gastwirte, Wohnungsvermieter, Kostgeber, Vorsteher von Anstalten jeder Art, und im allgemeinen alle, denen auf irgend welche Weise die Leitung einer gemeinsamen Haushaltung untersteht, insofern ein Mitglied dieser Vereinigung von einer der vorerwähnten Krankheiten befallen wird;
- 3) Die mit der Behandlung oder Pflege solcher Kranken beschäftigten Personen;
- 4) Der mit der gesetzlichen Feststellung betraute Arzt.

Die unter 2 bis 4 aufgezählten Personen sind zur Anzeige nur dann verpflichtet, wenn ein früher genannter Verpflichteter nicht vorhanden ist.

Art. 2. - Die Anzeige kann mündlich oder schriftlich geschehen. Auf Verlangen verabfolgt die Verwaltung kostenlos die zur schriftlichen Anzeige nötigen Druckformulare.

Absonderung.

Art. 3. - Wer mit einer der Krankheiten behaftet ist, die in dem in Ausführung des Art. 1 des Gesetzes vom 27. Juni 1906, betreffend die Förderung der öffentlichen Gesundheit, erlassenen Beschlüsse aufgezählt sind, ist abzusondern um die Verbreitung durch den Erkrankten selbst oder durch die ihn pflegenden Personen zu verhindern.

Die Absonderung geschieht entweder in der Wohnung des Kranken oder in einem eigens hierzu eingerichteten Raume oder im Krankenhause.

Art. 4. - Bis zur vollständigen Beseitigung aller Ansteckungsgefahr dürfen mit dem Kranken nur seine Pfleger und Wärter verkehren. Diese müssen alle Vorsichtsmassregeln gebrauchen um der Weiterverbreitung der Krankheit vorzubeugen.

Beförderung der Kranken.

Art. 5.- Die Beförderung der Kranken geschieht womöglich in einem besonderen Fuhrwerk, das nach der Fahrt zu desinfizieren ist.

Wenn in Ermangelung eines besonderen Fuhrwerkes die Beförderung in einem öffentlichen oder Privatwagen erfolgt ist, so ist dieser Wagen unverzüglich zu desinfizieren, und zwar unter der Verantwortlichkeit des Wagenbesitzers, der über die Ausführung der Desinfektion einen Ausweis verlangen kann.

Art. 6.- Wer an einer der im Art. 3 bezeichneten Krankheiten leidet, darf zur gemeinsamen Beförderung dienende Fahrzeuge nicht benutzen.

Desinfektion.

Art. 7.- Auswürfe oder Abgänge von ansteckenden Kranken dürfen nicht auf öffentliche oder Privatwege, in Höfe, Gärten oder auf Düngerhaufen ausgeschüttet werden.

Diese Abgänge werden in besonderen Gefässen aufgefangen, desinfiziert und ausschliesslich in die Abortgruben geschüttet.

Art. 8.- Während der ganzen Dauer der ansteckenden Krankheiten werden alle Gegenstände, die zum persönlichen oder häuslichen Gebrauch des Kranken und seiner Pfleger dienen, sowie auch alle verunreinigten oder beschmutzten Sachen desinfiziert oder nötigenfalls vernichtet.

Art. 9.- Es ist untersagt Wäsche, Kleidungsstücke, Bettzeug oder Teppiche, die zum Gebrauch des Kranken gedient haben oder aus den vom ihm benützten Räumen herrühren, ohne vorherige Desinfektion aus den Fenstern zu werfen, zu schütteln oder dort auszulegen.

Art. 10.- Das Reinigen des Zimmers und der darin befindlichen Gegenstände geschieht während der ganzen Dauer der Krankheit ausschliesslich mit Leinen- oder Stofflappen, Geweben, oder Zeugen die mit antiseptischen Flüssigkeiten getränkt sind.

Art. 11.- Es ist untersagt, beschmutzte oder verunreinigte Leib- und Bettwäsche bei ansteckenden Krankheitsfällen ohne vorherige Desinfektion nach öffentlichen oder privaten Waschbrunnen oder Wäschereien zu schicken. Sind solche Gegenstände dennoch gewaschen worden, so ist der Besitzer der Wäscherei oder der Waschbrunnen verpflichtet, die Anstalt zu schliessen bis nach erfolgter Desinfektion, die durch die zuständige Behörde anzuordnen ist. Es ist ebenfalls untersagt Matratzen, Bettzeug oder Decken, die mit übertragbaren Krankheiten behafteten Personen gedient haben, ohne vorherige Desinfektion in Betriebe zu schicken, die das Kardätschen oder das eigentliche Reinigen vornehmen.

Art. 12.- Nach erfolgter Genesung, Tod oder Entfernung des Kranken müssen die von ihm benutzten Räume sofort desinfiziert werden und dürfen bis dahin nicht betreten werden. (Schlussdesinfektion).

Art. 13.- Die Verpflichtung zur fortlaufenden Desinfektion obliegt dem Versteigerungsberechtigten über die von dem Kranken benutzten Räume.

Art. 14.- Die Aufsicht über die Durchführung der fortlaufenden Desinfektion bleibt dem Hausarzt überlassen, vorbehaltlich der Überwachung durch die Behörden, insbesondere den Sanitätsinspektor. Die Gemeindeverwaltung gibt gedruckte Anweisungen zur Ausführung der fortlaufenden Desinfektion aus.

Art. 15.- Die Desinfektion wird entweder von der Verwaltung oder durch Private besorgt. Jedoch sind die zur obligatorischen Desinfektion verwandten Apparate einer vorherigen Genehmigung der Regierung unterworfen und unterstehen der Aufsicht der staatlichen Desinfektionsstelle.

Ausgang der Kranken.

Art. 16.- Nach erfolgter Genesung darf der Kranke nicht eher ausgehen, bis er sich gehörig gereinigt und desinfiziert hat. Verlässt ein in einem Krankenhaus verpflegter Kranke diese Anstalt ehe jede Ansteckungsgefahr für seine Umgebung verschwunden ist, so muss der Arzt oder der Leiter der Anstalt den Bürgermeister davon verständigen. Diese Benachrichtigung muss den Wohnort des Kranken oder den Ort, wohin er erklärt hat, sich begeben zu wollen, angeben.

Leichen.

Art. 17.- Leichen von Personen, die an übertragbaren Krankheiten gestorben sind, sind unverzüglich abzusondern, und müssen die zur antiseptischen Aufbewahrung und Begrabung nötigen Massnahmen getroffen werden.

Übertragbare Krankheiten in den Schulen.

Art. 18.- Jedes auf ansteckende Krankheit verdächtige Kind muss sofort aus der Schule entfernt, oder bei Internaten im Krankenzimmer untergebracht werden.

Art. 19.- Bestätigt sich der Verdacht, so muss der Sanitätsinspektor sofort benachrichtigt werden.

Dieser kann die Ausschliessung der Brüder und Schwestern des Kranken und sogar aller Kinder und gegebenenfalls des in demselben Hause wohnenden Lehrpersonals in Vorschlag bringen.

Art. 20.- Bestätigt sich der Verdacht, so ist betreffende Klasse sofort zu desinfizieren.

Art. 21.- Krank gewesene Kinder werden nur auf eine ärztliche Bescheinigung, dass keine Ansteckungsgefahr mehr vorhanden ist, wieder zum Schulbesuch zugelassen.

Art. 22.- Auf das Gutachten des Sanitätsinspektors werden folgende Massregeln getroffen :

BLATTTERN (Pocken) - Ausschliessung der kranken Kinder (Dauer 40 Tage). Vernichtung ihrer Bücher und Hefte. Allgemeine Desinfektion. Wiederimpfung der Kinder und des Lehrpersonals.

SCHARLACH - Ausschliessung der kranken Kinder (Dauer 40 Tage). Vernichtung ihrer Bücher und Hefte. Allgemeine Desinfektion. Schulschluss wenn trotz aller Vorsichtsmassregeln binnen einigen Tagen mehrere Fälle vorkommen.

RÖTELN (Masern) - Ausschliessung der Kinder (Dauer 16 Tage).

VARIZELLEN - Ausschliessung der Kinder je nach dem Auftreten der Krankheit (Dauer 10 Tage).

OHRGESCHWÜRE - Ohrspeicheldrüsenentzündung (Mumps). Ausschliessung der Kranken je nach dem Auftreten der Krankheit (Dauer 10 Tage).

DIPHTHERIE - Ausschliessung der Kranken (Dauer 30 bis 50 Tage). Vernichtung der Bücher und Hefte. Allgemeine Desinfektion. Bakteriologische Untersuchung vor Wiederaufnahme.

KEUCHHUSTEN - Ausschliessung je nach dem Auftreten der Krankheit (Dauer 6 bis 8 Wochen).
 TUBERKULOSE - Ausschliessung der Kinder und des Lehrpersonals. Wiedenzulassung auf das Gutachten des Sanitätsinspektors.
 GRIND und HAARAUSFALL - Ausschliessung je nach dem Auftreten der Krankheit; Wiedenzulassung nach Behandlung und mit zweckmässigem Verband.
 KÖRNERKRANKHEIT (Trochom) - Ausschliessung während der ganzen Dauer der Eiterungsperiode.

Art. 23. - Ist eine in der Schule wohnende Person (Vorsteher, Leiterin, Lehrer, Pedell, Familienmitglied) oder eines ihrer Kinder mit einer der obenerwähnten ansteckenden Krankheiten behaftet, so darf der Kranke nur dort wohnen bleiben wenn der Sanitätsinspektor es erlaubt und wenn die Absonderung sowie die Ausführung aller anderen Schutzmassnahmen streng gesichert sind.

In keinem Falle ist es den Pedellen gestattet einen solchen Kranken in ihrer Loge zu halten.

Personen die mit einer übertragbaren Krankheit behaftet sind oder mit solchen Kranken in Berührung kommen ist es untersagt sich in die Schule zu begeben oder sich dort aufzuhalten.

Allgemeine Bestimmungen.

Art. 24. - Höfe, Flure, Gänge, Treppen, Bürgersteige und alle Teile von Häusern, die mehreren Einwohnern gemeinsam dienen oder sich auf öffentliche Wege erschliessen, dürfen nicht trocken gefegt werden.

Art. 25. - Es ist untersagt in den Bahnhöfen, Wartesälen, Museen, Bibliotheken, Theatern und überhaupt im Innern aller öffentlichen Gebäude auszuspucken es sei denn in besonders hierzu aufgestellte Spucknapfe. Die Vorstände und Leiter dieser Anstalten und Gebäude sind verpflichtet in allen Teilen die als Durch- oder Wandelgänge dienen, wie in Fluren, Vor- und Wartezimmern, Hallen, Rauchzimmern, usw. bewegliche Spucknapfe in einer Höhe von 0,50 bis 1,00 Meter vom Boden anbringen zu lassen; das gleiche gilt für Treppenhäuser.

Das Ausspucken ist ebenfalls untersagt in den öffentlichen oder zur gemeinsamen Personenbeförderung dienenden Fahrzeugen.

(Durch Gemeinderatsbeschluss vom 26.10.1936, genehmigt am 17.2.1937, No. 18-71-36. Memorial No. 14/1937, Seite 123, erhält Artikel 25 folgenden Zusatz): Das Urinieren in öffentlichen Strassen und auf öffentlichen Plätzen sowie an Orten welche von den Strassen oder Plätzen aus den Blicken des Publikums ausgesetzt sind, ist verboten.

Art. 26. - Nahrungsmittel dürfen auf der Strasse nur ausgestellt werden, wenn sie durch Gaze oder Glasglocke vor Staub und sonstigen Verunreinigungen geschützt sind.

II. Abschnitt.

=====

Bauhygiene.

1. Baugenehmigung.

Art. 27. - Niemand darf ohne vorherige Genehmigung seitens des Schöffengerichtes, ein Gebäude errichten, wiederaufbauen oder umbauen, einen Brunnen oder eine Dungsgrube graben oder auf-

füllen, einen vorhandenen Bau für Wohnungen einzurichten, eine in Privatbesitz befindliche Kanalisation anlegen oder entfernen, eine neue Strasse bauen.

Zur Erlangung der Baugenehmigung ist ein schriftliches Gesuch einzureichen, auf das innerhalb 30 Tagen nach Abgabe Bescheid erteilt wird.

Das Baugesuch muss datiert und vom Eigentümer unterschrieben sein; es muss ferner Strassennamen, Hausnummer und Kadasterangaben des eigenen Grundstückes und des Nachbargrundstückes enthalten, die Baupläne im Masstab 1:100, den Lageplan im Masstab 1:500 sind in doppelter Ausführung einzureichen. Alle Pläne sind als Originalzeichnungen in Tusche ausgeführt, oder als positive unverwaschbare Reproduktionen vorzulegen (negative Lichtpausen sind unzulässig); sie sind vom Bauherrn und vom Architekten zu unterzeichnen. Die Pläne müssen alle wesentlichen Bezeichnungen und Masse enthalten, namentlich Stockwerkshöhen, Höfe, Gärten, Spülsteine, Ausgüsse, Aborte, Wasser- und Abortzisternen, Kanäle, Wasserleitungen und alle andern auf die Bauhygiene bezüglichen Einrichtungen. Die Grundrisse und Querschnitte sind mit den üblichen Farben zu versehen und zwar ist für Neubau rot, für Abbruch gelb und für stehenbleibende Teile schwarz zu gebrauchen. Dem Bauherrn wird vom Schöffengericht dem er das Baugesuch eingereicht hat, eine Empfangsbescheinigung ausgestellt, die auch das Datum der Abgabe und die Anzahl der eingereichten Schriftstücke und Pläne enthält. Die Baugenehmigung wird hinfällig wenn nicht innerhalb eines Jahres vom Tage der Ausstellung gerechnet der Bauherr davon Gebrauch gemacht hat.

Art. 28.- Bauflicht und Höhenlage der an einer Strasse zu errichtenden Neubauten oder Umbauten müssen vor Beginn der Arbeit auf ein Gesuch des Bauherrn in seiner Gegenwart oder vor seinem Vertreter durch einen Beamten der Verwaltung an Ort und Stelle aufgerissen werden. Nach Fertigstellung des Sockels werden von demselben Beamten Bauflicht und Höhe noch einmal kontrolliert, und darüber ein vom Bauherrn und vom Verwaltungsbeamten zu unterzeichnendes Protokoll in duplo aufgenommen; ein Exemplar erhält der Bauherr, das andere wird im Gemeindearchiv aufbewahrt.

Art. 29.- Alle Bauarbeiten sind kunstgerecht auszuführen. Den Beamten der Gemeindeverwaltung ist stets der Zutritt zu allen Teilen der Bauarbeiten zu gestatten; auf Verlangen des kontrollierenden Beamten sind an den vom ihm bezeichneten Stellen vom Bauherrn oder seinem Unternehmer Leitern oder Gerüste aufzustellen damit derselbe sich jederzeit von der Befolgung der Baureglemente oder der besonderen Vorschriften der Baugenehmigung überzeugen kann. Bei Zuwiderhandlungen gegen dieses Reglement wird Protokoll aufgenommen. An allen vom Schöffengericht bezeichneten Orten und an solchen mit gefährlichem Strassenverkehr muss der Bauherr an der Strassenseite einen Bauzaun errichten, dessen Höhe und Entfernung von der Bauflicht in der Baugenehmigung bestimmt wird. Dieser Bauzaun ist mit nach innen aufschlagenden Türen zu versehen, die jeden Abend nach dem Fortgang der Arbeiter mittelst Schlüssel zu schliessen sind. Ausserhalb des Bauzaunes dürfen keine Materialien aufgestapelt werden.

2. Luft- und Licht-Zufuhr zu den Gebäuden.

a) Gebäudehöhe.

Art. 30.- Die Gebäudehöhe zur Strassenseite darf jedenfalls die Strassenbreite nicht überschreiten.

Die Gebäudehöhe versteht sich von Oberkante Trottoir bis Oberkante Hauptgesims; liegt die Strasse im Gefälle, so wird diese Höhe in der Mitte der Facade gemessen.

Art. 31.- In bestehenden Strassen gelten für Neubauten folgende Maximalhöhen:

8,00	Meter	bei einer Strassenbreite unter	4,00	Meter
11,00	"	"	von	4,00 - 8,00 "
13,00	"	"	"	8,00-10,00 "
15,00	"	"	"	10,00-12,00 "
17,00	"	"	"	12,00-14,00 "

Für alle Gebäudehöhen über 17,00 Meter, selbst an öffentlichen Plätzen oder an mehr als 14,00 Meter breiten Strassen ist eine spezielle Genehmigung erforderlich.

Art. 32.- Bei nicht parallelen Strassenseiten wird die Maximalhöhe des zu errichtenden Neubaus durch die Strassenbreite in der Facadenmitte bestimmt, wobei die Breite auf einer Senkrechten zur Winkelhalbierenden der beiden verlängerten Strassenseiten gemessen wird.

Art. 33.- Die Höhe der Eckbauten die an ungleich breiten Strassen gelegen sind, wird durch die breitere Strasse bestimmt.

Art. 34.- Wenn das Hauptgesims die durch die vorhergehenden Bestimmungen zulässige Höhe erreicht, so muss das Dachprofil innerhalb eines Kreises bleiben, dessen Radius gleich der halben Gebäudetiefe ist, und dessen Mittelpunkt sich auf dem Niveau der Oberkante des Hauptgesimses befindet.

Art. 35.- Die Höhe der in Gärten und Höfen zu errichtenden freistehenden Gebäude darf 8 Meter nicht übersteigen.

Art. 36.- Das Schöffengericht kann, jedoch nur aus künstlerischen, wissenschaftlichen oder spezialtechnischen Rücksichten, ausnahmsweise eine grössere Höhe gestatten als gemäss der vorhergehenden Bestimmungen zulässig ist.

b) Höhe und Abmessungen der Wohnräume.

Art. 37.- Das Erdgeschoss des Hauptbaues und der Hintergebäude aller Neubauten muss eine Minimalhöhe von 3 Meter haben; die Stockwerkshöhen betragen mindestens 2 Meter; die Minimalhöhe der Mansarden, und der als Küche oder Atelier dienenden Untergeschosse beträgt 2,50 Meter. Obige Angaben betreffen die lichten Raumhöhen gemessen zwischen Fussboden und Decke.

Art. 38.- Wohnräume müssen eine Oberfläche von mindestens 8 Quadratmeter haben, wobei die Minimalbreite 2,20 Meter beträgt. Schlafzimmer erhalten einen Luftraum von mindestens 10 Kubikmeter für jede erwachsene Person. Alle Wohnräume müssen direkte Licht- und Luftzufuhr durch sich öffnende Fenster erhalten, deren Lichtfläche mindestens ein Zehntel der Zimmerfläche beträgt.

Art. 39.- Eine Ausnahme besteht für Ateliers, Verkaufs- und Lagerräume, welche mit Oberlicht versehen sein können; in diesem Falle ist eine besondere Lüftung vorzusehen.

Art. 40.- Untergeschosse können als Wohnräume benutzt werden wenn :

- a) der Fussboden nicht über einen Meter unter dem Terrain liegt;
- b) die ganze den Erdboden berührende Fläche des Mauerwerks mit einem wasserdichten Zementverputz versehen ist;
- c) der Fussboden und die Mauern nach unten hin durch asphaltierte Einlagen isoliert sind;
- d) die Fensterflächen den Bestimmungen des Art. 38 entsprechen.

Mansarden dürfen nur als Wohnräume benutzt werden, wenn sie direkt über dem letzten bewohnbaren Stockwerke liegen und wenn sie seitlich durch glattgeputzte Wände abgeschlossen sind; desgleichen müssen sie eine vergipste Decke haben.

c) Hofräume und unbebaute Flächen.

Art. 41.- Die unbebaute Hof- und Gartenfläche eines jeden Grundstückes muss mindestens ein Fünftel der bebauten Fläche betragen und darf nicht kleiner als drei Quadratmeter sein.

Art. 42.- Bei Eckbauten kann die durch Art. 41 vorgesehene unbebaute Fläche durch die massgebende Behörde noch vermindert werden.

Art. 43.- Es ist verboten die bestehenden oder zu erstellenden Hofräume zu überdecken, ohne besondere Erlaubnis des Schöffenkollegiums, welches für jeden einzelnen Fall die zur Beleuchtung und Lüftung der an den Hof stossenden Räume erforderlichen Vorsichtsmassregeln bestimmt.

Art. 44.- Die Überdeckung der Hofräume darf nicht über Erdgeschosshöhe angebracht werden.

3. Heizung, Schutz gegen die Abkühlung und Feuchtigkeit.

Art. 45.- Strassenfacaden dürfen nicht in Holzfachwerk ausgeführt werden, es sei denn, dass besondere künstlerische Rücksichten dieses bedingen.

Art. 46.- Bei Bruchsteinmauerwerk erhalten die Aussenmauern auf dem obersten Stockwerk eine Stärke von mindestens anderthalb Stein, die gemeinschaftlichen Giebelmauern erhalten bei Bruchsteinmauerwerk eine Stärke von mindestens 0,50 Meter, in Ziegelmauerwerk eine solche von anderthalb Stein.

Art. 47.- Vor einer Besichtigung des kontrollierenden Beamten darf keinerlei Verputz aufgetragen werden.

Art. 48.- Jeder Wohnraum muss mit einem gut gebauten und gut erhaltenen Kaminrohr versehen sein, die Kamine müssen in die Innenmauern eingebaut oder an dieselben angebaut sein; sie müssen ebenso wie die Mauern selbst auf tragfähigem Boden fundiert sein; in den Kellern oder in den Untergeschossen sind Putzlöcher anzubringen.

Art. 49.- Keinenfalls dürfen Kamine in den Trennungswänden zwischen zwei Gebäuden angebracht werden. Wenn aus besonderen Rücksichten Kamine in Aussenmauern eingebaut werden, sind dieselben mit feuerfesten Thonröhren zu versehen; zwischen Aussenfläche der Facadenmauer und Kaminrohr muss sich eine Ziegelwand von mindestens ein Stein Stärke befinden.

Art. 50.- Wenn aus besonderen Rücksichten Kamine nicht auf tragfähigem Boden fundiert werden können, sind alle Vorsichtsmassregeln zur Vermeidung der Feuergefahr und eines möglichen Setzens des Mauerwerkes zu treffen.

Art. 51.- Keinenfalls dürfen Kamine auf eine Holzbalkenunterlage aufgebaut werden, selbst nicht wenn einer Entzündung des Holzbalkens durch Beton oder Mauerwerk genügend vorgebeugt ist; die nicht auf tragfähigem Boden fundierten Kamine müssen jedenfalls auf einem Mauergerölbe, auf Beton oder einer anderen feuersicheren Unterlage aufgebaut sein.

Art. 52.- Kamine sind in feuersicheren Baumaterialien herzustellen; sie müssen vollständig dicht und innen glatt verputzt sein. Die Verwendung von Schwemmsteinen ist untersagt. Kaminröhren müssen allseitig von einer mindestens einem halben Stein starken gut ausgefugten Ziegelmauer umgeben sein.

Art. 53.- Alle Kamine müssen den Dachfirst um mindestens 0,80 Meter überragen. In besonderen Fällen kann das Schöffengericht mit Rücksicht auf die öffentliche Nützlichkeit oder aus anderen Ursachen einen höheren Aufbau der Kamine verlangen; so viel als möglich sind die Kamine senkrecht vom Fuss bis zur Spitze aufzuführen.

Art. 54.- Alle brennbaren Stoffe müssen mindestens 0,08 Meter von den Aussemauern der Kamine entfernt sein.

Art. 55.- Das Schöffengericht kann den Bau von Kaminen aus Eisenblech gestatten, wenn sie ausserhalb der Gebäude aufgestellt werden.

Art. 56.- Bei gewöhnlichen Kaminen erhalten die Trennungswände eine Stärke von mindestens 0,12 Meter; bei aussergewöhnlichen Feuerungen muss die Trennungswand 0,25 Meter betragen.

Art. 57.- Der innere Querschnitt der nicht besteigbaren Kamine muss mindestens 0,15-0,15 Meter betragen. Ein Kamin von 0,15-0,15 Meter gilt nur für ein einziges Rohr, bei 0,18-0,18 kann er zwei, bei 0,22-0,22 drei, und bei 0,30-0,30 Meter vier Rauchrohre empfangen.

Art. 58.- Nicht an Mauern angebaute Kamine erhalten Verstärkungspfeiler oder müssen mit dem Mauerwerk durch Eisenanker verbunden werden.

Art. 59.- Die Putzöffnungen erhalten doppelte Putztürchen aus Eisenblech.

Art. 60.- Offene Feuerplätze und Rauchkammern müssen an starken Mauern anliegen, und von einem feuersicheren Fussboden umgeben sein. Die Türen der Räucherammern bestehen aus Eisenblech mit dichtem Verschluss.

Art. 61.- Der Bau von Fabrikschornsteinen und Backöfen bedarf einer besonderen Erlaubnis, unbeschadet der den Bau von gefährlichen, gesundheitsschädlichen und unbequemen Anlagen regelnden Gesetzesbestimmungen.

Art. 62.- Gegen aufsteigende Feuchtigkeit müssen die Wohngebäude durch eine 0,10 Meter über das Terrain zu verlegende Asphalttschicht isoliert werden.

Art. 63.- Wohngebäude dürfen nicht an Erde oder Felsen direkt angebaut sein. Ein Zwischenraum von 2 Meter Breite muss dieselben allseitig vom Erdboden trennen, damit das Gebäude nach allen Seiten dem Einfluss der Luft ausgesetzt ist.

Art. 64.- Das Dachwasser ist in Metallrinnen aufzufangen und durch die gehörige Anzahl genügend grosser Abfallrohre in die Wasserzisterne, die Kanalisation oder in Ermangelung einer Kanalisation in die Strassenrinne abzuleiten. Die Abfallrohre sind 0,02 Meter vor der Aussemauer anzubringen und wenn sie

direkt auf die Strasse münden am untern Ende mit einem gusseisernen bis auf den Boden reichenden Stiefel zu versehen.

Art. 65.- Neubauten dürfen vor der gehörigen Austrocknung nicht bewohnt werden.

Art. 66.- Unter allen Wohnräumen müssen sich gut gelüftete Keller oder genügend grosse freie Lufträume befinden.

Art. 67.- In nicht kanalisierten Strassen geschieht die Abfuhr der Regen- und Hauswässer entweder durch einen jedem speziellen Fall angepassten gemauerten Kanal, oder durch eine eingebettete gusseiserne Rohrleitung vom Hause bis zur Strassenrinne.

Für jedes Haus ist eine besondere Ableitung vorzusehen.

Sogleich nach Kanalisierung der Strasse werden die gemauerten Kanäle und die gusseisernen Abläufe durch Thonrohranschlüsse an die Kanalisation ersetzt.

4. Verseuchung des Untergrundes.

Art. 68.- Die Höfe, Durchfahrten und Durchgänge sind mit Platten oder Steinpflaster in ihrer ganzen Ausdehnung zu versehen. Diese Massregel betrifft auch die bei der Veröffentlichung dieses Reglementes schon bestehenden Höfe.

Bei nicht kanalisierten Strassen erhalten diese Bodenbeläge Rinnen, welche die Regen- und Hauswässer durch das Trottoir oder den Vorplatz zur Strassenrinne abführen. Sobald die Strasse kanalisiert ist, sind die Eigentümer gezwungen die Haus- und Hofabwässer mittelst glasierten Thonröhren gemäss den nachfolgenden Vorschriften in den Strassenkanal abzuleiten.

Art. 69.- Wenn die Strasse einen öffentlichen Kanal enthält, sind die Eigentümer der anstossenden Gebäude gezwungen Rohrleitungen anzulegen zur Entfernung des Regenwassers und der Hausabwässer sowie auch der Fäkalien wenn der betreffende Kanal zur Aufnahme der letzteren bestimmt ist.

Art. 70.- Fabrikabwässer, Dampf und Wasser von einer Temperatur über 30° Celsius können gemäss dem vom Schöffengericht festgestellten Bedingungen in den Kanal geleitet werden.

Art. 71.- Der Kanalanschluss von der Grundstücksgrenze bis zum Hauptstrassenkanal wird von der Verwaltung auf Kosten des Besitzers ausgeführt.

Art. 72.- Die Privatan schlüsse werden in glasierten Thonröhren oder in asphaltierten gusseisernen Muffenröhren hergestellt und auf festen abgeglichenen Boden oder auf Betonunterlage verlegt; die Leitung muss in ihrer ganzen Länge auf dem Boden des Grabens aufliegen und wird in gleichmässigem Gefälle verlegt.

Die Muffen sind gut zu dichten und alle inneren Rohrverengerungen zu vermeiden. Die Oberkante der Rohrleitung muss mindestens 0,20 Meter unter der Kellersohle liegen, für den Fall wo die örtlichen Verhältnisse die Lage der Leitung unter der Kellersohle nicht gestatten, kann dieselbe auf Pfeiler oder starke Mauerkonsolen verlegt werden, Pfeiler und Mauerkonsolen sind in solcher Anzahl vorzusehen, dass eine Durchsenkung der Leitung sicher vermieden wird.

Die Leitungen sind in gerader Linie zu verlegen; ihr innerer Durchmesser muss dem Quantum der zu fördernden Flüssigkeit entsprechen, darf aber jedenfalls nicht kleiner als 0,10 Meter sein.

Kontroll- und Reinigungsschächte sind an den Enden, sowie an

den Knick- und Abzweigepunkten einzubauen. Diese Schächte müssen leicht zugänglich und mit einem luftdichten Verschluss versehen sein.

Alle Mauerdurchgänge sind mit einem Gewölbe oder einer Überlage so zu decken, dass mit Rücksicht auf eine Setzung des Mauerwerks ein Spielraum von 0,05 Meter freibleibt.

Art. 73. - Am oberen Endpunkte ist die Leitung mit einem genügend weiten Ventilationsrohr von mindestens 0,08 Meter Durchmesser zu versehen, um eine gehörige Luftbewegung in der Leitung zu sichern. Dieses Ventilationsrohr wird im Innern des Hauses oder an der Facadenmauer entlang in vertikaler Richtung so weit in die Höhe geführt, dass die ausströmenden Gase weder in die Häuser eindringen noch auch die Nachbarn belästigen können.

Art. 74. - Vor dem Durchgang der Leitungen durch die Strassenfacade, oder vor der Grenze des Privatgrundstückes ist ein Wasserverschluss dessen Modell vom Schöffengericht genehmigt sein muss, einzubauen; der Durchmesser dieses Wasserverschlusses muss etwas kleiner als der Durchmesser der Leitung sein.

Art. 75. - Die Falleitungen der Aborte, Pissoirs und Ausgüsse müssen aus Bleirohren, oder aus asphaltierten gusseisernen Rohren hergestellt sein; sie dürfen von den durchlaufenden Flüssigkeiten nicht angegriffen werden. Die Innenwände derselben müssen vollständig glatt sein; bei gusseisernen Rohren sind die in möglichst geringer Anzahl zu erstellenden Verbindungen mit Bleidichtung zu versehen; das Blei ist nachzustemmen, innere Vorsprünge sind zu vermeiden. Ihre lichte Breite beträgt 0,08-0,10 Meter.

Sie sind direkt ohne Wasserverschluss mit der Bodenleitung verbunden und werden ohne Verminderung des Durchmessers vertikal bis über das Dach verlängert. Die obere Ausmündung muss alle Fenster- und Lufteinströmungsöffnungen überragen und mindestens 1,50 Meter von denselben entfernt liegen, die Falleitungen werden in Zwischenräumen von 1,50 Meter mit festen schmiedeeisernen Rohrschwellen an die Mauer befestigt, und haben am unteren Ende eine Fussplatte, die auf einem Fundament aufruht. Sie müssen in ihrer ganzen Länge zugänglich sein, und dürfen keinesfalls in die Mauer eingebaut werden.

Art. 76. - Die andern Abwässer müssen durch besondere Leitungen aus Blei oder asphaltiertem Gusseisen abgeleitet werden; dieselben sind soviel als möglich senkrecht zu verlegen und müssen solide an die Mauern befestigt werden, wie dieses für die Abortfalleitungen angegeben ist.

Sie müssen in ihrer ganzen Länge zugänglich sein und dürfen mit keinem Abortfallrohr verbunden werden. Diese Leitungen können an die Aussenseite der Facadenmauern verlegt werden und müssen in diesem Falle unter oder über dem Rost eines Hofsenk- kastens ausmünden.

Art. 77. - Alle gesundheitstechnischen Apparate wie Closets, Spülsteine, Ausgüsse, Kessel, Waschbecken, Pissoirs usw. müssen mit Syphons und darunter anschliessender Entlüftung versehen sein.

Bei übereinanderliegenden Aborten oder anderen gesundheitstechnischen Apparaten wird eine spezielle Ventilationsleitung von nicht unter 0,05 Meter Durchmesser angelegt, und mit der unter jedem Syphon anzubringenden Luftleitung verbunden; diese Ventilationsleitung wird vertikal über Dach geführt wie dieses gemäss Art. 75 Abschn. 4 näher bestimmt ist.

Wenn mit Ausnahme der Aborte, eine Falleitung nur einem einzigen Apparat dient, so genügt es diesen Fallstrang durch ein

unterhalb des Syphons anzuschliessendes Rohr zu lüften. Wenn mehrere übereinanderliegende Apparate zu demselben gehören, so muss dieser vertikal über das Dach verlängert werden wie in Art. 75 näher bestimmt.

Art. 78. Das Abortspülrohr darf nicht direkt an die Wasserleitung angeschlossen werden, die Einrichtung muss so getroffen werden, dass ein Aufsaugen von Luft oder Wasser durch die Spülleitung in die Wasserleitung vollständig ausgeschlossen ist.

Art. 79. Die Spülung muss genügend kräftig sein um ein Auswaschen des Abortsitzes, eine Erneuerung des Wassers im Syphon und eine rasche und kräftige Abfuhr der Fäkalien zu sichern; der Wasserverschluss eines jeden Abortes muss mindestens 0,06 Meter betragen.

Art. 80. Abortschüssel und andere gesundheitstechnische Apparate müssen aus glatten nicht porösen Materialien hergestellt sein. Der Bodenbelag der Aborte muss glatt und Wasserundurchlässig sein. Es ist strengstens verboten die Abortschüsseln in einen Holzkasten oder in Mauerwerk einzubauen.

Art. 81. Alle Gebäude mit Versammlungsräumen müssen eine genügende Anzahl ordentlicher Aborte haben, für deren Reinlichkeit und Instandhaltung stets zu sorgen ist.

Wenn ein Haus verschiedene Wohnungen enthält so muss der Eigentümer für jede Familie oder mindestens für je 12 Personen einen Abort aufstellen. In Gebäuden mit Arbeitsräumen, Büros, Lagerräumen, Wirtschaften usw. kommen auf 25 Personen je ein Abort und je zwei Pisstellen, für Versammlungsräume (Fabriken, Hotels, Konzert- und Theatersäle) sind pro 75 Personen je ein Abort und je zwei Pisstellen einzurichten.

Art. 82. In den Gebäuden mit Versammlungsraum wie Kaufläden, Fabriken, Cafes, Hotels, Ateliers usw. sind die Aborte mit einem Waschbecken zu versehen, dasselbe gilt wenn bei Wohnhäusern ein Abort für mehrere Familien eingerichtet ist.

Art. 83. Aborte müssen eine Grundfläche von mindestens 1 Quadratmeter haben und aus wasserundurchlässigen Materialien erbaut sein, sie müssen direktes Aussenlicht durch sich öffnende Fenster von mindestens 0,30 Quadratmeter erhalten, und mit gut verschliessbaren Türen versehen sein.

Art. 84. Kein Abort darf in direkter Verbindung stehen mit einem Wohnraum, einem Atelier oder einem Raum der zur Aufbewahrung und Zubereitung von Lebensmitteln dient.

Art. 85. In Strassen deren Kanalisation zur Aufnahme von Fäkalien nicht bestimmt ist, oder wenn aus Mangel an Gefälle ein Kanalanschluss nicht möglich ist, sind Abortgruben zu errichten.

Art. 86. Für die Herstellung einer Abortgrube gelten folgende Bestimmungen :

- a) Sie muss einen Kubikinhalt von mindestens 10 Kubikmeter und eine Höhe unter dem Gewölbescheitel von mindestens 2 Meter haben;
- b) Boden, Wände und Decken sind aus widerstandsfähigen Materialien herzustellen (Bruchsteine, Ziegel oder Beton);
- c) Die Seitenwände müssen bei Bruchsteinen mindestens 0,45 Meter bei Ziegeln mindestens anderthalb Stein stark sein; bei Beton wird die Stärke der Seitenwände in jedem speziellen Fall je nach der Verwendung von einfachem oder eisenarmiertem Beton bestimmt;
- d) Alle Mauerteile, d.h. Boden, Wände und Decke sind in Zementmörtel herzustellen und mit einem glatten 0,02 Meter dicken

- garantiert wasserdichtem Zementverputz zu versehen. Alle Ecken sind mit einem Radius von 0,10 Meter abzurunden;
- e) Der Boden erhält bei Bruchsteinen 0,40 Meter, bei Ziegelsteinen anderthalb Stein Stärke, statt dessen kann auch eine 0,20 Meter starke Betonlage verwandt werden;
 - f) Unter der mindestens 0,60 x 0,60 Meter grossen Einsteigöffnung wird in den Boden eine Vertiefung von 0,25 Meter hergestellt und der Boden selbst mit Gefälle dorthin angelegt. Die Einsteigöffnung wird luftdicht durch einen Eisen- oder Steindeckel mit passendem Rahmen verschlossen;
 - g) Abortgruben sind ausserhalb der Gebäude anzulegen und dürfen nicht an die Aussenmauern angebaut werden. Wenn sie in die Nähe der Aussenmauern zu stehen kommen, muss zwischen Haus und Grubenmauer eine 0,24 Meter starke Auffüllung aus Lehm oder fettem Beton angebracht werden;
 - h) Die Fallrohre der Aborte endigen im oberen Teile der Grube;
 - i) Ein Ventilationsrohr von mindestens 0,15 x 0,15 Meter Querschnitt wird von der Zisterne senkrecht bis über das Dach des Hauses geführt. Für die obere Ausmündung dieses Rohres gilt die Bestimmung des Art. 75 Abschn. 8.

Art. 87. - Brunnen- und Wasserzisternen müssen mindestens 2 Meter von den Abortgruben und den Nachbargrenzen entfernt sein.

Brunnen, Abortgruben und Wasserzisternen dürfen sich keinesfalls unter den Wohnräumen oder deren Nebenräumen befinden.

Art. 88. - Für Düngergruben oder Düngerbehälter gelten dieselben Bestimmungen wie für Abortgruben mit der Ausnahme, dass hierbei das Gewölbe durch einen beweglichen Eisendeckel ersetzt werden, und dass die Lüftung fortfallen kann.

Art. 89. - Es dürfen keinerlei Art von Schwindgruben und Senklöchern angelegt werden.

Art. 90. - Bei Privatbauten, Arbeitervierteln, Ateliers usw. darf eine Kläranlage nach dem biologischen oder irgend einem anderen System für Abwässer und Abfälle erst nach einer besonderen Genehmigung erbaut werden, und unter der Bedingung, dass dieselbe jeder Zeit den das Resultat der Klärung kontrollierenden Gemeindebeamten zugänglich bleibt.

Art. 91. - Es ist verboten einen Neubau oder Umbau zu benutzen ehe die gesamten Rohrleitungen, die Apparate, die Kanalisation und die Abortgruben von der Verwaltung kontrolliert worden sind.

Art. 92. - Eigentümer und Mieter müssen jederzeit den Verwaltungsbeamten die im Interesse der gesundheitstechnischen Einrichtungen vorzunehmenden Besichtigungen und Versuche gestatten und erleichtern.

Art. 93. - Es ist verboten im Innern der Wohngebäude Schweine, Kaninchen, Meerschweinchen, Böcke, Ziegen, Gänse, Enten, Hühner oder andere Haustiere zu halten mit Ausnahme der Hunde, Katzen und Ziervögel.

Art. 94. - Die im Art. 93 erwähnten Haustiere, ebenso wie die Kühe und Pferde sind in besonderen Nebengebäuden unterzubringen, deren Herstellung folgenden Bedingungen unterworfen ist.

Diese Nebengebäude dürfen keine direkte Verbindung mit den Wohngebäuden haben, die Zwischenmauern dürfen nicht durchbrochen sein, der Luftraum der Ställe muss mindestens 21 Kubikmeter pro Kuh oder Pferd, und 6 Kubikmeter pro Schwein oder Ziege betragen.

Die Ställe müssen durch sich öffnende Fenster gut beleuchtet und gelüftet werden können, und ausserdem eine beständige Lüftung besitzen die weder die Bewohner des betreffenden Hauses noch auch die Nachbarn belästigt. Der aus wasserdichten nicht porösen Materialien herzustellende Bodenbelag muss in richtigem Gefälle nach der Ablaufrinne angelegt werden.

Die Minimalhöhe beträgt für Pferde- und Kuhställe 2,50 Meter, für Schweine- und Ziegenställe 2,20 Meter. Die Wände sind aus wasserundurchlässigen Materialien herzustellen und im Innern bis auf die Höhe von 1,50 Meter mit einer Zementschicht oder einem Plattenbelag zu versehen. Die Decke ist aus Steinmaterialien herzustellen und mit den Wänden in Kalkmörtel zu verputzen soweit nicht eine Zementschicht oder Plattenbelag angebracht ist.

Art. 95. - Ausser den eigentlichen für die Baugenehmigung erforderlichen Plänen muss der Eigentümer in doppelter Ausfertigung nachfolgende die gesundheitstechnischen Anlagen betreffenden Pläne vorlegen:

- a) Grundriss 1:100 mit der Darstellung der Abortgruben, Brunnen, Wasserzisternen, Dünger und Jauchgruben;
- b) Grundriss und Querschnitt 1:50, betreffend Kanalisierung, Aborte, Syphons, Apparate, Falleleitungen und Lüftung. Alle diese Pläne müssen genau gezeichnet, datiert, mit eingeschriebenen Massen versehen sowie ebenso wie das Baugesuch vom Bauherrn und vom Architekten oder dem ausführenden Unternehmer unterschrieben sein.

Art. 96. - Eine den in Art. 95 angegebenen Bestimmungen entsprechende Genehmigung ist ebenfalls erforderlich für alle Veränderungen an Aborten, gesundheitstechnischen Apparaten, Abortgruben, Brunnen, Wasserzisternen, Dünger- und Jauchegruben und Kanalisationen sowie dieselben in dem vor Veröffentlichung dieses Reglementes bestehenden Gebäuden vorhanden sind.

Art. 97. - Bevor eine Abortgrube, ein Brunnen oder ein Kanal abgetragen oder zugeworfen wird, ist eine gründliche Reinigung desselben vorzunehmen. Vor der Ausführung dieser Arbeiten ist eine schriftliche Meldung über den Beginn derselben beim Schöffengericht einzureichen, damit die Verwaltungsbeamten die Ausführung überwachen können.

Auf Kosten des Eigentümers wird von der Verwaltung eine Desinfektion des Aushubes und der Abbruchmaterialien vorgenommen, die sogleich wegzuschaffen sind und nicht mehr zu anderen Bauarbeiten verwandt werden dürfen.

5. Trinkwasserversorgung, Brunnen, Zisternen.

Art. 98. - Jedes Wohngebäude muss für die Bedürfnisse seiner Bewohner über genügend Trinkwasser verfügen und zu diesem Zwecke einen Wasserleitungsanschluss besitzen, wofern das betreffende Grundstück an irgend einer Stelle eine Strasse mit Wasserleitungsstrang berührt.

Dieselbe Verpflichtung gilt für Versammlungsräume, Werkstätten, Kaufläden, Fabriken, Hotels usw.

Art. 99. - Von der Verpflichtung des Wasserleitungsanschlusses ist der Besitzer dann entbunden, wenn er nachweist, dass in seinem Grundstück sich eine Quelle oder ein Brunnen befindet, der genügend reines und vor jeder Verunreinigung geschütztes Wasser liefert.

Art. 100. - Den Hauseigentümern oder Verwaltern ist es verboten ihren Mietern die Wasserleitung abzusperren.

Art. 101.- Alle Quellen, Sickerschächte oder Brunnen, die ein nicht trinkbares Wasser liefern, sind mit den dazu gehörigen Leitungen abzutragen und ausser Gebrauch zu setzen, die betreffenden Arbeiten werden unter Aufsicht der Verwaltungsbeamten ausgeführt.

Diese Quellen, Sickerschächte und Brunnen die ein nicht trinkbares Wasser liefern, können jedoch zum Waschen, Begiessen und zu industriellen Zwecken benutzt werden, wenn die betreffenden Anstalten in Bezug auf das Trinkwasser die Bedingungen des Art. 99 erfüllen.

Oberhalb der ein nicht trinkbares Wasser liefernden Zapfhähne muss eine auffallend sichtbare Tafel mit der Aufschrift "Kein Trinkwasser", "Eau non potable" angebracht werden.

Art. 102.- Quellen, Sickerschächte und Brunnen, die verunreinigtes für die öffentliche Gesundheit gefährliches Wasser liefern, sind zu beseitigen.

Art. 103.- Das Schöffenkollégium hat das Recht jederzeit auf Privatbesitz Wasserproben zu entnehmen, behufs Feststellung der Qualität desselben.

6. Baufällige Gebäude, Unterhalt der Bauten.

Art. 104.- Wenn ein Gebäude, eine Mauer, eine Umfriedigung oder irgend ein anderer Aufbau, der an einer öffentlichen Strasse liegt, baufällig erscheint, lässt das Schöffenkollégium dieses feststellen. Ein Protokoll wird darüber aufgenommen und dem Eigentümer zugestellt, dieses unbeschadet der von der Gemeindeverwaltung bei drohender Gefahr zu treffenden Massregeln, wie sie durch das Dekret vom 16-24. Oktober 1790 und durch Art. 52 des Gemeindegesetzes vorgesehen sind.

Art. 105.- Bei direkt drohender Gefahr fordert das Schöffenkollégium den Besitzer auf sogleich den Abbruch des baufälligen Gebäudes vorzunehmen. Im Falle der Abwesenheit, der Weigerung oder Lässigkeit des Besitzers, wird auf Kosten des Eigentümers das Schöffenkollégium die Abtragung durch die Verwaltung vornehmen lassen.

Art. 106.- Wenn die Gefahr nicht sofortige Massregeln verlangt, wird ein Ortsbefund der baufälligen Teile aufgenommen. Eine Abschrift wird dem Eigentümer übergeben mit dem Auftrag innerhalb einer bestimmten Frist das Gebäude abzutragen, zu stützen oder auszubessern. Im Falle der Weigerung, der Abwesenheit oder der Lässigkeit des Besitzers, wird das Schöffenkollégium auf Kosten des Eigentümers die notwendigen Arbeiten durch die Verwaltung vornehmen lassen.

Art. 107.- Ein Gebäude gilt als baufällig, wenn festgestellt wird :

- 1) dass die Fundamente schlecht sind;
- 2) dass einer oder mehrere Facaden-oder Fensterpfeiler in schlechtem Zustand sind;
- 3) dass eine Mauer um mehr als die Hälfte ihrer Stärke aus dem Lot gewichen, oder stark gerissen ist;
- 4) dass eine die Hälfte der Mauerstärke überragende Ausbauchung vorhanden ist;
- 5) als baufällig zu betrachten ist auch jeder Bau oder jede Mauer deren Einsturz infolge des Alters, der fehlerhaften Konstruktion oder mangels genügenden Unterhalts zu befürchten ist.

Art. 108.- Alle an die öffentlichen Strassen stossenden Gebäudeteile und Hofräume sind stets in reinlichem Zustande zu halten, der Verputz der Facaden, der Wohnräume und der Aborte muß ausgebessert oder erneuert werden, sobald er starke Risse aufweist.

Die abgenutzten oder losgestossenen Korridorplatten sind zu ersetzen, Fussböden mit über 2 Millimeter Fugen müssen umgelegt werden; Anstriche und Tapeten sind alle drei Jahre zu erneuern.

Es ist verboten sowohl im Innern der Gebäude als auch in den Hofräumen Schmutzhaufen aufzustapeln, stehende Wasserlachen zu dulden, Gegenstände zu bewahren die in Fäulnis übergehen, gesundheitsschädliche Ausdünstungen, widerliche oder stinkende Gerüche zu verbreiten.

Weder Eigentümer noch Mieter dürfen Teppiche oder Kleider im Innern der Gebäude ausklopfen. Diese Arbeit ist draussen und in gehöriger Entfernung zu besorgen so dass weder die anderen Mieter noch die Nachbarn belästigt werden können.

Art. 109.- Sobald das Schöffengericht erfährt, dass Häuser, Wohnungen, Nebengebäude, wegen der übergrossen Zahl der Einwohner, aus Mangel an Lüftung oder Unterhalt der gesundheitstechnischen Einrichtungen (Kanäle, Aborte, Trinkwasser) oder aus irgend einer anderen Ursache sich in einem solchen Zustande des Verfalls, der Unreinlichkeit oder des Alters befinden, dass eine Gefahr für die Gesundheit und Sicherheit der Einwohner besteht, wird von den Verwaltungsbeamten ein diesbezüglicher Ortsbefund aufgenommen.

Art. 110.- Das Schöffengericht beschliesst über die erforderlichen Massregeln und gibt den Termin für die Ausführung derselben an. Dieser Beschluss wird den Eigentümern und den Mietern mitgeteilt.

Art. 111.- Wenn bis zum bestimmten Termin der Besitzer oder die Mieter die vorgeschriebenen Massregeln nicht angewandt haben, kann das Schöffengericht die Benutzung der Gebäude oder Wohnungen untersagen.

Art. 112.- Wenn innerhalb 14 Tagen nach Zustellung des Beschlusses die betreffende Wohnung nicht geleert ist, kann das Schöffengericht dieselbe auf Kosten und Gefahr des Besitzers leeren lassen, unbeschadet der gegen letzteren erwachsenden Gesetzesstrafen.

7. Möblierte Zimmer.

Art. 113.- Wer möblierte Wohnungen vermieten will muss dieses schriftlich beim Polizeikommissar anmelden. Dieser Anmeldung ist eine Liste beizulegen, in der die Anzahl der möblierten Zimmer, deren genaue Grösse und die Anzahl der in jedem enthaltenen Betten verzeichnet sind, dieses alles unbeschadet der gesetzlichen Bestimmungen betreffend Fremdenpolizei und Wohnungs- oder Wohnortsveränderungen der Luxemburger.

Art. 114.- Der Vermieter kann Mieter nur annehmen nachdem er vom Polizeikommissar die Empfangsbescheinigung seiner Anmeldung erhalten hat.

Art. 115.- Diese Empfangsbescheinigung muss enthalten : Namen und Vornamen des Mieters, Strasse und Hausnummer, Anzahl der zur Vermietung zugelassenen Räume, und Anzahl der Mieter die jeder einzelne Raum enthalten darf.

Sie wird nur ausgestellt wenn die angefragten Räume den nach-

folgenden Bedingungen entsprechend einwandfrei sind.

Art.116.- Die Anmeldung muss jedesmal erneuert werden wenn ein neuer Vermieter eintritt.

Art.117.- Der Luftraum der möblierten Zimmer muss der Zahl der Mieter entsprechend gross sein, der Minimalluftraum pro Person beträgt 10 Kubikmeter. In jedem Zimmer ist auf leicht sichtbarer Schrifttafel die für den betreffenden Raum höchstzulässige Personenzahl anzugeben.

Art.118.- Der Fussboden der über Erdgeschoss befindlichen Stockwerke muss von Natur oder durch Bearbeitung wasserundurchlässig und so eingerichtet sein, dass häufige Waschungen möglich sind.

Der Fussboden der über Keller liegenden Erdgeschossräume muss von Natur aus immer wasserdicht sein.

Die Mauern, Wände und Decken sind mit Gipsüberzug zu versehen; sie sind in reinlichem Zustand zu halten und am besten in Oel- oder Kalkfarben zu streichen. Der Anstrich ist zu waschen oder nach Bedarf jedes Jahr zu erneuern. Nur die Zimmer mit ein oder zwei Betten erhalten Papier-Tapeten; diese sind zu erneuern so oft es als notwendig erachtet wird.

Art.119.- Metallene Rauchrohre dürfen nicht durch Schlafzimmer durchgeführt werden.

Art.120.- Es muss mindestens ein Abort für je 25 Einwohner eingerichtet werden.

Diese Aborte sowie die Pissoirs müssen stets in sehr reinlichem Zustand gehalten werden.

Art.121.- Die Zimmer, Korridore, Treppenpodeste, Treppen und Aborte müssen oft gereinigt und gewaschen werden.

Art.122.- Alle Ausgüsse, Spülsteine, Waschtische, Badewannen usw. in den Zimmern, Korridoren, Höfen, Ställen oder Remisen müssen vor der Verbindung mit dem Fallrohr oder der Ableitung einen beständig und dicht schliessenden Verschluss haben.

Art.123.- Jedes möblierte Mietshaus muss täglich pro Einwohner mindestens 100 Liter gutes Trinkwasser liefern können.

Art.124.- Alle Vermieter müssen der Gemeindeverwaltung sofort jeden in ihren vermieteten Räumen aufgetretenen Fall von ansteckender Krankheit melden, dieses unabhängig von der im Art.1 dieses Reglementes vorgesehenen Verpflichtung.

8. Kranken- und Pflegeanstalten.

Art.125.- Krankenhäuser sind auf einen trockenen Baugrund von nicht über 0,03 Meter p.Mt. Gefälle anzulegen.

Die Hausfacaden sind nach Süden zu richten; der Bau muss gegen Nord- und Ostwind geschützt sein. Sie müssen fern von jeder gesundheitsschädlichen oder bloss störenden Nachbarschaft liegen. Zwischen den Krankenhausbauten und den Nachbargebäuden muss eine Entfernung von 100 Meter sein.

Art.126.- Die Grösse des Krankenhausterrains muss mindestens 100 Quadratmeter pro Bett betragen.

Art.127.- Für den Bau ist das Pavillonsystem zu wählen und die Pavillons dürfen nicht mehr als einen Stock über Erdgeschoss haben.

Die Entfernung zwischen den einzelnen Pavillons muss mindestens gleich der zehnfachen Höhe derselben sein.

Die freie um die Pavillons liegende Fläche besteht ausserhalb der Wege aus Gartenanlagen.

Art.128.- Männer und Frauen sind in getrennten Pavillons unterzubringen; Kinder beiderlei Geschlechts bis zu 12 Jahren können in demselben Gebäude verpflegt werden.

Art.129.- Die Pavillons für ansteckende Kranke müssen abseits liegen, und soviel wie möglich einen besonderen Eingang haben, damit die dahingehörigen Kranken den übrigen Teil der Anlage nicht zu betreten brauchen, diese Pavillons dürfen nur Erdgeschoss haben.

Art.130.- Am Eingange des Krankenhauses befinden sich die Büros der Verwaltung, die Aertztezimmer und die Wohnung des Direktors oder des Verwalters.

Die Küche, die Beleuchtungs- und Heizungszentrale wenn eine solche vorhanden ist, die Apotheke, das Zentralbad und das Waschemagazin sind in der Mitte des Krankenhauses anzulegen, so weit von den Pavillons entfernt, dass sie denselben nicht schaden können, so nahe dabei, dass sie dieselben bequem bedienen können. Waschküche und Desinfektionsstation sind zusammen an das Ende des Krankenareals zu verlegen. Zu derselben Seite soviel als möglich versteckt liegt das Leichenhaus mit einem besonderen Ausgang. An der Peripherie des Terrains liegen die Wohnungen des Personals und die etwaigen Nebengebäude für Wagen, Lager usw.

Art.131.- Das Krankenhaus muss eine Wasserleitung haben die imstande ist pro Tag und pro Kranken 400 Liter Wasser zu liefern.

Art.132.- Für die Fortleitung der Abwässer muss das Krankenhaus an eine städtische Kanalisation angeschlossen werden, oder eine von der Gemeindeverwaltung genehmigte Klärungsanlage einrichten.

a) Anlage der Pavillons.

Art.133.- Die Pavillons sind aus Steinen oder Ziegel und Eisen zu errichten; die voll zu bauenden Aussenmauern erhalten bei Steinen eine Stärke von 0,50 Meter bei Ziegel anderthalb Stein. Sie sind gegen aufsteigende Feuchtigkeit durch eine 0,10 Meter über Terrain zu verlegende Isolierschicht zu schützen.

Art.134.- Die Treppen sind feuersicher anzulegen. Sie bestehen aus Läufen von je ungefähr 12 Tritten mit dazwischenliegenden Ruhepodesten, die Treppenbreite beträgt mindestens 1,30 Meter, die Stufenhöhe höchstens 0,15 Meter, die Stufenbreite mindestens 0,28 Meter.

Art.135.- Die Korridore erhalten eine Breite von mindestens 2 Meter und sind an die Nordseite zu verlegen.

Art.136.- Jedes Krankenzimmer muss mindestens 40 Kubikmeter Luftraum und 12 Quadratmeter Bodenfläche, und eine besondere Türe nach dem gemeinschaftlichen Korridor haben.

Krankenzimmer mit mehreren Betten müssen eine Höhe von 4 - 4,50 Meter haben. Für jedes Bett sind 30 Kubikmeter Luftraum und 8 Quadratmeter Bodenfläche zu rechnen. Für Kinder genügt die Hälfte dieser Zahlen. Krankenzimmer sind nach Süden zu orientieren; Räume mit ausschliesslich Nordlicht dürfen nicht als Krankenzimmer verwandt werden.

Art.137.- Die Fenster sind in genügender Anzahl und so gross anzulegen, dass die Lichtfläche derselben mindestens gleich ein sechstel der Bodenfläche beträgt, die Brüstungshöhe beträgt

1 Meter und die Fensteröffnungen reichen bis 0,20 Meter unter die Decke.

Das obere Viertel des Fensters besteht aus einem um seine untere Achse nach innen drehbaren Oberlichtflügel. Als Schutz gegen die Sonnenhitze dienen äussere Vorhänge oder Jalousien.

Art. 138.- Die glatten und nicht profilierten Decken erhalten hellen Lackanstrich. Alle Ecken an Wänden, Decken und Fussböden sind abzurunden; sie sind vollständig glatt zu halten und mit hellem Lackanstrich zu versehen. Alle Ecken sind abzurunden.

Art. 139.- Die Fussböden erhalten am besten Mosaikplatten mit Linoleumbelag.

b) Heizung, Lüftung, Beleuchtung.

Art. 140.- Für die Heizung ist warmes Wasser oder sehr niedrig gespannter Dampf anzuwenden. Die einfach gestalteten Radiatoren müssen für eine tägliche Reinigung zugänglich sein.

Art. 141.- In der warmen Jahreszeit geschieht die Lüftung durch das regelmässige Öffnen der Fenster oder der Oberlichte; für die übrige Zeit ist sie mit der Heizung zu verbinden.

Art. 142.- Die künstliche Beleuchtung geschieht am besten durch elektrisches Licht, oder mangels dieses durch Gas oder Petroleum.

c) Nebenanlagen.

Art. 143.- Das Operationszimmer erhält Nordlicht; Holz darf in der Ausstattung desselben nicht zur Verwendung kommen; Ecken und Kanten sind abzurunden, die Wände sind glatt und wasserundurchlässig zu halten; es kann ein Glasoberlicht angelegt werden; daneben ist für eine intensive künstliche Beleuchtung zu sorgen.

Art. 144.- Die Aborte sind an die Kanalisation anzuschliessen, auf 12 Kranke ist ein Sitz einzurichten.

d) Möblierung.

Art. 145.- Möbel sind auf das allernotwendigste zu beschränken, sie müssen leicht zu reinigen und zu desinfizieren sein.

Betten, Nachttische und Stühle bestehen am besten aus lackiertem Eisen.

In der Nähe eines jeden Bettes und einer jeden Badewanne ist ein elektrischer Klingelknopf anzubringen. Spucknapfe sind in allen Zimmern und Korridoren in einer Höhe von 0,50 - 1 Meter über Fussboden anzubringen.

Art. 146.- Jedes Krankenhaus muss einen Ambulanzwagen und Tragbahren zum Transport der Kranken und Verwundeten besitzen.

Auf je 30 Kranke oder eine Bruchzahl von dreissig ist eine Badewanne einzurichten; jedes Krankenhaus muss ausserdem mindestens zwei fahrbare Badewannen haben.

e) Pflegeanstalten.

Art. 147.- Eine Pflegeanstalt kann mit einem Krankenhaus verbunden werden, wenn die Belegziffer der beiden Anstalten gering ist, und wenn die Pavillons der Pfleglinge von denen der Kranken weit entfernt sind.

Art. 148.- Jede Pflegeanstalt muss ausser den Wohngebäuden und den Wirtschaftsanlagen (Küche, Bäder, Waschküche, Wäschemagazin, Verwaltung, Sprechzimmer, Versammlungssaal) noch ein Krankenhaus, ein kleines Gebäude für ansteckende Krankheiten, eine Desinfektionsstation und ein Leichenhaus enthalten.

Art.149.- Die Pavillons der Pflegeanstalten können Erdgeschoss und zwei Stockwerke enthalten, sie sind in zwei parallelen Reihen beiderseits einer Mittelaxe zu gruppieren, auf der die Wirtschaftsgebäude anzulegen sind, die Entfernung der verschiedenen Gebäude von einander beträgt mindestens das zweieinhalbfache ihrer Höhe, die Gebäude dürfen keine Höfe einschliessen.

Art.150.- Im übrigen gelten für Pflegeanstalten die für Krankenhäuser vorgesehenen Bestimmungen.

f) Krankenpflege.

Art.151.- Zur Krankenpflege sind nur solche Personen zulässig die einen Ausweis über eine genügende theoretische und praktische Vorbildung besitzen.

9. Lehranstalten, Schulen, Pensionate, Internate.

Art.152.- Bezüglich des Bauplatzes der Gebäudeanlage, der Schulzimmer, der Höfe und der Nebengebäude der Lehranstalten, Pensionate und Internate gelten die Bestimmungen des Kapitels III der ministeriellen Verfügung vom 2. April 1901 (Mem. 1901, Seite 336 und folg.).

Art.153.- Die Studierzimmer sind nach denselben Prinzipien wie die Klassenzimmer anzulegen, jeder Schüler erhält mindestens 2 Quadratmeter Bodenfläche.

Art.154.- In den Pensionaten und Internaten ist auf je 60 Schüler eine Badewanne und auf je 15 Schüler eine Brause einzurichten.

Art.155.- Die Küche ist genügend von den anderen Räumlichkeiten zu trennen, so dass der Geruch derselben keine Belästigung hervorrufen kann. Der Boden erhält Plattenbelag, die Wände sind mit Fayenceplatten zu bekleiden die in der Nähe anzulegenden Esszimmer sind mit derselben durch kleine Galerien zu verbinden, die Fenster sind auf zwei gegenüberliegenden Seiten anzubringen, die Mauern erhalten bis auf eine Höhe von 1,50 Meter eine Verkleidung aus Fayenceplatten.

Art.156.- Die gemeinschaftlichen Schlafzimmer sind in die oberen Stockwerke zu verlegen; kein Schlafzimmer erhält mehr als 24 Betten, der Luftraum pro Schüler beträgt mindestens 25 Kubikmeter. Zur Lüftung sind gegenüberliegende Fenster anzubringen, die Betten sind aus Eisen mit Metallfedern. Sie werden senkrecht zu den Seitenwänden der Schlafzimmer aufgestellt. Die Waschbecken sind in besonderen von den Schlafzimmern direkt zugängigen Räumen aufzustellen. Der Fussboden der Waschräume erhält Plattenbelag, die Wände sind bis auf 2 Meter Höhe mit Fayenceplatten zu bekleiden.

Für jedes Schlafzimmer ist auf seinen Vorplatz mindestens 1 Abortsitz einzurichten.

Art.157.- Jedes Internat oder Pensionat muss besitzen :
1. verschiedene Krankenzimmer; 2. eine besondere Turnhalle.

10. Hygieneregister.

Art.158.- Die Gemeinde legt ein Register über Wohnungshygiene an.

Die betreffenden Notierungen sind jeden Tag einzutragen und müssen alle Elemente zur Feststellung der hygienischen Zustände eines jeden Gebäudes enthalten.

Art.159.- Für jedes Haus ist ein sonderes Dossier anzulegen, dieses muss enthalten :

- 1.- Eine kurze Beschreibung und einen Plan 1:200 worin verzeichnet sind :
 - a) der Zustand der Kanalisation;
 - b) die Zahl und der Zustand der Aborte, Fallrohre, Entlüftungen, Lage der Aborte, Ausgüsse und Pissorte;
 - c) Zustand, Grösse und Lage der Abortgruben, Brunnen, Wasserzisternen;
 - d) Grösse und Zustand der Höfe, Gänge und Durchfahrten;
 - e) Versorgung mit Trinkwasser und Wirtschaftswasser;
- 2.- Die besonderen hygienischen Untersuchungen;
- 3.- Die vorgenommenen Desinfektionen;
- 4.- Der Wechsel der Einwohner und der hygienischen Zustände.

Art.160.- Jeder Eigentümer hat das Recht kostenlos von dem Hygieneregister seines Hauses Kenntnis zu nehmen. Auf Verlangen des Mieters und selbst vor der Unterzeichnung des Mietvertrages muss der Eigentümer ihm einen Auszug aus dem Hygieneregister seines Hauses vorzeigen; dieser Auszug wird dem Besitzer gratis verabreicht..

Art.161.- Eine Besichtigung des Immöbels kann stattfinden so oft es die Gemeindeverwaltung für nötig hält.

11. Wohnungskontrolle.

Art.162.- Der Gemeinderat ernennt durch ein besonderes Reglement eine Kommission zur Kontrolle der Wohnungen in hygienischer Hinsicht. Diese Kommission besteht aus 5 Mitgliedern und begreift womöglich einen Arzt und einen Architekten.

Dritter Abschnitt.

=====

Strafen bei Zuwiderhandlungen.

Art.163.- Auf den Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften vorstehenden Reglementes stehen die durch Art.7,9 und 10 des Gesetzes vom 27.Juni 1906 über die öffentliche Gesundheit vorgesehenen Strafen.

Unabhängig von den in Art.9 dieses Gesetzes vorgesehenen Bestimmungen können Urteilsvollstreckungen insofern sie sich auf dieses Reglement beziehen auch auf Betreiben der Gemeindeverwaltung und auf Kosten der Schuldigen ausgeführt werden, die Kosten der Auslagen und Arbeiten werden vom Schöffengericht festgelegt und nach Art der Gemeindesteuer erhoben.

Schlussbestimmungen.

Art.164.- Alle in vorstehendem Reglemente enthaltenen Bauvorschriften sind sofort, sowohl für Neubauten als auch für Wiederaufbau und Umbau bestehender Gebäude bindend. Und selbst wenn weder ein Wiederaufbau noch ein Umbau vorgenommen wird, müssen die Besitzer bestehender Gebäude innerhalb 5 Jahren nach der Veröffentlichung dieses Reglementes denselben obengenannten Bestimmungen nachkommen, wobei

- a) die Bestimmungen der Art.38,40,41,42,43,44,48,68,98-103 einschl. 104-114 einschl., 117,119,120,121,123 und 124 sofort angewandt werden und
 - b) die Art.30-36,45-46 nur bei Neubauten, Wiederaufbauten und Umänderungen bestehender Gebäude zur Anwendung kommen.
-
-
-

REGLEMENT

=====

betreffend die Benennung der Strassen und Numerierung der Häuser.

Gemeinderatssitzung vom 31. Dezember 1902, genehmigt am 30.3.1903,
Memorial No. 23/1903, Seite 341.

Der Gemeinderat :

Nach Einsicht der Depesche No. 3953/1710/98, des Herrn General-Direktors des Innern vom 2. August 1898, wodurch die Deliberation des Gemeinderates vom 15. Juli desselben Jahres betreffend die Benennung der Strassen und Numerierung der Häuser von Rümelingen, genehmigt und die Gemeinde zur Verdinggabe der dazu nötigen gusseisernen Platten ermächtigt wird.

Nach Einsicht des Art. 36 des Gesetzes vom 24. Februar 1843;

In Erwägung, dass es angemessen erscheint, das Anbringen und die Conservation der Strassen- und Nummerplatten durch ein Polizeireglement zu regeln;

Beschliesst einstimmig folgendes Reglement:

Art. 1.- Die Hauseigentümer sind verpflichtet die Strassenplatten an die Stellen, welche von der Ortsbehörde bezeichnet werden unentgeltlich anbringen zu lassen. Die Lieferung und Befestigung dieser Platten geschieht auf Kosten der Gemeinde.

Art. 2.- Die Hauseigentümer sind verpflichtet die Nummerplatten über die Eingangstüren ihrer Häuser, sowie es die Gemeindeverwaltung für gut befindet, unentgeltlich anbringen zu lassen. Die Lieferung und Befestigung dieser Platten wird ebenfalls durch die Gemeinde besorgt.

Art. 3.- Die erste Lieferung und Anbringung der Hausnummer an die Häuser geschieht auf Kosten der Gemeinde.

Die später notwendig gewordenen Reparaturen resp. Erneuerung derselben Nummern sind zu Lasten der Eigentümer. Es ist jedoch ausdrücklich ausbedungen, dass die Farbe und Grösse dieser Nummern eine und dieselbe bleiben bei jeder Erneuerung.

Art. 4.- (abgeändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 25. Juli 1947). (Neuer Text) Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen gegenwärtigen Reglementes werden mit einer Geldbusse von 50.- bis 500.- Franken und mit Gefängnis von 1 bis 7 Tagen oder blos mit einer dieser Strafen geahndet.

Art. 5.- Gegenwärtiges wird der Regierung zur Genehmigung unterbreitet und nach Gutheissung durch Anschlag bekannt gemacht.

FRONTSTEUERREGLEMENT =====

Gemeinderatssitzung vom 7. September 1932, genehmigt am 30. Januar 1933, No. 59.

Der Gemeinderat :

Nach Einsicht :

- a) des Gesetzes vom 24. Februar 1843 über das Gemeindewesen;
- b) der Dekrete vom 16.-24. August 1790, Titel 11, Art. 3 und vom 19.-22. Juli 1791, Art. 46;
- c) der Art. 107 und 112 der Verfassung;
- d) des Gesetzes vom 6. März 1818 über die zu verhängenden Polizeistrafen;
- e) des Gesetzes vom 12. Juli 1844 über die Vizinalwege;
- f) des Gesetzes vom 13. Januar 1843 über die Ermächtigung zu Bauten und Pflanzungen längs den Landstrassen;
- g) des Gesetzes vom 20. März 1876 über die Polizei der Gebäude und deren Dependenzien;
- h) des Gesetzes vom 27. Juni 1906, betreffend die Förderung der öffentlichen Gesundheit;
- i) des Gesetzes vom 19. April 1819 und des Grossherzoglichen Beschlusses vom 29. März 1882 über die Beitreibung der Gemeindesteuern;
- j) des Sanitätsreglementes der Gemeinde Rümelingen ^{vom} heutigen Tage;

In Anbetracht, dass durch die Eröffnung und die Herstellung neuer Strassen und die Erbreiterung und Regulierung alter Strassen die anliegenden Grundstücke einen bedeutenden Wertzuwachs erfahren und dass es demnach recht und billig ist, die Anlieger bzw. Anstösser zur Rückerstattung wenigstens eines Teiles der der Gemeinde für Ausführung dieser Arbeiten erwachsenen oder noch zu erwachsenden Kosten heranzuziehen;

In Anbetracht, dass den Gemeinden bezüglich der Erhebung neuer Steuern ein Recht eingeräumt ist vorbehaltlich der Genehmigung der Oberbehörde bzw. des Grossherzogs;

Beschliesst einstimmig

bei Enthaltung der HH. Meyer und Quintus nachstehendes Reglement:

Art. 1.- Bei der Anlage neuer Strassen sowie der Erbreiterung und Regulierung alter Strassen durch die Gemeindeverwaltung wird ein Teil der für die Anlage bzw. Erbreiterung und Regulierung verursachten wirklichen Ausgaben auf die Anlieger bzw. auf die Anstösser verteilt. Der zu leistende Beitrag erhält diesetwegen den Namen Frontsteuer.

Art. 2.- Als Anlage einer neuen Strasse im Sinne dieses Reglementes gilt auch:

- 1) die Anlage eines Strassenteiles;
- 2) die Verlängerung einer bestehenden Strasse;
- 3) die Anlage von öffentlichen Plätzen.

Art. 3.- Die von der Gemeinde verausgabte Summe zur Anlage bzw. zum Ausbau einer Strasse wird nur zu einem Drittel durch die Gemeindekasse endgültig getragen während die übrigen zwei

Drittel durch die Anlieger bzw. Anstösser an die Gemeindekasse zurückgezahlt werden müssen.

Art. 4.- Die Bebauung von Grundstücken sei es durch Neubauten Um- und Anbauten darf nur nach Massgabe der einschlägigen Bestimmungen des Gemeindegesetzes vom heutigen Tage erfolgen.

Art. 5.- Die im Art. 1 bezeichnete, von den Anliegern bzw. Anstössern zu erhebende Frontsteuer, welche das Äquivalent bildet von zwei Dritteln des durch die Gemeindeverwaltung für die Freilegung, erste Einrichtung und Entwässerung der neuen Strasse aufgewandten Kapitals, begreift :

- 1) eine jährliche direkte Steuer und
- 2) eine einmalige indirekte Steuer.

Art. 6.- Die Besitzer von unbebauten Grundstücken, welche keine Neubauten errichten, haben, unbeschadet der unter Art. 3 benannten indirekten Steuer, eine direkte jährliche Taxe zu entrichten, die so bemessen ist, dass der auf die Grundstücke entfallende und gemäss Art. 13 festgesetzte Strassenbeitrag nach 10 Jahren, ab dem Augenblick wo die Strasse der öffentlichen Zirkulation übergeben wird, amortisiert ist. Sie wird in vierteljährlichen Raten erhoben. Vor Bemessung und Verteilung der direkten Steuer wird die in Art. 8 ben. indirekte Steuer von dem gesamten Strassenbeitrag in Abzug gebracht.

Zur Zahlung einer jährlichen direkten Steuertaxe sind auch die Besitzer von bereits bebauten Grundstücken verpflichtet sofern dieselben nicht zur Zahlung der einmaligen indirekten Steuer gemäss Art. 7 verpflichtet sind.

Diese jährliche Taxe ist nicht mehr geschuldet, wenn der nachbenannte unter Art. 7 bezeichnete Strassenbeitrag ganz entrichtet wird. In letzterem Falle wird der bereits amortisierte Betrag in Abzug gebracht.

Die Taxen sind geschuldet für das ganze Jahr für alle unter die Bestimmungen des gegenwärtigen Reglementes fallenden Strassenanlagen, wenn dieselben dem öffentlichen Verkehr vor dem 1. Juli übergeben werden. Die erste Jahrestaxe wird auf die Hälfte reduziert wenn die Übergabe nach dem 1. Juli erfolgt.

Die direkte und jährliche Taxe ist nicht anwendbar auf die Anlieger bzw. Anstösser, deren Grundstücke nicht für bebaubar gelten, worüber das Schöffengericht zu entscheiden hat. Letztere Bestimmung ist indes nicht anwendbar und die jährliche Taxe ist geschuldet, wenn das als nicht bebaubar geltende Grundstück mit einem Nachbargrundstück vereinigt wird und so die Bebauungsbedingungen erfüllt.

Die Beitreibung der direkten und jährlichen Taxe geschieht gemäss den Bestimmungen der Art. 94 und 95 des Gemeindegesetzes.

Art. 7.- Die einmalige indirekte Steuer wird erhoben bei der Errichtung von Neubauten längs denjenigen Strassen, welche im Sinne des gegenwärtigen Reglementes als Neuanlagen gelten. Die Steuertaxe wird berechnet nach Massgabe der gemäss Art. 15 und 16 beitragspflichtigen Anteile an den Anlagekosten. Dieselbe ist sofort in einer Summe fällig, bei Erteilung der Bauerlaubnis. Ehe der Beitragspflichtige dieser Verpflichtung nachgekommen ist, darf mit dem Neubau nicht begonnen werden. Ist die Bauerlaubnis bereits vor Vollendung der Strassenanlage oder bevor die Beitragshöhe für das verpflichtete Grundstück feststand erteilt worden, dann ist die Steuer sofort mit der Benachrichtigung des betreffenden Grundstückseigentümers durch die Verwaltung, fällig. Die indirekte Steuer belastet das Grundstück gleich dem Grund-

steuern. Die Eintreibung dieser indirekten Steuer erfolgt in Gemässheit des Gesetzes vom 19. April 1899.

Art. 8. - Unbeschadet der in Art. 6 benannten Steuer zu Lasten der unter demselben Artikel benannten Besitzer von unbebauten Grundstücken, welche keine Neubauten errichten, wird von denselben Besitzern eine indirekte Steuer erhoben im Betrage eines Viertels der gemäss Art. 15 und 16 auf die Beitragspflichtigen entfallenden Anteile an den Anlagekosten. Die unter Art. 7 benannten allgemeinen Bestimmungen über die indirekten Steuern, über deren Fälligkeit und die Eintreibung derselben, sind auf die unter gegenwärtigem Artikel benannte Steuer anwendbar.

Art. 9. - Der Zeitpunkt, an welchem die neu angelegten Strassen den öffentlichen Verkehr übergeben werden, wird durch Schöffensratsbeschluss festgestellt.

Art. 10. - Reklamationen gegen die direkten und indirekten Steuern entbinden nicht von der Verpflichtung zur Zahlung derselben, vorbehaltlich späterer Richtigstellung nach Entscheidung des Schöffenkollégiums.

Art. 11. - In Fällen in denen die Anwendung der vorstehenden unter Art. 6, 7, und 8 festgesetzten Bestimmungen zu besonderen Bedenken oder Härten führen würden, und besonders zur Förderung des Baues eigener Einzel-Wohnhäuser durch Beamten und Arbeiter, kann das Schöffenkollégium beschliessen, dass die Anlagekosten, welche gemäss den vorstehenden Bestimmungen zu zwei Dritteln den Anstössern zur Last fallen, ebenfalls von der Gemeinde übernommen werden. Kann ein Anlieger nachweisen, dass bei Anwendung der Bestimmungen der Art. 6, 7 und 8 die hiernach auf sein Grundstück verteilten Kosten mehr als zwei Drittel des ihm durch die Strassenanlage erwachsenden Vorteils betragen würden, so ist das Schöffenkollégium befugt, demselben den Mehrbetrag zu erlassen. Zu diesem Zwecke ist die Differenz des Wertes des betreffenden Grundstückes vor und nach der Anlage festzustellen und dementsprechend der abzusetzende Teil der Strassenbeitragskosten zu bestimmen unter Berücksichtigung der dem Eigentümer für den der Strasse einverleibten Teil seines Besitzes etwa gewährten Entschädigung.

Art. 12. - Zu den Kosten im Sinne des Artikel 2 gehören alle seitens der Stadt gemachten Aufwendungen zum Erwerb des für die Strassenanlage, einschliesslich Trottoirs, erforderlichen Geländes und für die Beseitigung aller innerhalb der Strasse resp. Baufluchtlinien liegenden, der Herstellung der Strassen hinderlichen Anlagen und Baulichkeiten, ferner auch die Kosten für die anderweitige Einfriedigung der angrenzenden Grundstücke und schliesslich noch die städtischerseits gezahlten Zinsen der für die Freilegung aufgewandten Gelbeträge.

Art. 13. - Die erste Einrichtung der Strasse umfasst die Herstellung des Strassenkörpers nebst sämtlichem Zubehör insbesondere die Aufschüttung und Befestigung (Macadamisierung oder Pflasterung) des Strassendamms, die Anlage des Trottoirs mit Bordsteinen, die Herstellung von Stützmauern, Durchlässen, usw.

Zu den Posten der ersten Einrichtung gehören ferner alle zu den vorerwähnten Massnahmen erforderlichen Aufwendungen, insbesondere für die Entwurfs-Bearbeitung, die Vermessung, Nivellierung, die Bauaufsicht, sowie für die Vergütung des den Nachbargrundstücken zugefügten Schadens, ferner die von der Gemeinde bezahlten Bauzinsen.

Über die Art der jedesmaligen ersten Einrichtung einer

Strasse (Beschotterung, Pflasterung) usw. entscheidet die Bauverwaltung im Einverständnis mit dem Schöffengericht nach Massgabe der in Betracht kommenden Verhältnisse. Nicht zu den Kosten der ersten Einrichtung zu rechnende, sondern zu Lasten der Gemeinde gehende Aufwendungen sind diejenigen für Baum- und sonstigen Pflanzungen.

Art. 14.- Als Kosten der Entwässerung der Strasse gelten die Kosten der Strassenrinnen und Strassensinkkästen, sowie die Kosten der erforderlichen Regen- und Schmutzwasserkanäle.

Art. 15.- Als Kosten der Unterhaltung der Strasse gelten alle Aufwendungen der Gemeinde für die Unterhaltung aller in den vorstehenden Artikeln bezeichneten Anlagen und Einrichtungen mit Ausnahme der Kanäle.

Art. 16.- Bei Berechnung der Kosten behufs Feststellung der Steuerauflage sind die Kosten der gesamten Strassenanlage zusammen zu rechnen. Die Verteilung der Frontsteuer auf die einzelnen anliegenden Grundstücke geschieht nach dem Verhältnis der ganzen Länge ihrer die Strasse berührenden Grenze. Für Eckgrundstücke, welche an zwei neue Strassen im Sinne dieses Reglementes angrenzen, wird der Eigentümer zu den Kosten beider Strassen herangezogen, auch wenn das Grundstück nicht nach beiden Seiten Ausgänge hat. Bei der Verteilung der Kosten werden die an die Strassen angrenzenden öffentlichen Plätze, Promenaden, öffentliche Wasserläufe sowie einmündenden Strassen gleich den Privatgrundstücken zum Zwecke der Berechnung in Betracht gezogen. Die hierauf entfallenden Kostenteile gehen aber zu Lasten der Gemeinde.

Art. 17.- Die Feststellung und Verteilung der entstandenen Kosten geschieht durch die Stadtverwaltung sobald die Strasse fertiggestellt und durch Schöffengeratsbeschluss dem Verkehr übergeben ist. Die Kosten-Festsetzungen müssen vom Schöffengericht geprüft und genehmigt werden.

Art. 18.- Nach Genehmigung der Kosten-Festsetzung und Verteilung wird seitens der Gemeindeverwaltung einem jeden der beteiligten Eigentümer eine Aufstellung über den auf sein Grundstück entfallenden Kostenbetrag zugestellt mit der ausdrücklichen Bemerkung, dass falls nicht innerhalb 10 Tagen beim Schöffengericht Beanstandungen erfolgen, dieselbe als anerkannt gilt und gemäss den Bestimmungen der Art. 6, 7 und 8 der Betrag erhoben wird. Etwaige Reklamationen werden vom Schöffengericht entschieden.

Art. 19.- Das Schöffengericht kann den Bauenden zur Erleistung des Kostenbetrages gegen genügende hypothekarische Sicherheit und angemessene Verzinsung eine Frist bis zu 5 Jahren gewähren unter Gestattung ratenweiser Abzahlung.

Art. 20.- Bei Veräusserung eines Grundstückes welches an eine von der Gemeindeverwaltung angelegten, erweiterten oder regulierten Strasse grenzt, wird die Gesamtsumme der auf dem Grundstück noch lastenden Frontsteuer fällig und ist von dem Verkäufer geschuldet. Der Ankäufer ist nichtsdestoweniger mit dem Verkäufer solidarisch für deren Zahlung der Gemeinde gegenüber haftbar.

Ein Verzeichnis derjenigen Fronten für welche die Frontsteuer noch ganz oder teilweise geschuldet ist, muss zu jedermanns Einsicht im Gemeindegemeinschaftsbüro aufliegen.

Art. 21.- Falls die Gemeindeverwaltung an Gemeindewegen, Staatsstrassen und vom Staate übernommenen Wegen, mit Genehmigung des Staates irgendwelche Verbesserungen oder Änderungen vornimmt, namentlich durch Anlage oder Fertigstellung von Trottoirs, so sind auch hier die Anlieger entsprechend der Länge der

Frontlinie ihres bebauten oder unbebauten Eigentums zur Erstattung der Frontsteuer, d.h. der Hälfte der Kosten verpflichtet. Diese werden nach den Bestimmungen des Art. 8 erhoben.

Die Maximalbreite der Trottoirs beträgt 2,50 m.

Falls den Anliegern durch die Anpassung an diese Neuanlage der zwischen ihrem bebauten Eigentum und dem Trottoir gelegenen unbebauten Fläche, bedeutende Unkosten erwachsen sollen, kann das Schöffengericht, in den Fällen wo dieses ihm nötig erscheint, durch einen diesbezüglichen Beschluss, einen Zuschuss aus Gemeindemitteln, welcher jedoch 50% der genannten Unkosten nicht übersteigen darf, bewilligen.

Art. 22.- Gegenwärtiges Reglement findet Anwendung auf die in den Jahren 1931 und 1932 durch die Gemeindeverwaltung über den Kaylbach angelegte Strasse, welche die Grosse Strasse mit der Sebastianstrasse verhindert.

Art. 23.- Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen gegenwärtigen Reglementes werden durch Protokoll der zuständigen Bau- oder Polizeibeamten oder durch alle anderen gesetzlichen Mittel gleichzeitig gegen die Eigentümer oder Mieter, Architekten, Bauunternehmer, Maurermeister, oder alle anderen mit der Leitung oder Ausführung betrauten Personen festgestellt. Die Zuwiderhandlungen werden, unbeschadet der Kraft der bestehenden Gesetze und der durch das kondamnatorische Urteil zu verordnenden Wiederherstellung der Orte in den vorigen Zustand, sofern sie nicht durch das Gesetz vorgesehen sind, mit einer Geldbusse von 5 bis 50 Franken und mit einer Gefängnisstrafe von 1 bis 7 Tagen oder nur mit einer dieser Strafen geahndet.

Art. 24.- Gegenwärtiges Reglement tritt nach Genehmigung und vorschriftsmässiger Veröffentlichung im Memorial in Kraft.

REGLEMENT

=====

betreffend die Gewährung von Bauprämien für Eigenheime.

Gemeinderatssitzung vom 28. Juli 1948, No. 7156, oberbehördlich
genehmigt am 13. September 1948, No. 1650/48.

Der Gemeinderat :

Auf Vorschlag des Schöffenkollégiums;
Nach eingehender Beratung;

erlässt mit allen Stimmen

folgende Ausführungsbestimmungen zu seinem Beschluss vom heuti-
gen Tage, betr. die Gewährung von Bauprämien für Eigenheime.

Art. 1.- Die Stadtverwaltung von Rümelingen stellt im Rahmen der bestehenden oder zu schaffenden Möglichkeiten, sei es durch Abtretung, Kauf, Tausch oder dergleichen den Erbauern von Familienhäusern, ohne dass ein Anspruch auf Abtretung gemeindeeigener Bauplätze besteht, Bauterrain zur Verfügung, oder gewährt denselben Bauprämien unter Beobachtung nachfolgender Bestimmungen.

Art. 2.- (abgeändert durch Gemeinderatsbeschluss vom 18. März 1949, No. 7273, genehmigt am 5. April 1949, No. 1650/48) (Neuer Text) Die im Art. 1. erwähnte Bauprämie ist bei Errichtung von NEUBAUTEN oder Erwerb von Neubauten seitens einer Baugesellschaft auf 15.000.- Franken zuzüglich 2.500.- Frk. für jedes zu Lasten des Familienvorstandes unter 18 Jahren alte Kind, bei einem Höchstbetrag von 30.000.- Franken festgelegt.

Art. 3.- Im Falle eines An-Vor-oder Umbaus wird die auf Grund des Artikels 2 errechnete Prämie in dem Verhältnis gekürzt, in welcher der Verkaufswert des gesamten bebauten Grundstückes steht.

Die Abschätzung erfolgt durch den Schöfferrat, welcher beim Antragsteller die nötigen Unterlagen anfordern kann. Seine Entscheidung ist nicht anfechtbar.

Art. 4.- Niemand kann auf die zwei Arten Prämien, erwähnt in den Artikeln 2 und 3 dieses Beschlusses, gleichzeitig oder später Anspruch erheben, d.h. ein und dieselbe Person oder Familie wird für dasselbe Immoebel nur eine dieser Prämien erhalten.

Art. 5.- Vorerwähnte Vergünstigungen der Art. 1, 2, 3 werden gewährt :

- a) für alle Neubauten auf dem Gebiete der Gemeinde Rümelingen, die dazu bestimmt sind natürlichen Personen, insbesondere Arbeitern, Beamten, Handwerkern und kleinen Gewerbetreibenden zur Wohnung zu dienen.
- b) für nachträglich ausgeführte An-Vor-und Umbauten, wenn sie zur Schaffung zusätzlichen notwendigen Wohnraumes für die eigene Familie des Erbauers oder einer der sub Art. 5a bezeichneten Personen dienen.

Art. 6.- Vorerwähnte Vergünstigungen der Art. 1, 2 und 3 sind nicht anwendbar auf die Personen :

- a) welche die luxemburgische Staatsangehörigkeit nicht besitzen;
- b) welche ihren Wohnsitz ausserhalb der Gemeinde Rümelingen haben bzw. nach Fertigstellung des Neubaus beibehalten; es sei denn, dass sie das Wohnhaus nachweisbar für eine 6 Jahre überschreitende Periode einer oder mehreren der unter Art. 5a bezeichneten Personen zur Miete überlassen oder sonstwie zur Verfügung stellen;
- c) die schon Eigentümer eines oder mehrerer Häuser sind;
- d) deren Neubau am 1. Januar 1948 nachweisbar bezugsfertig war;
- e) (abgeändert durch Gemeinderatsbeschluss vom 18. März 1949, No. 7273, genehmigt am 5. April 1949, No. 1650/48). (Neuer Text) deren Neubauten den Verkaufswert von 500.000.- Franken nicht übersteigt, der Wert der Baustelle nicht eingerechnet, oder bei An- oder Umbauten der Verkaufswert zuzüglich des Altwertes oberhalb derselben Grenze liegt.
- f) welche ein Wohnhaus errichten, dessen bebaute Fläche 80 qm. übersteigt. Diese Häuser dürfen nur ein Erdgeschoss, ein Stockwerk und Mansarden begreifen und 7 Zimmer nicht übersteigen. Die Fläche der Nebengebäude, wie Küche, Veranda usw. ist in der Fläche von 80 qm. einbegriffen. Schuppen, Ställe und sonstige Dependenzien gelten nicht als Nebengebäude.
Im Falle eines An- oder Umbaus beziehen sich die Grenzen auf den Gesamtbau.
- g) deren, nach den Bestimmungen des jeweils geltenden Einkommensteuergesetzes, für das Vorjahr ermittelte Gesamtjahreseinkommen 120.000.- Franken zuzüglich 5.000.- Franken für die Ehefrau und jedes zu Lasten der Familie unter 18 Jahre alte Kind, übersteigt.
- h) welche den gesetzlichen und reglementarischen Bestimmungen betreffend den Wohnungsbau zuwiderhandeln.

Art. 7.- Die Gewährung des auf Grund gegenwärtigen Beschlusses festgelegten Prämien erfolgt auf schriftlichen Antrag des Interessenten nach Inangriffnahme der Erdarbeiten.

Dem Antrag sind als Belegstücke beizufügen :

- a) Baupläne.
- b) Oberbehördliche Baugenehmigung.
- c) Kostenanschlag.
- d) Einkommensteuerbescheid resp. Vorauszahlungsbescheid.

Art. 8.- Die Prämien sind rückzahlbar, wenn das Projekt binnen zwei Jahren von der Ausführung der Erdarbeiten an gerechnet nicht ausgeführt ist.

Art. 9.- Vorstehende Ausführungsbestimmungen bleiben, vorbehaltlich anderweitiger gemeinderatlicher Verfügung, bis zum 31.12.1950 (laut Gemeinderatsbeschluss vom 6. Januar 1950, No. 7402, genehmigt am 31.1.1950, No. 977/49) in Kraft.

Art. 10.- Alle diesem Beschluss zuwiderlaufenden örtlichen Bestimmungen sind ausser Kraft gesetzt.

R E G L E M E N T

=====

betreffend die Schuttablagerung.

Gemeinderatssitzung vom 28. April 1934, No. 5747, genehmigt am 18.6. 1934, No. 118/34, Memorial No. 35/1934, Seite 686.

Der Gemeinderat :

In Erwägung, dass es im Interesse der Schönheit der Stadt und der sie umgebenden Landschaft angezeigt erscheint, ein Reglement zu erlassen welches die Niederlage von Schutt, Unrat, alten und unbrauchbar gewordenen Haushalt- und sonstigen Gegenständen regelt.

Nach Einsicht des Gemeindegesetzes vom 24. Februar 1843, Artikel 36.

Nach Einsicht des Gesetzes über die Verstaatlichung der Lokalpolizei vom 29. Juli 1930, Art. 7.

Nach Einsicht des Zirkularschreibens des Herrn Staatsministers, Präsidenten der Regierung, vom 3. November 1933, No. 3329 über diesen Gegenstand.

Beschliesst einstimmig:

Art. 1.- Die Ablagerung von Schutt, Unrat, alten Hausgerätschaften und sonstigen ähnlichen Gegenständen, welche die Schönheit der Stadt und deren Umgebung beeinträchtigen könnten, ist sowohl im Innern der Stadt als auch in deren Umgebung, am Rande der Wasserläufe, Gehölze, Wälder, öffentlichen Verkehrswege und Plätze sowohl auf öffentlichem als auch auf privatem Eigentum untersagt..

Art. 2.- Die Ablagerung der in Art. 1 erwähnten Gegenstände kann nur an den Orten erfolgen, welche vom Schöffenkollegium speziell dazu bestimmt sind.

Art. 3.- Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen dieses Reglementes werden mit einer Geldbusse von 50.- bis 500.- Franken und mit Gefängnis von 1 bis 7 Tagen oder blos mit einer dieser Strafen geahndet. (Nach Art. 3 des Gesetzes vom 25. Juli 1947).

Art. 4.- Die bereits bei Inkrafttretung dieses Reglementes bestehenden Niederlagen der in Art. 1 erwähnten Gegenstände müssen innerhalb drei Monaten vom Tage der Inkrafttretung dieses Reglementes entfernt werden widrigenfalls dieselben auf Kosten der Interessenten durch die Gemeindebehörde aufgeräumt werden.

R E G L E M E N T

=====

betreffend das Reinigen der Bürgersteige
und Strassenrinnen, sowie die Müllabfuhr.

Gemeinderatssitzung vom 16. Februar 1945, genehmigt am 24.3.1945,
No. 819/45, Memorial No. 40/1945, Seite 452.

Der Gemeinderat :

Nach Einsichtnahme des Art. 1 des Gesetzes vom 27. Juni 1906
betreffend die Förderung der öffentlichen Gesundheit; des Art. 36
des Gemeindegesetzes vom 24. Februar 1843 und des Art. 7 des Gesetzes
vom 29. Juli 1930, betreffend die Verstaatlichung der Lokalpolizei;

Beschliesst

mit 6 Stimmen gegen die des Herrn Steinmetz :

Art. 1.- Die Eigentümer, Nutzniesser und Mieter deren
Häuser, Stallungen, Schuppen sowie sonstigen Gebäude und Gärten
an Strassen grenzen, sind verpflichtet die ganzen Bürgersteige
und Strassenrinnen in der Länge ihres Eigentums an den Tagen
an welchen die Kehrrihtabfuhr erfolgt und bevor diese Abfuhr
bewirkt ist, zu kehren.

Bei eingetretener Trockenheit und wenn die öffentliche
Salubrität es erfordert, müssen die Strassenrinnen, soweit als
möglich, auf Verlangen der Polizei, mit Wasser gereinigt werden.
Die Reinigung mit Wasser hat jedoch jeden Samstag zu geschehen.
Auf allen öffentlichen Wegen und Strassen müssen Kehrriht und
Strassenkot gegen den Bürgersteig oder die Strassenrinne der-
art auf Haufen gekehrt werden, dass dieselben weder den Verkehr
behindern, noch das Abfliessen des Wassers durch die Rinnen
und Kanäle hindern.

Bei eingetretenem Schneefall sind die Bürgersteige und
Strassenrinnen sofort vom Schnee und Eis frei zu machen und
frei zu halten.

Art. 2.- Aschen, Küchenabfälle und sonstiger Hausrat sind
getrennt in dichten Blech- oder Holzkisten mit Handgriffen
neben die Kehrrihthaufen zu stellen. Die Füllung der Kisten
hat so zu geschehen, dass deren Inhalt weder durch die Luft
noch sonstwie auf die Strassen getragen werden kann. Nach Ent-
leerung der Kisten haben die Eigentümer dieselben alsogleich
von der Strasse zu entfernen. Der Inhalt der Kisten darf nicht
mit Flüssigkeiten, noch mit glühender Asche vermengt werden.
Die Kisten mit ihrem Inhalt dürfen nicht über 30 kg. wiegen,
widrigenfalls der Eigentümer gehalten ist, bei der Entleerung
beihilflich zu sein.

Art. 3.- Wenn ein Haus durch mehrere Mieter und nicht
durch den Eigentümer bewohnt ist, so fällt diese Verpflichtung
des Kehrens und Waschens denjenigen zu, welche das Erdgeschoss
bewohnen und für den Fall, dass letzteres unbewohnt ist, den
Bewohnern der Stockwerke, mit dem ersten Stockwerke beginnend.
Ist das Haus unbewohnt, fällt die Verpflichtung dem Eigentümer
zu.

Art. 4.- Die Gemeinde übernimmt den Transport und das
Fortschaffen des Kehrrihts. Zu diesem Zwecke wird die Stadt

durch besondere Fuhrwerke regelmässig bedient. Wenn das Fuhrwerk passiert ist, ist es verboten weiteren Kehricht oder Unrat auf öffentlicher Strasse aufzuhäufen, die in Art. 2 bezeichneten Kisten dorthin zu stellen oder auch irgendwelche anderen Anhäufungen dort zu belassen.

Art. 5.- Die Abfälle von Bauten und Reparaturen jeglicher Art sind durch den Eigentümer selbst abzuführen, bzw. abführen zu lassen und dürfen nicht auf der Strasse verbleiben. Desgleichen die Gartenabfälle wie Kartoffelkraut, Kohlstengel, usw. Es ist den Gemeindebediensteten ausdrücklich verboten, Unratgruben usw. zu entleeren sowie Unrat, der mehr als einem Dritteileimer entspricht, auf die Fuhrwerke aufzunehmen. Wer Heu, Stroh, Holz, Kohlen, Möbel und andere Gegenstände auf- und abladet, ist verpflichtet, die von dieser Arbeit an Ort und Stelle zurückgebliebenen Abfälle und Emballagen, sowie den entstandenen Schmutz sogleich nach beendigter Arbeit fortzuschaffen bzw. die betreffenden Stellen mit Wasser zu reinigen.

Art. 6.- Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen gegenwärtigen Reglementes werden mit Gefängnis von 1 bis 7 Tagen und mit einer Geldstrafe von 50.- bis 500.- Franken oder blos mit einer dieser Strafen geahndet. (Nach Art. 3 des Gesetzes vom 25. Juli 1947).

R E G L E M E N T

=====

über die Errichtung und Instandsetzung der Schweineställe.

Gemeinderatssitzung vom 22. November 1895, No. 232.

Der Gemeinderat:

beschliesst nachstehendes Reglement über die Errichtung und Instandsetzung der Schweineställe.

Art. 1.- Die Schweineställe, sowohl diejenigen welche jetzt bestehen, wie auch diejenigen, welche in Zukunft gebaut werden, müssen so angelegt werden, dass einerseits der Boden derselben ganz wasserdicht, anderseits derselbe ein genügendes Gefälle besitzt, um die Jauche und das schmutzige Wasser durch eine, in das Freie führende Rinne, leicht abfliessen zu lassen, um so das Lager der Tiere trocken zu behalten.

Art. 2.- Diese Ställe müssen durch ihre Besitzer oft frisch gemistet und überhaupt in einem ganz reinlichen Zustande gehalten werden.

Art. 3.- (abgeändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 25. Juli 1947). (Neuer Text) Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen gegenwärtigen Reglementes werden mit einer Geldbusse von 50.- bis 500.- Franken und mit Gefängnis von 1 bis 7 Tagen oder blos mit einer dieser Strafen geahndet.

Art. 4.- Die Gemeindeverwaltung beauftragt eigens einen Agenten der öffentlichen Gesundheitspflege mit der Ausführung obigen Reglementes.

Art. 5.- Gegenwärtiges Reglement wird der Regierung zur Genehmigung unterbreitet und durch Anschlag bekannt gemacht. Dasselbe tritt 3 Monate nach der Veröffentlichung in Kraft.

R E G L E M E N T

=====

über den Austrieb des Borstenviehes.

Gemeinderatssitzung vom 1. Juli 1927, No. 4405, genehmigt am 12.8.1927, Memorial No. 47/1927, Seite 650.

Der Gemeinderat:

In Erwägung, dass es angezeigt ist, den Austrieb der Schweine auf Strassen, Wegen usw. zu verhindern;

Gesehen Artikel 36 des Gemeindegesetzes vom 24. Februar 1843 und das Gesetz vom 6. März 1818;

Beschliesst

mit allen Stimmen gegen die des Herrn Wilhelmy, nachstehendes Reglement:

Art. 1.- Es ist verboten, Schweine auf öffentlichen Strassen, Wegen und Plätzen verweilen zu lassen.

Art. 2.- Es ist mithin nur gestattet, Schweine über Strassen, Wege und Plätze zu treiben, um dieselben einem bestimmten Ziele (Schlachthof oder Verkaufsstelle) zuzuführen.

Art. 3.- (abgeändert durch Art. 3. des Gesetzes vom 25. Juli 1947). (Neuer Text) Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen gegenwärtigen Reglementes werden mit einer Geldbusse von 50.- bis 500.- Franken und mit Gefängnis von 1 bis 7 Tagen oder blos mit einer dieser Strafen geahndet.

- 70 -

R E G L E M E N T
=====

über die Wasserleitung.

Gemeinderatssitzung vom 24. Oktober 1911, No. 1961, genehmigt am 21.12.1911, Memorial No. 83/1911, Seite 1507.

Der Gemeinderat:

In Erwägung, dass es angemessen erscheint, das Wasserwerk zu Rümelingen durch ein Reglement zu regeln, und die Wasserentnehmer einer Taxe zu unterwerfen;

Nach Einsicht des Art. 36 des Gesetzes vom 24. Februar 1843;

Beschliesst

einstimmig nachstehendes Reglement :

Art. 1.- Jeder, der aus dem Wasserwerk Wasser zum Privatgebrauch entnehmen will, hat solches durch ein Schreiben bei der Gemeindeverwaltung zu beantragen.

Der Anmelder hat sich zur Zahlung der im Art. 6 tarifmässig berechneten Summe zu verpflichten; diese Verpflichtung wird durch Unterschrift des Anmeldeschreibens anerkannt.

Art. 2.- Der Vertrag wird auf unbestimmte Zeit unter dem Vorbehalt, einer jedem Teile zustehenden dreimonatlichen Kündigung, welche aber nur am ersten Tage jeden Trimesters erfolgen kann, abgeschlossen. Der Bruchteil des Trimesters wird für das ganze Trimester gerechnet.

Art. 3.- Die Entnahme von Wasser wird durch Wassermesser berechnet. Der Anschluss an die Wasserleitung kann nur durch den Gemeinderat, wenn wichtige Gründe vorliegen, verweigert werden.

Art. 4.- 1) Das Anbohren der Wasserleitungsröhre, die Herstellung der Anschlussleitung vom Strassenrohr bis höchstens ein Meter innerhalb der Frontmauer oder Strassenflucht des Privatgrundstückes, sowie die Verbindung der Anschlussleitung darf nur von dem durch die Gemeindeverwaltung bezeichneten Organ ausgeführt werden.

2) Die Herstellung der Rohrleitung im Innern der Gebäude oder Nebengebäude übernimmt die Gemeindeverwaltung auf Wunsch der Abonnnenten auf deren Kosten. Es steht jedoch den letzteren frei, dieselbe durch beliebige Arbeiter nach den in diesem Reglement enthaltenen Bestimmungen unter Kontrolle der Verwaltung ausführen lassen.

3) (abgeändert durch Gemeinderatsbeschluss vom 6. Juli 1928, No. 4577, genehmigt am 10.8.1928, No. 2169/o2, Memorial No. 37/1928, Seite 591). (Neuer Text) Die Gemeinde lässt die Anschlussleitungen machen, sowie den Wassermesser und den Schieber hinstellen und zwar tunlichst auf dem kürzesten Wege ins Innere der Häuser.

Die Kosten dieser Anschlussleitungen sind $\frac{1}{3}$ zu Lasten der Gemeindeverwaltungen und zu $\frac{2}{3}$ zu Lasten des Hauseigentümers.

Wenn jedoch die Anschlussleitung zwischen der Mitte der Strasse und Wassermesser 10 Meter übersteigt, so muss der Eigentümer diese Überzahl ganz bezahlen.

Dem nun ungesichert verbleibt der Gemeindeverwaltung bei allen Anschlüssen das ausschliessliche Eigentumsrecht.

4) Die Wassermesser sind an einer leicht zugänglichen vom Kontrolleur der Wasserleitung zu bezeichnenden Stelle anzubringen.

Art. 5.- Die Anlagen der Leitungen im Innern der Häuser vom Wassermesser ab, bleibt Sache der Eigentümer.

Es ist verboten, einen Anschluss oder einen Krannen vor den Wassermesser anzubringen; die Vertreter der Gemeindeverwaltung haben das Recht jeder Zeit, im Beisein des Eigentümers sich vom Stand des verbrauchten Wassers, sowie der Leitung zu überzeugen.

Es ist den Abonnenten ebenfalls untersagt, bei Strafe von zehn Franken für jede Übertretung dieses Verbotes, die Schachtdeckel über dem Hauptabsperr- und Regulierschieber abzuheben oder den letzteren zu öffnen oder zu schliessen. Sie übernehmen die Verpflichtung, die Wassermesser bei eintretendem Frostwetter rechtzeitig und sorgfältig vor Frost und Schädigung zu wahren; entstehen solche dennoch, sei es aus Fahrlässigkeit oder jeder andern Ursache, so haben dieselben die Kosten der Reparatur zu tragen, wenn die Untersuchung ergibt, dass sie den Schaden hätten verhindern können.

Reparaturen bis zum Wassermesser einschliesslich werden durch die Gemeinde ausgeführt; die etwaigen Mängel sind ungesäumt anzuzeigen.

Die Revision in Bezug auf Wasserverbrauch geschieht alle 3 Monate.

Art. 6.- (abgeändert durch Gemeinderatsbeschluss vom 7.5.1946, No. 6813, genehmigt am 9.7.1946, No. 818/45, Memorial No. 17/50, Seite 413) Behufs Verzinsung und Amortisation des für die Einrichtung der Wasserleitung aufgewandten Anlagekapitals wird eine Wassertaxe nach den in nachfolgend aufgeführten Grundsätzen erhoben:

- a) Für jede Hausleitung ist eine jährliche Grundtaxe im Betrage von 112.- Franken zu entrichten. Hierfür steht einem jeden Anschlussinhaber das Recht zu vierteljährlich bis incl. 8 cbm. Wasser zu verbrauchen. Jedes mehrverbrauchte Kbm. Wasser wird zu 3,50 Franken berechnet.

Die vorstehende Grundtaxe und die Taxe für eventuellen Mehrverbrauch an Wasser werden in vierteljährlichen Raten eingezogen. Die Wassertaxen werden indessen sofort bei der Entnahme des Wassers aus der städtischen Leitung fällig.

Das Schöffenkollegium kann aber in Fällen, wo dies angebracht erscheint, für die Einbeziehung der Wassertaxen entsprechend kürzere Fristen festsetzen.

Etwaige Reklamationen seitens der Konsumenten entbinden nicht von der Zahlung der Wassertaxen, vorbehaltlich späterer Richtigstellung.

- b) Für ein Gebäude wird nur eine Konzession gewährt. Jedoch kann die Verwaltung, falls die Massregel für nützlich erachtet wird, die Einschaltung mehrerer Wassermesser auf Kosten der Eigentümer gestatten.

Art. 7.- Die Verwaltung übernimmt keine Haftbarkeit weder dem Eigentümer noch dem Mieter gegenüber für Beschädigungen, welche in Folge der Zuleitungen in den Liegenschaften entstehen könnten. Bei eintretendem Wassermangel hat die Gemeindeverwaltung das Recht, die Abgabe von Wasser für bestimmte Zwecke zu untersagen.

Geht ein mit Hausleitung versehenes Haus durch Nachlassenschaft oder auf andere Weise in andere Hände über so tritt der neue Besitzer in alle Vorteile und Verpflichtungen, welche die Leitung nach sich zieht, ein, und ist mit dem Erben oder Rechtsnachfolger solidarisch verpflichtet, die Wassertaxe bis zum Ablauf der betreffenden Konzession unter Beobachtung der hierauf bezüglichen Verordnungen zu zahlen.

Art. 8.- Der Verwaltung bleibt vorbehalten, falls Zahlung nicht rechtzeitig erfolgt, die fernere Zuleitung von Wasser nach dem betreffenden Grundstück abzuschneiden. Es bleibt ferner der Gemeindeverwaltung überlassen, in gewissen Fällen die vorherige Gestellung einer Kautions zu verlangen, welche dem höchsten Wasserverbrauch eines halben Jahres entspricht.

Reklamationen werden dem Gemeinderate unterbreitet. Gegenwärtiges Reglement wird der Oberbehörde unterbreitet und nach vollzogener Guttheissung durch Anschlag bekannt gemacht.

R E G L E M E N T
=====

betreffend die Zusammenrottungen.

Schöffenratsbeschluss vom 30 November 1918, genehmigt durch Gemeinderatsbeschluss vom 15. Januar 1919, No. 3120, Memorial No. 11, Seite 181 vom 6. Januar 1919.

Der Schöffenrat :

Nach Einsicht des Art. 52 des Gemeindegesetzes vom 24. Februar 1843; des Art. 50 des Dekretes vom 14. August 1789, Titel 2, Art. 3 des Dekretes vom 16-24. August 1790;

Beschliesst

Art. 1.- In der Stadt Rümelingen ist es untersagt, nach einbrechender Dunkelheit zu drei oder mehreren Personen auf öffentlichen Verkehrswegen und Plätzen Ansammlungen zu bilden und stehen zu bleiben.

Art. 2.- (abgeändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 25. Juli 1947). (Neuer Text) Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen vorstehenden Reglementes werden mit einer Geldbusse von 50.- bis 500.- Franken und mit Gefängnis von 1 bis 7 Tagen oder blos mit einer dieser Strafen geahndet.

Gemeinderatssitzung vom 15. Januar 1919, No. 3120.

Der Gemeinderat:

Nach Einsicht des Polizeireglementes betreffend die Zusammenrottungen auf den Strassen und öffentlichen Plätzen, welches vom Schöffenrat in seiner Sitzung vom 30. Novembre 1918 dekretiert und in der heutigen Sitzung dem Gemeinderat zur Annahme vorgelegt wurde;

In Anbetracht dass dieses Reglement der Umstände wegen und zur grösseren Sicherheit der Bevölkerung dringlichkeitshalber vom Schöffenrat erlassen worden war;

Beschliesst

mit 5 Stimmen gegen die der HH. Deisges, Kemp und Neiens, bei Enthaltung des Herrn Altenhoven, das betreffende Reglement der Oberbehörde in Abschrift zur Genehmigung zu unterbreiten.

R E G L E M E N T

=====

über die Zusammenrottungen.

Schöffenratsbeschluss vom 5. März 1935, genehmigt durch Gemeinderatsbeschluss vom 11. April 1935, No. 5901, oberbehördlich genehmigt am 18. Mai 1935, No. 882/21.

Der Schöffenrat :

In Erwägung, dass es angezeigt erscheint Unruhen vorzubeugen, welche infolge des Treibens aufrührerischer Elemente, durch Kundgebungen und Ansammlungen auf dem Gebiete der Gemeinde entstehen können;

In Erwägung, dass es Pflicht der Gemeindebehörde ist, für die öffentliche Ordnung und die Sicherheit der Einwohner Sorge zu tragen;

In Erwägung, dass die Gemeinde zivilrechtlich haftbar ist für Verwüstungen und Schäden die mit offener Gewalt oder mit Zwang, durch bewaffnete oder nichtbewaffnete Zusammenrottungen oder Ansammlungen, sowohl gegen Personen als gegen öffentliches oder privates Eigentum begangen werden;

Gesehen Art. 25 der Verfassung, Art 52 des Gemeindegesetzes vom 24.2.1843, die Art. 7, 9 und 11 des Gesetzes vom 29. Juli 1930 über die Verstaatlichung der Lokalpolizei;

in Anbetracht der Dringlichkeit;

Beschliesst einstimmig:

Art.1.- Der Verkehr von Gruppen oder Umzügen, die Ansammlungen und Zusammenrottungen unter freiem Himmel von Personen, bei Tag und bei Nacht, sind ohne vorherige Genehmigung des Schöffenkollegiums auf dem Gebiete der Gemeinde verboten.

Art.2.- Die Umzüge sowie Ansammlungen und Zusammenrottungen werden zerstreut, nötigenfalls mit Anwendung von Gewalt. Die Zuwiderhandelnden werden festgenommen und gemäss den Gesetzen und Reglementen verfolgt und bestraft.

Art.3.- (abgeändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 25. Juli 1947). (Neuer Text) Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen gegenwärtigen Reglementes werden mit einer Geldbusse von 50- bis 500- Franken und mit Gefängnis von 1 bis 7 Tagen oder bloss mit einer dieser Strafen geahndet.

Art.4.- Das gegenwärtige Reglement tritt sofort nach seiner Veröffentlichung in Kraft.

P O L I Z E I R E G L E M E N T

über die An-und Abmeldungen.

Gemeinderatssitzung vom 3. Januar 1928, genehmigt am 16. Februar 1928, Memorial No. 8/1928, Seite 232 vom 25. Januar 1928.

Der Gemeinderat :

Nach Einsicht des durch Beratung vom 22. April 1898 erlassenen Reglementes über die An-und Abmeldungen;

Nach Einsicht des Gesetzes vom 24. Februar 1843 über die Einrichtung der Gemeinden (Art. 36) desjenigen vom 6. März 1818 und des Art. 3 des Gesetzes, vom 22. Dezember 1886 über die Volkszählungen;

In Erwägung, dass es angezeigt ist, die Vorschriften obenerwähnten Reglementes auszudehnen, um eine bessere Kontrolle über die Bewegung und den Stand unserer Bevölkerung zu ermöglichen;

Beschliesst einstimmig:

das vorerwähnte Reglement über die An-und Abmeldungen vom 22. April 1898 ist abgeschafft und durch nachstehendes ersetzt:

Art. 1.- Jeder Luxemburger und jeder Ausländer, welcher ermächtigt ist im Grossherzogtum seinen Wohnsitz zu nehmen, muss, wenn er sich auf dem Gebiete der Gemeinde niedergelassen hat, innerhalb fünf Tagen nach seiner Ankunft auf dem Gemeindesekretariate, sowohl für seine eigene Person als für alle Personen, welche seine Familie oder seinen Haushalt bilden, eine diesbezügliche Anzeige machen, lautend auf den Namen, Vornamen, Stand, Wohnort, Tag und Ort der Geburt, Zivilstand und Datum des Zuzuges in die Gemeinde.

Art. 2.- Jeder Luxemburger oder Ausländer, welcher seinen Wohnsitz in eine andere Gemeinde des Grossherzogtums oder ins Ausland verlegen will, oder seine Wohnung innerhalb der Gemeinde wechselt, muss vor seinem Abzuge der Gemeindebehörde seines Wohnortes hiervon Anzeige erstatten und gleichzeitig die Gemeinde bezeichnen, wo er seinen Aufenthalt zu nehmen beabsichtigt resp. seine neue Adresse innerhalb der Gemeinde angeben.

Verlegt ein aus mehreren Personen bestehender Haushalt seinen Wohnsitz, so ist die diesbezügliche Erklärung vom Familienhaupte für alle Personen des Haushaltes, mit Einschluss der bei ihm wohnenden Dienstboten und Arbeiter abzugeben.

Art. 3.- (abgeändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 25. Juli 1947). (Neuer Text) Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen gegenwärtigen Reglementes werden mit einer Geldbusse von 50.- bis 500.- Franken und mit Gefängnis von 1 bis 7 Tagen oder blos mit einer dieser Strafen geahndet.

REGLEMENT

=====

betreffend die Anmeldung u. die Vermietung von Wohnungen in der Stadt Rümelingen .

Gemeinderatssitzung vom 27. Februar 1946, No. 6774, genehmigt am
10.5.1946, Memorial No. 26, Seite 437 vom 10.5.1946.

Der Gemeinderat :

Gesehen das Gesetz vom 24. Februar 1843 über die Organisation
der Gemeinden;

Gesehen das Gesetz vom 29. Juli 1930, betreffend die Verstaat-
lichung der Lokalpolizei;

Gesehen den Grossherzoglichen Beschluss vom 3. Januar 1945,
der den Bürgermeistern das Requisitionsrecht gewährt, um Wohnungen
für Militär und Evakuierte sicherzustellen;

Gesehen Art. 5 des grossherzoglichen Beschlusses vom 25. Mai
1945, der den Bürgermeistern das Requisitionsrecht gibt, für die
Unterbringung von Rapatrierten und Kriegsgeschädigten;

Beschliesst einstimmig

nachstehendes Gemeindereglement über die Anmeldung und die Vermie-
tung von Wohnungen zu erlassen:

Art. 1.- Alle leerstehenden Wohnungen auf dem Gebiete
der Stadt Rümelingen (Häuser, Appartements, möblierte und
nichtmöblierte Zimmer) müssen innerhalb 8 Tagen bei der
Stadtverwaltung angemeldet werden.

Art. 2.- Jeder, der eine Wohnung mieten oder wechseln will,
muss sich an die Stadtverwaltung wenden, wo ihm eine Mietbe-
scheinigung, die streng persönlich ist, ausgehändigt wird.

Art. 3.- Die Vermietung von Häusern, Appartements, Zimmern
kann nur auf Vorzeigen einer seitens der Stadtverwaltung aus-
gestellten Mietbescheinigung erfolgen.

Art. 4.- Im Bedarfsfalle wird die Stadtverwaltung das dem
Bürgermeister durch den vorgenannten grossherzoglichen Be-
schluss vom 25. Mai 1945 zustehende Requisitionsrecht in An-
wendung bringen.

Art. 5.- (abgeändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 25.
Juli 1947). (Neuer Text) Zuwiderhandlungen gegen die Bestim-
mungen gegenwärtigen Reglementes werden mit einer Geldbusse
von 50- bis 500- Franken und mit Gefängnis von 1 bis 7 Tagen
oder blos mit einer dieser Strafen geahndet.

R E G L E M E N T

=====

concernant la circulation des véhicules sur les voies publiques.

Séance du conseil communal du 20 décembre 1948, No. 7244, approuv.
le 18.3.1949, No. 911/49, publiée au Memorial No. 14/1949, page 242.

Le Conseil Communal :

Vu la loi du 10 juin 1932 concernant la réglementation de la circulation des véhicules de toute nature sur les voies publiques;

Vu l'art. 36 de la loi du 24 février 1843 sur l'organisation des communes etc..;

Vu la loi du 29 juillet 1930 concernant l'étatisation de la police locale;

Vu la loi du 25 juillet 1947 portant augmentation des taux des amendes à prononcer par les tribunaux répressifs;

Après délibération;

Sur proposition du collège échevinal;

Arrête d'un commun accord:

Art.1.- La circulation de camions de toute nature est interdite dans la rue dite "Kinnestach".

Art.2.- Les infractions à la disposition de l'art. 1er du présent arrêté seront punies d'un emprisonnement de un à sept jours et d'une amende de 50- à 500- francs ou d'une de ces peines seulement, conformément aux dispositions de l'art. 7 de la loi du 29 juillet 1930, modifiées par la loi du 25 juillet 1947.

H U N D E R E G L E M E N T

=====

Gemeinderatssitzung vom 20. Januar 1910, genehmigt am 12.5.1910,
Memorial No. 27/1910, Seite 362 vom 14.5.1910.

Der Gemeinderat :

Nach Einsicht einer Depesche des Herrn Generaldirektors der öffentlichen Arbeiten zu Luxemburg vom 30. Dezember 1909, mit welchem er uns ein Hundereglement unterbreitet, welches in allen Gemeinden des Luxemburger Landes anzunehmen ist;

In Erwägung dass dieses Reglement im Interesse der Sicherheit der Einwohnerschaft ist;

Beschliesst einstimmig nachstehendes Reglement:

Art. 1.- Es ist verboten, Hunde auf öffentlicher Strasse umherlaufen zu lassen, wenn sie nicht ein Halband tragen, worauf Namen und Wohnort des Besitzers verzeichnet sind.

Art. 2.- Unbeschadet der im Art. 1 vorgesehenen Verpflichtung dürfen Hunde, die umherziehenden oder nicht ortsansässigen Personen gehören, ferner Bulldoggen, Dänische und Ulmer Doggen, Neufundländer und Bernadinerhunde, Anschrir und Metzgerhunde, aus der Kreuzung dieser Rassen stammende Hunde, sowie solche anderer Rassen von grossem Schlage, böartige und gefährliche Tiere nur dann auf die öffentliche Strasse gelassen werden wenn sie einen Maulkorb tragen oder an einer Leine geführt werden, die höchstens einen Meter lang sein darf.

Der Maulkorb muss stark gearbeitet sein, um den Hund zu verhindern, Schaden zu stiften. Das Kollegium der Bürgermeister und Schöffen kann bestimmte Formen von Maulkörben vorschreiben.

Das Kollegium der Bürgermeister und Schöffen kann den Besitzer eines ihm gefährlich scheinenden Hundes zur Befolgung vorstehender Bestimmungen anhalten.

Art. 3.- Es ist verboten Hunde in Hotels, Gast- und Wirtschaften, sowie an andere dem Publikum zugängliche Orte mitzunehmen.

Art. 4.- Es ist verboten, Hunde während der Monate November, Dezember, Januar und Februar nach acht Uhr abends, und während der übrigen Monate des Jahres nach 10 Uhr abends auf die Strasse zu lassen, es sei denn, dass sie an einer höchstens ein Meter langen Leine geführt werden.

Art. 5.- Hündinnen müssen von ihren Besitzern während der ganzen Brunstzeit eingesperrt gehalten werden.

Art. 6.- Wer einen tollen Hund oder einen tollwutsverdächtigen Hund besitzt, muss ihn sofort absperren und unverzüglich den Bürgermeister seiner Gemeinde davon benachrichtigen.

Jeder Fall von Tollwut sowie von Tollwutsverdacht wird sofort nach Anzeige von der Lokalpolizei dem Distriktskommissar und dem Staatstierärzte gemeldet; die Ortspolizei

schreitet sofort zu einer Untersuchung, um festzustellen, ob andere Tiere angesteckt worden sind, oder sich in solchen Bedingungen befunden haben, dass eine Ansteckung wahrscheinlich ist.

Ein Staatstierarzt, der einen Fall von Tollwut oder von Tollwutsverdacht feststellt, hat davon sofort den Distriktskommissar und den Bürgermeister zu benachrichtigen.

Art. 7.- Jedes verdächtige Tier wird von der Ortspolizei und unter deren Aufsicht abgesperrt gehalten, bis der vom Bürgermeister zugezogene Staatstierarzt dessen Freilassung erlaubt.

Ist das Einfangen unmöglich oder gefährlich, so kann das Tier getötet werden.

Bei festgestellter Tollwut wird das Tier getötet; ebenso wird jedes Tier vernichtet, das mit einem andern Tiere, an dem Tollwut festgestellt worden ist, in Berührung war.

Art. 8.- Die Feststellung von Tollwut oder von Tollwutsverdacht wird von dem Bürgermeister sofort den Einwohnern der Gemeinde durch Anschlag bekannt gemacht.

Diese Bekanntmachung wird gleichzeitig den Bürgermeistern der in einem Umkreis von zehn Kilometer vom Mittelpunkt der Gemeinde aus gelegenen Ortschaften sowie dem Distriktskommissar weitergegeben; die Mitteilungen haben auf dem kürzesten Wege zu geschehen.

Die Bürgermeister der Nachbargemeinden geben ebenfalls sofort durch Anschlag bekannt, dass Tollwut in der Nachbargemeinde festgestellt worden ist.

Fallen in dem Umkreis von zehn Kilometer Ortschaften verschiedener Distrikte, so benachrichtigt der Distriktskommissar seine Kollegen von dem ihm gemeldeten Falle.

Art. 9.- Von dem Tage des Anschlages an darf in den in Art. 7. erwähnten Gemeinden kein Hund mehr auf öffentlicher Strasse oder an öffentlichen Orten oder auf den Feldern umherlaufen ohne einen Maulkorb, der mit einem starken Riemen am Halsband befestigt ist und der den vom Kollegium der Bürgermeister und Schöffen genehmigten Mustern entspricht.

Diese Massregel bleibt während vier Monaten nach dem zuletzt festgestellten und veröffentlichten Tollwuts- oder Verdachtsfalle bestehen.

Die angeschlagenen Veröffentlichungen geben die in den vorstehenden Abschnitten enthaltenen Massregeln im Wortlaut wieder.

Art. 10.- Die Verpflichtung den Hunden einen Maulkorb anzulegen bezieht sich nicht auf die bei der Jagd und zum Viehhüten verwendeten Hunde für die Zeit wo sie als solche dienen.

Art. 11.- Jeder Hund, der auf der Strasse, an öffentlichen Orten oder in den Feldern angetroffen wird, ohne das vorgeschriebene Halsband, und in den in Art. 9 vorgesehenen Fällen, ohne vorschriftsmässigen Maulkorb, wird beschlagnahmt.

Ist das Einfangen unmöglich oder gefährlich, so wird der Hund auf der Stelle getötet.

Der beschlagnahmte Hund wird während drei Tagen in Gewahrsam gehalten.

Ist er innerhalb diesem Zeitraum nicht zurückgefordert worden, so wird er getötet.

Der Eigentümer kann seinen Hund nur gegen Entrichtung der Einfangs- und Fütterungskosten wiedererhalten.

In allen Fällen aber wird Protokoll gegen ihn errichtet.

Art.12.- (abgeändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 25. Juli 1947). (Neuer Text) Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen gegenwärtigen Reglementes werden mit einer Geldbusse von 50- bis 500- Franken und mit Gefängnis von 1 bis 7 Tagen oder blos mit einer dieser Strafen geahndet.

Gegenwärtiges Reglement wird der Regierung zur Genehmigung unterbreitet und durch Anschlag bekannt gemacht.

R E G L E M E N T

über das Fussballspiel und das Rodeln auf öffentlichen Strassen
und Plätzen.

Gemeinderatssitzung vom 26. Juni 1934, genehmigt am 18.7.1934, No. 1244/34, Memorial No. 40/1934, Seite 768 vom 28.7.1934.

Der Gemeinderat :

In Anbetracht, dass manche sportliche Spiele und Übungen Gefahren in sich bergen, besonders wenn sie auf öffentlichen Strassen und Plätzen ausgeübt werden;

Nach Einsicht des Dekretes vom 16.-24. August 1790 über die Gemeindepolizei, des Art. 36 des Gesetzes vom 24. Februar 1843 über das Gemeindewesen und Art. 7 des Gesetzes vom 29. Juli 1930 betreffend die Verstaatlichung der Lokalpolizei;

Beschliesst:

Art. 1. - Das Fussballspiel dem ausdrücklich alle Ballspiele männlicher Personen gleichgestellt werden, das Rodeln, Gleisen, Schlittschuhlaufen und Sportschlittenfahren sind auf dem Gebiete der Gemeinde, auf allen öffentlichen Plätzen, Strassen, Wegen, sowie auf allen Grundstücken welche der Gemeinde gehören untersagt.

Art. 2. - Die Ausübung des Fussballspieles ist nur auf besonderen privaten Spielfeldern sowie auf dem städtischen Fussballfeld gestattet. Jedoch unterliegt die Benutzung des letzteren einer besonderen Ermächtigung des Schöffenkollégiums.

Art. 3. - (abgeändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 25. Juli 1947). (Neuer Text) Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen gegenwärtigen Reglementes werden mit einer Geldbusse von 50- bis 500- Franken und mit Gefängnis von 1 bis 7 Tagen oder blos mit einer dieser Strafen geahndet.

R E G L E M E N T

=====

über das Abbrennen von Feuerwerkkörpern.

Gemeinderatssitzung vom 26. Juni 1934, No. - und vom 14. September 1934, No. 5813, genehmigt am 21. Juli 1934, No. 1243/34, Memorial No. 64/1934, Seite 1038 vom 3.11.1934.

Der Gemeinderat :

In Erwägung, dass das häufige und unvermutete Abbrennen von Feuerwerkkörpern geeignet ist die Einwohnerschaft zu gefährden und zu belästigen.

Gesehen Art. 36 des Gesetzes vom 24. Februar 1843 über das Gemeindewesen sowie Art 7 des Gesetzes vom 29. Juli 1930.

Beschliesst:

Art.1.- Auf dem Gebiete der Gemeinde Rümelingen ist das Abbrennen von Feuerwerkkörpern jeder Art, ohne spezielle Ermächtigung des Schöffenkollegiums untersagt.

Art.2.- (abgeändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 25. Juli 1947). (Neuer Text) Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen gegenwärtigen Reglementes werden mit einer Geldbusse von 50- bis 500- Franken und mit Gefängnis von 1 bis 7 Tagen oder blos mit einer dieser Strafen geahndet.

R E G L E M E N T

=====

über die Einsperrung der Tauben während der Saat-und Erntezeit.

Gemeinderatssitzung vom 16. August 1918, No. 3083, genehmigt am 19.9.1918, Memorial No. 58/1918, Seite 1139 vom 22.9.1918.

Der Gemeinderat :

Nach Einsicht des Rundschreibens des Herrn Generaldirektors des Innern vom 24. Juli 1918, No. 1544/15;

Nach Einsicht des Art. 2 des Dekretes vom 4. August 1789, des Art. 12, Titel II des Dekretes vom 28. September - 6. Oktober 1791 sowie des Gesetzes vom 6. März 1818 über die zu verhängenden Polizeistrafen;

Beschliesst:

Art.1.- Die Besitzer von Tauben sind verpflichtet dieselben während den Monaten März, April, August, September und Oktober in ihren Taubenschlägen eingesperrt zu halten,

Art.2.- (abgeändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 25. Juli 1947). (Neuer Text) Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen gegenwärtigen Reglementes werden mit einer Geldbusse von 50- bis 500- Franken und mit Gefängnis von 1 bis 7 Tagen oder blos mit einer dieser Strafen geahndet.

P O L I Z E I R E G L E M E N T

über die öffentlichen Spiele und Belustigungen in der Stadt Rümelingen.

Gemeinderatssitzung vom 13. Juni 1945, No. 6716, genehmigt am 12.9. 1945., No. 813/45.

Der Gemeinderat :

Nach Einsicht :

des Art. 3, Titel XI des Gesetzes vom 16.-24. August 1790;
des Art. 36 des Gemeindegesetzes vom 24. Februar 1843;
Des Grossherzoglichen Beschlusses vom 13.6.1922 betr.
die Überwachung der öffentlichen Lichtspielhäuser und
Lichtspielvorstellungen;
des Gesetzes vom 12.8.1927 betreffend die Schankwirt-
schaften;
des Art. 7 des Gesetzes vom 29.7.1930 betreffend die
Verstaatlichung der Lokalpolizei;
des gemäss Gemeinderatsbeschluss vom 29. Dezember 1922
erlassenen Polizeireglementes über die öffentlichen
Spiele und Belustigungen in der Stadt Rümelingen, abge-
ändert durch Zusatzreglement vom 23. Dezember 1926;

In Erwägung, dass es angezeigt ist, die zu verschiedenen Zeiten
erlassenen Reglemente über die öffentlichen Spiele und Belusti-
gungen, sowie über die kinematographischen Vorstellungen einer
Revision zu unterziehen und den jetzigen Verhältnissen anzupassen;

Beschliesst einstimmig:

Art. 1.- Die auf dem Gebiete der Stadt Rümelingen veran-
stalteten Lustbarkeiten unterliegen einer dem Armenbüro zu
zahlenden Gemeindesteuer nach Massgabe der nachstehenden Vor-
schriften, dies unbeschadet der Platzgelder, welche auf öffent-
lichen Plätzen und Strassen aufgestellten Geschäften, Buden,
Spielen und Verkaufsläden zu entrichten sind.

Art. 2.- (abgeändert durch Gemeinderatsbeschluss vom 21.
Juni 1949, genehmigt am 3.8.1949, Memorial Seite 946/1949)
Die Belustigungstaxen werden in Form einer Pauschgebühr er-
hoben.

Art. 3.- (abgeändert durch Gemeinderatsbeschluss vom
21 Juni 1949) Bei Kinovorstellungen wird eine Taxe von 150.-
Franken pro Vorstellung erhoben. Dieselben müssen spätestens
2 Werktage vorher gegen Entrichtung der Taxe angemeldet
werden.

Art. 4, 5, 6, 7.- (abgeschafft durch Gemeinderatsbeschluss
vom 21. Juni 1949).

Art. 8.- Wenn der Verpflichtete die Fristen für die An-
meldung der Veranstaltung, die Vorlegung der Nachweisungen
und die Entrichtung der Steuer nicht wahr, kann das Schöff-
kollegium ihm einen Zuschlag bis zu 25% der endgültig fest-
gesetzten Steuer auferlegen.

Art. 9.- Kinovorstellungen für Kinder dürfen nur an den
Donnerstag- und Sonntagnachmittagen stattfinden; dieselben

dürfen am Sonntag nicht vor 4 Uhr nachmittags beginnen. Im Übrigen unterliegen dieselben dem durch Grossherzoglichen Beschluss vom 16.6.1922 betreffend das in Ausführung des Gesetzes vom 13.6.1922 über die Überwachung der öffentlichen Lichtspielhäuser und Lichtspielvorstellungen erlassenen Verwaltungsreglement.

Art. 10.- An Pauschsteuer wird erhoben :

- a) (abgeändert durch Gemeinderatsbeschluss vom 21. Juni 1949) für öffentliche Tanzbelustigungen bis zur polizeilichen Schliessungsstunde mit oder ohne Eintrittsgeld 100.- Frk. pro Tag; bei freier Nacht (2 Uhr) 150.- Frk;
- b) für Konzerte und ähnliche Belustigungen mit oder ohne Eintrittsgeld oder Subskriptionsliste, sowie Kollekte 30.- Frk. pro Tag;
- c) für Karussells, Schiffsschaukeln und ähnliche Fahrgeschäfte 30 Frk. pro Tag;
für ähnliche Fahrgeschäfte grösseren Ausmasses 60.- Frk. pro Tag;
- d) für Kegel-, Dreh- und Ringspiele, Salon- und Freisschiessen, fahrende Musikanten, Seiltänzer, Taschenspieler, Zauberkünstler, Sänger usw. 30.- Frk. pro Tag;
- e) für Zuckerbuden oder sonstige Stände bis zu 2 m. Front 20.- Frk. pro Tag; über 2 m. Front 30.- Frk. pro Tag;
- f) für wandernde Zirkus, Theater und überhaupt für alle auf öffentlichen und privaten Plätzen sich produzierende Kunstspiele 75.- Frk. pro Tag; an jedem der folgenden Tage 100.- Frk. pro Tag;
- g) Theateraufführungen durch Gastspieltruppen 100.- Frk. pro Tag;
- h) für Sängerinnenkonzerte mit oder ohne Eintrittsgeld 30.- Frk. pro Tag;
- i) (abgeändert durch Gemeinderatsbeschluss vom 21. Juni 1949) für das Verkleiden oder Maskieren an den Fastnachtstagen oder bei Gesellschaftsbällen pro Person und pro Tag 25.- Franken.
- j) für öffentliche, dem Publikum zugängliche, gedeckte Kegelbahnen 100.- Frk. pro Jahr, für ungedeckte Kegelbahnen 25.- Franken pro Jahr.

Art. 11.- (abgeändert durch Gemeinderatsbeschluss vom 21. Juni 1949) Die sub Art. 10 angeführten Taxen werden ebenfalls auf die von den Ortsvereinen organisierten Veranstaltungen (Theater oder Konzerte mit Ball usw.) angewandt.

Die von geschlossenen Gesellschaften organisierten Tanzkränzchen, mit oder ohne Eintrittsgeld, verfallen bei teilweiser freier Nacht einer Taxe von 250.- Frk. pro Veranstaltung. Wird keine freie Nacht verlangt, so ist eine Taxe von 100.- Franken zu entrichten.

Art. 12.- Die im Art. 10 erwähnten Belustigungen dürfen nicht stattfinden, bevor die vorgesehene Taxe entweder zu Händen des Einnehmers entrichtet oder hinterlegt ist, oder durch eine persönliche Bürgschaft, die dieser Veranstaltung annehmbar erscheint, gesichert ist.

Die Veranstalter dieser Unternehmungen und Belustigungen müssen im Voraus die hierzu erforderliche Ermächtigung beim

Schöffenrat im Gemeindesekretariate nachsuchen.

Mit dieser schriftlichen Ermächtigung versehen, haben die Veranstalter sich alsdann zur Zahlung der geschuldeten Taxe zum Gemeindeseinnehmer zu begeben.

Die Kontrolle über vorstehende Vorschriften wird durch die Polizei ausgeübt.

Art. 13.- Im voraus bezahlte Taxen werden zurückerstattet oder für eine später zu veranstaltende Lustbarkeit in Anrechnung gebracht, wenn die Lustbarkeit nachweislich nicht stattgefunden hat.

Art. 14.- Von der Steuer können entbunden werden:

- a) Veranstaltungen zu wohltätigen Zwecken und
- b) Veranstaltungen, welche ausschliesslich wissenschaftlichen, belehrenden oder Unterrichtszwecken dienen.

Ein diesbezügliches Gesuch für beide Arten von Veranstaltungen ist 2 Tage vorher an das Schöffenkollegium einzureichen.

Art. 15.- Bei Zuwiderhandlungen gegen diese Bestimmungen verfallen die Veranstalter der Belustigungen, sowie die beteiligten Artisten und Musikanten den durch gegenwärtiges Reglement vorgesehenen Strafen.

Art. 16.- Hält der Wirt oder Unternehmer ohne Ermächtigung des Schöffenkollegiums die in Frage kommenden Veranstaltungen, so verfällt er einer Mindeststrafe von 30.- Franken. Hält er diese Veranstaltungen, nachdem ihm die Erlaubnis verweigert worden ist, so verfällt er den in Artikel 26 angedrohten Höchststrafen.

Art. 17.- Es ist verboten, in den Tanzlokalen weibliche Personen gegen Bezahlung als sogenannte "Tanzmädchen" zu verwenden.

Art. 18.- Weibliche Personen, die Vorstellungen in Schenkwirtschaften geben, ist es verboten, in einer unanständigen Tracht aufzutreten, oder nach den Vorstellungen gemeinschaftlich mit Gästen, sei es im Lokale selbst oder in Nebenräumen, Getränke zu sich zu nehmen.

Es ist den Wirten verboten, die in vorstehendem Absatz bezeichneten Vorgänge zu dulden.

Art. 19.- Das Kegelspiel nach 12 Uhr abends und vor 8 Uhr morgens, das Spielen für Geld und das Wetten beim Spiel sind untersagt.

Bei Zuwiderhandlungen sind die Inhaber der Kegelbahn, die Spieler und alle anderen am Spiele beteiligten Personen strafbar.

Art. 20.- Das Maskieren ist den erwachsenen Personen nur während den durch das Schöffenkollegium jedes Jahr festzusetzenden Tagen gestattet. Nach 2 Uhr nachts darf an öffentlichen Orten und in Lokalen keine maskierte Person mehr erscheinen.

Der Erlaubnisschein wird im Polizeikommissariate ausgestellt; er muss sichtbar getragen werden und hat nur Gültigkeit am Tage der Ausstellung.

Art. 21.- Bevor auf dem Gebiete der Stadt Rümelingen Phonographen, automatische Pianos, TSF oder ähnliche Apparate welche mit auf die Strasse oder überhaupt ins Freie gerichteten Lautsprechern versehen sind, benutzt werden können, bedarf es einer vorherigen Ermächtigung des Schöffenkollegiums.

Art.22.- Der Gebrauch dieser Apparate kann höchstens von morgens 10 Uhr bis abends 10 Uhr gestattet werden. Im Falle wo ein solcher Apparat dermassen benutzt wird, dass er die Umwohner belästigt, kann das Schöffengericht für diesen einzelnen Apparat oder im allgemeinen den Gebrauch auf bestimmte Stunden des Tages beschränken.

Art.23.- Die Besitzer oder Mieter solcher im Gebrauch sich befindlichen Apparate haben innerhalb eines Monats nach Veröffentlichung gegenwärtigen Reglementes ein Gesuch um Ermächtigung zu deren weiteren Benutzung an das Schöffengericht einzureichen.

Art.24.- Die vom Schöffengericht erteilte Ermächtigung kann zu jeder Zeit widerrufen werden.

Art.25.- In der Nähe von Gebäuden, welche dem Kultus gewidmet sind, ist es verboten während des Gottesdienstes an den Vormittagen öffentliche Belustigungen zu treiben oder irgend eine lärmende Versammlung abzuhalten.

Art.26.- (abgeändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 25. Juli 1947). (Neuer Text) Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen gegenwärtigen Reglementes werden mit einer Geldbusse von 50.- bis 500.- Franken und mit Gefängnis von 1 bis 7 Tagen oder blos mit einer dieser Strafen geahndet.

Art.27.- Alle diesbezüglichen früheren Reglemente werden hiermit ausser Kraft gesetzt.

P O L I Z I E R E G L E M E N T

betreffend den Hausierhandel.

Gemeinderatssitzung vom 7. August 1913, genehmigt am 12.10.1913, No. 369, Memorial No. 74/1913, Seite 1219, abgeändert durch Gemeinderatsbeschluss vom 16.8.1933, No. 5632, genehmigt am 2.10.1933, No. 655, Memorial No. 54/1933, Seite 820.

Der Gemeinderat :

In Anbetracht, dass der Hausierhandel in hiesiger Stadt Missbräuche verschiedener Art gezeitigt hat, bestehend im wesentlichen :

- 1) In der Ausübung desselben durch:
 - a) Eine grosse Anzahl von Personen vermittels Hundewagen und Hankarren, die hauptsächlich sich auf Strassenkreuzungen und Strassenecken oder sonstigen verkehrreichen Punkten des Stadtgebietes aufstellen und so die öffentliche Sicherheit durch direkte und indirekte Hemmung des Verkehrs gefährden.
 - b) Durch junge dem Schulalter noch nicht entwachsene Kinder, die bis Mitternacht und bei freien Nächten bis zum Morgen durch skrupellose Eltern gezwungen werden den Hausierhandel auf den Strassen und in den Schenken auszuüben, wodurch die Gesundheit, ja sogar das Leben dieser Kinder, abgesehen von den in moralischer Hinsicht zu hegenden Bedenken in Gefahr gebracht wird.
- 2) In dem Verkaufe von gesundheitschädlichen Waren.
- 3) In der antihygienischen Beschaffenheit der zum Hausierhandel verwendeten Wagen, Körbe, Behälter usw.

In Anbetracht, dass die gemachten Erfahrungen die Durchführung reglementarischer Bestimmungen erfordern;

In Anbetracht, dass als Korollar zu dieser Regelung ebenfalls formelle Bestimmungen bezüglich der Zeit und des Ortes des Hausierhandels zu erlassen sind;

Nach Einsicht des Dekretes vom 16.-24. August 1790, des Gesetzes vom 16. März 1818, der Artikel 34, 35 und 36 des Gesetzes vom 24. Februar 1843 und des Gesetzes vom 27. Juli 1906 über die öffentliche Gesundheit;

Beschliesst einstimmig:

Art. 1. - (abgeändert durch Gemeinderatsbeschluss vom 16. August 1933) Wer auf dem Gebiete der Stadt Rümelingen den Hausierhandel betreibt ist verpflichtet pro Tag eine Taxe von 5 - 30 Franken zu bezahlen. Massgebend für die Festsetzung der Taxen innerhalb der angegebenen Grenzen, worüber das Schöffengericht entscheidet, sind die Art und die Bedeutung des Hausierhandels sowie die Art der Waren. Auch kann das Schöffengericht Monatstaxen ausstellen deren Höhe 30 - 150 Franken beträgt.

Art. 2. - Die im Artikel 1 vorgesehene Taxe werden durch das Schöffengericht zuerst festgesetzt und alsdann auf Sicht eines diesbezüglichen Ausweises zu Händen des Gemeindevorstehers bezahlt.

Art. 3.- Das Schöffenkollégium ist befugt, dürftige Personen von der Zahlung der im Art. 2 vorgesehenen Taxen zu entbinden, stellt ihnen jedoch alsdann eine diesbezügliche Bescheinigung aus.

Art. 4.- Jede den Hausierhandel betreibende Person muss bei Beginn ihrer Tätigkeit im Besitze der Quittung der vorgesehenen Taxe oder der im Art. 3 vorgesehenen Bescheinigung des Schöffenkollégiums sein und dieselbe auf jedes Ersuchen der Polizei vorzeigen.

Art. 5.- Für die Läden und Stände, in denen Fruchteis hergestellt wird und verkauft wird, ist vorher eine spezielle schöffenträtliche Ermächtigung nachzusuchen.

Ausser an den Markttagen und alsdann nur auf den für die Abhaltung des Marktes bestimmten Plätzen, darf ohne vorherige Ermächtigung des Schöffenkollégiums keine Auskramung von Waren vermittle Ständen, als Zelten, Tischen, stehenden Wagen usw. im Freien d.h. ausserhalb des Hauses geschehen.

Art. 6.- Den Hausierern ist es verboten, mit ihre Ware an Strassenecken und Kreuzungen, Bahnübergängen, vor den Toren der Schulen und Hüttenwerke und innerhalb eines Menschengedränges oder dicht daneben Aufstellung zu nehmen.

Ausserdem müssen die Waren, Körbe und Behälter sowie die Kleider und Hände des Hausierers in durchaus tadellos sauberem Zustande sein. Die Körbe und Behälter müssen mit einem Glasdeckel versehen sein.

Art. 7.- Kinder unter 14 Jahren dürfen öffentliche Lokale zum Verkauf von Blumen, Orangen und sonstigen Waren nicht betreten. Dieser Verkauf ist in den Monaten April, Mai, Juni, Juli, August und September von 8 Uhr abends an und in den übrigen Monaten von 6 Uhr abends an untersagt.

Eltern oder Personen, denen die Obhut der in Frage kommenden Kinder anvertraut ist, verfallen ebenfalls den im Art. 8 angedrohten Strafen, wofern sie die Kinder nach den obenwähnten Zeiten den Hausierhandel betreiben lassen.

Art. 8.- (abgeändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 25. Juli 1947). (Neuer Text) Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen gegenwärtigen Reglementes werden mit einer Geldbusse von 50- bis 500- Franken und mit Gefängnis von 1 bis 7 Tagen oder blos mit einer dieser Strafen geahndet.

Art. 9.- Die Lokalpolizei und die Gendarmerie errichten gegen die Zuwiderhandelnden Protokoll.

Art. 10.- Gegenwärtiges Reglement tritt am folgenden Tage nach seiner Veröffentlichung im Memorial in Kraft.

Abänderung des Schöffengeratsbeschlusses

vom 5.9.1933. betref. die Festsetzung der Taxen für den
Hausierhandel.

Sitzung des Schöffengerates vom 10. Februar 1950.

Das Schöffengerkollegium :

Gesehen das Polizeireglement über den Hausierhandel vom 7.
August 1913, No. 2263, genehmigt am 12.10.1913, No. 369;

Gesehen den Gemeinderatsbeschluss vom 16.8.1933, No. 5638,
genehmigt am 2.10.1933, No. 655, welcher Art. 1 des Reglementes
abändert;

Gesehen den Schöffengeratsbeschluss vom 5.9.1933, No. 1213;
Nach Beratung;

Beschliesst einstimmig

in Ausführung von Art. 2 vorerwähnten Reglementes den Schöffenger-
ratsbeschluss vom 5.9.1933 abzuändern wie folgt :

- 1) Wer auf dem Gebiete der Stadt Rümelingen den Hausier-
handel betreibt, ist verpflichtet pro Tag eine Taxe von
30.- Franken oder pro Monat eine solche von 150.- Franken
zu bezahlen.
- 2) Mittwochs, Donnerstags und Freitags ist das Hausieren
resp. Feilbieten von Marktprodukten von Strasse zu
Strasse verboten. Freitags morgens jedoch ist das Hau-
sieren resp. Feilbieten von Fischen von Strasse zu
Strasse erlaubt.

Dürftige Personen, welche den Hausierhandel aus-
üben, können vom Schöffengerkollegium von der Bezahlung
der Taxe entbunden werden.

R E G L E M E N T

=====

über die Wochenmärkte.

Gemeinderatssitzung vom 21. März 1912, No. 2002, genehmigt am 24. Mai 1912, No. 202, Memorial No. 38/1912, Seite 415, und vom 18. Juli 1912, No. 2069, genehmigt am 12. August 1912, Memorial No. 62/1912, Seite 823, abgeändert durch Gemeinderatsbeschluss vom 16.8.1933, No. 5631, genehmigt am 15.9.1933, No. 1532/12, Memorial No. 45/1933, Seite 720.

Der Gemeinderat :

Nach Einsicht des Gesetzes vom 18. März 1818 und desjenigen vom 24. Februar 1843;

Nach Einsicht des Reglementes vom 30. Januar 1892;

In Anbetracht, dass es sowohl im Interesse der öffentlichen Zirkulation, als in jenem der regelmässigen Abhaltung der Wochenmärkte liegt bestimmtere Vorschriften zu erlassen und an dem bestehenden Reglemente einige, durch Erfahrung notwendig gewordene Abänderungen vorzunehmen;

Beschliesst

folgendes Reglement über die Wochenmärkte zu Rümelingen :

Art. 1.- (abgeändert durch Gemeinderatsbeschluss vom 16.8.1933) Die Wochenmärkte werden auf dem hierzu bestimmten neuen Platz an der Grosstrasse, im Innern von Rümelingen abgehalten.

Art. 2.- Alle auf dem Markte zu Rümelingen aufgestellten Waren dürfen nur nach gesetzlichem Maasse und Gewichte verkauft werden;

a) Getreide und Sämereien, wie Weizen usw. Linsen, Bohnen, Erbsen und andere Lebensmittel der nämlichen Art, Kartoffel per Hektoliter oder Liter;

b) Butter nach Pfund (Ganze, Halbe und Viertel).

c) Milch und Rham können in unbestimmten Quantitäten feilgeboten werden, doch ist es verboten sie anders als in Gegenwart des Käufers nach metrischem Maasse zu verkaufen.

Art. 3.- Es dürfen nur Lebensmittel wie Obst, Geflügel, Eier, Fische, Krebse, Schlachtvieh, Milch, Butter, Käse, sowie Sämereien, Getreide, Kartoffel, feilgeboten werden. Besonders verboten ist der Handel mit Kleidungsstücken, Zeugen, Wollstoffen, Krämereien und frischem oder geräuchertem Fleisch und Speck.

Art. 4.- Der Verkauf der ausgestellten Waren beginnt im Sommer d.h. vom 1. April bis 1. Oktober um 8 Uhr morgens und im Winter d.h. vom 1. Oktober bis 1. April um 8 $\frac{1}{2}$ Uhr morgens. Der Schluss ist auf die Mittagsstunde festgesetzt.

Wiederverkäufer dürfen erst eine Stunde nach Eröffnung des Marktes ihre Einkäufe machen.

Art. 5.- Alle Wochenmarktsartikel, welche von ausserhalb zu Markte gebracht werden, dürfen von den Händlern oder Wiederverkäufern, sowie von den Privatpersonen an keinen anderen

als an den für den Markt bestimmten Plätzen, auch nicht vor oder innerhalb der Ortschaft gekauft oder verkauft werden.

Art. 6. - Die Wagen müssen der Raumersparnis halber, soweit es tunlich beim Abladen nicht nebeneinander, sondern soweit als möglich einer hinter dem anderen auffahren.

Art. 7. - Die Wagen auf welchen die Waren zu Markte gebracht werden, sind nach erfolgtem Abladen vom Marktplatze zu entfernen, es sei denn, dass die Ware ihrer Beschaffenheit nach auf dem Wagen oder Karren verbleiben muss. Auch in der Umgebung des Marktplatzes müssen dieselben dermassen aufgestellt sein, dass die freie Zirkulation nicht gehindert ist und haben die Eigentümer derselben in dieser Beziehung den Anordnungen der Polizeiorgane unbedingten Gehorsam zu leisten.

Art. 8. - Die vor die Wagen resp. Karren gespannten Zugtiere müssen nach beendigtem Auffahren sofort ausgespannt und in irgend einen Stall geführt werden.

Art. 9. - Auch die Handwagen auf welchen die Waren zu Markte gebracht werden, sind nach dem Abladen vom Marktplatze zu entfernen.

Art. 10, 11. - (vorläufig ausser Kraft gesetzt durch Gemeinderatsbeschluss vom 16. 8. 1935).

Art. 12. - Handelsleute und Privatpersonen, welche Eier, die in Kisten aufbewahrt oder nicht mehr als frische Eier gelten, auf dem hiesigen Wochenmarkte zum Verkauf bringen, sind gehalten ihren Platz an der mit einem diesbezüglichen Schilde versehenen Stelle einzunehmen.

Diejenigen Personen, welche gelagerte oder konservierte sogenannte Kisteneier in hiesiger Gemeinde zum Verkauf bringen müssen auf ihren Behältern einen, auf einer in die Augen fallenden Stelle angebrachten Zettel befestigt haben, wo in deutlicher Schrift die Worte "Gelagerte Eier" oder "Konservierte Eier" sichtbar sind.

Art. 13. - Die Ausstellung bzw. das Aushängen von Waren aller Art vor und an den Häusern längs den Strassen ist ausdrücklich verboten, insofern die öffentliche Bewegungsfreiheit im mindesten dadurch behindert sein könnte.

Art. 14. - Die Verteilung der Plätze auf den Märkten und bei Gelegenheit der Kirchweihfeste, falls dieselben nicht versteigert werden, geschieht durch die Lokalpolizei nach den durch das Kollegium der Bürgermeister und Schöffen zu erteilenden Anweisungen.

Art. 15. - Es ist den Krämern bzw. Ausstellern verboten, einen anderen als den ihnen angewiesenen Platz zu besetzen.

Die Buden und alle sonstigen Vorrichtungen müssen den Vorschriften der Polizei gemäss aufgestellt und eingerichtet werden.

Die Buden und Vorrichtungen, wie auch alle auf Märkten und Messen zur Verwendung kommenden Werkzeuge und Geräte müssen sich beständig im Zustand der grössten Reinlichkeit befinden und allen Regeln der Gesundheitspflege entsprechen. Wer den diesbezüglichen Anordnungen nicht sogleich Folge leistet, wird vom Markte ausgeschlossen, unbeschadet der Anwendung der durch gegenwärtiges Reglement vorgesehenen Strafen und ohne Anspruch auf Rückzahlung der erlegten Platzgelder.

Art.16.- Das Feilbieten bezw. Verkaufen von Waren irgendwelcher Art vermittelt Ausrufen, Rabattes oder Steigpreises, wie auch in jeder anderen mit der öffentlichen Ordnung unvertäglichen Weise ist verboten.

Die Polizei kann die zuwiderhandelnden oder ordnungsstörenden Personen vom Markte ausschliessen.

Art.17.- (abgeändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 25. Juli 1947). (Neuer Text) Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen gegenwärtigen Reglementes werden mit einer Geldbusse von 50.- bis 500.- Franken und mit Gefängnis von 1 bis 7 Tagen oder blos mit einer dieser Strafengeahndet.

R E G L E M E N T

=====

betreffend die Kanzleitaxen -Verwaltungstaxen-

Gemeinderatssitzung vom 27. Februar 1946, genehmigt am 10.5.1946.
No. 818/45, Memorial No. 8/1950, Seite 178.

Der Gemeinderat :

Gesehen die Art. 99 und 107 der Verfassung;
Gesehen das Gemeindegesetz vom 24. Februar 1843;
In Erwägung, dass es angezeigt ist, die zum Privatgebrauche bei den städtischen Dienstzweigen verlangten Bescheinigungen mit Gebühren zu belegen;

Beschliesst mit allen Stimmen:

Art. 1.- Vorbehaltlich der durch Art. 2 vorgesehenen Ausnahmen werden vom 1. April 1946 ab für die zum Privatgebrauche bei den städtischen Dienstzweigen verlangten Bescheinigungen folgende Gebühren zu Gunsten der Stadtkasse erhoben :

Für Beglaubigung oder beglaubigte Abschrift,	Fr. 5.-
Beglaubigte Abschrift von Studienzeugnissen,	5.-
Bescheinigung zur Rückzahlung einer Sparkasseneinlage,	5.-
Bescheinigung einer Nachlassenschaft ohne Grundbesitz,	5.-
Lebensbescheinigung,	5.-
Aufenthaltsbescheinigung,	5.-
Führungszeugnis,	5.-
Ursprungszeugnis,	5.-
Bescheinigung zur Zollbefreiung,	5.-
Zoll-Anmeldeerklärung,	5.-
Bescheinigung zur Erlangung einer Eisenbahnvergünstigung,	5.-
Giftbescheinigung,	5.-
Sprengstoffbescheinigung,	5.-
Leichentransportschein,	5.-
Sonstige Bescheinigungen mit kommerziellem oder zivilem Wert,	5.-
Fremdenanmeldeerklärung,	10.-
Reisepass-Antrag,	10.-
Identitätskarte oder Personalausweis,	10.-
Politisches Führungszeugnis,	20.-
Ersatz einer Lohnsteuerkarte,	10.-
Ersatz eines Familienbuches,	10.-

Art. 2.- Von diesen Taxen sind enthoben die Bescheinigungen, die an als dürftig anerkannte Personen ausgestellt werden und diejenigen, deren unentgeltliche Ausstellung durch das Gesetz und die Reglemente vorgesehen ist.

Art. 3.- Die zur Ausführung dieses Reglementes erforderlichen Massnahmen werden von dem Kollegium der Bürgermeister und Schöffen getroffen.

R E G L E M E N T

=====

betreffend den Schulärzte-Dienst.

Gemeinderatssitzung vom 18. Juli 1947, genehmigt am 26.8.1947.

Der Gemeinderat beschliesst einstimmig:

in Abänderung seiner Beratung vom 24. Dezember 1913, genehmigt von der Oberbehörde am 19. März 1914, No. 910, seiner Beratung den schulärztlichen Untersuchungsdienst neu zu regeln durch Erlass nachstehenden Reglementes:

I. Allgemeine Bestimmungen.

Art. 1.- Im Interesse der Volksgesundheit und in Spezie zur Hebung des durch die Kriegsverhältnisse und Nachkriegsverhältnisse schwergeschädigten allgemeinen Gesundheitszustandes der Kinder wird für die Schulkinder der Primärschulen ein schulärztlicher Überwachungsdienst seitens der Gemeinde eingeführt.

Die Benutzung dieser Einrichtung ist für die in Art. 1 bezeichneten Personen unentgeltlich.

Die Untersuchung der Kinder erfolgt in dem im Schulgebäude "Grosstrasse 93" eingerichteten Schularztzimmer.

Art. 2.- Die mit der schulärztlichen Überwachung zu betrauernden Ärzte werden vom Gemeinderat ernannt und deren Entschädigung sowie die Klassenzuteilung gemäss Vereinbarung festgesetzt.

Jeder in der Stadt Rümelingen praktizierende Arzt kann auf Wunsch, turnusweise zum schulärztlichen Dienste zugelassen werden.

Art. 3.- Die Untersuchung der Kinder geschieht ausserhalb der Schulstunden und zwar zweimal im Jahre, je 1 mal während des Wintersemesters und des Sommersemesters.

Art. 4.- Das Dienstjahr beginnt am 1. Oktober und endet am 31. Juli.

Art. 5.- Die Schulärzte unterstehen in dienstlicher Beziehung dem Schöffenkollegium und der Schulkommission.

Art. 6.- Einmal jährlich und zwar wenigstens 14 Tage vor Beginn des neuen Schuljahres haben dieselben der Gemeindeverwaltung einen schriftlichen Bericht über die schulärztliche Tätigkeit des verflossenen Jahres vorzulegen.

Art. 7.- Die Schulärzte können von der Schulkommission als beratende Faktoren zugezogen werden.

II. Funktionen.

Art. 8. Die Schulärzte haben sich über sämtliche bestehenden oberbehördlichen Verfügungen betr. ärztliche Überwachung der Schulen zu informieren, um somit auf der Höhe ihrer Aufgabe zu sein, insbesondere wie sie durch Ministerialbeschluss vom 21. Januar 1919 festgelegt sind.

Art. 9. Die Funktionen als Schularzt begreifen :

- a) Genaue Untersuchung der Schulkinder auf ihre körperliche Gesundheit und Festlegung des Befundes in den sog. "fiches médicales";
- b) Überwachung der körperlichen und geistigen Entwicklung mit besonderer Berücksichtigung der Sinnesorgane. "Bei Feststellung von Sehschwäche ist das Schulkind einem Augenarzt zwecks Untersuchung zu überweisen und der augenärztliche Befund in der Kartei einzutragen".
- c) Anordnung spezieller gymnastischer Übungen für körperlich Rückständige oder für ansteckende Krankheiten besonders Disponierter (Tuberkulose usw.).
- d) Scharfe Kontrolle der Klasse bei herrschenden ansteckenden Krankheiten wie besonders bei Scharlach, Diphtherie, und Nervenfieber. In diesem Falle haben die Ärzte zu sorgen, dass auf administrativem Wege und unter Verständigung der zuständigen Instanzen eventuell Geschwister erkrankter Kinder bis zum Erlöschen der zeitlichen Ansteckungsmöglichkeit vom Schulbesuch ferngehalten werden.
- e) Schriftliche Benachrichtigung der Eltern bei festgestellter wichtiger Erkrankung. Die Schulärzte dürfen die erkrankten Kinder nicht in der Schulambulanz in Behandlung nehmen.
- f) Einsicht in die monatlichen und semestriellen sowie jährlichen Abwesenheitslisten behufs näherer Beobachtung der krankabwesenden Kinder.
- g) Vermerken der Kinder für eventuell Ferienheime, Waldschulen und dergleichen.
- h) Hilfeleistung bei Unglücksfällen in den Schulen.

Art. 10. Im Interesse des gemeinnützigen Zweckes müssen Ärzte und Lehrerschaft Hand in Hand arbeiten.

Die Schulräume und Nebengebäude müssen halbjährlich vom Arzt besucht werden. Derselbe erstreckt sich sowohl auf die Lage, den baulichen Zustand der Schule und Nebengebäude, die Zahl, den Rauminhalt und die Schülerzahl der Klasse, auf die Beleuchtung, die Lüfterneuerung, die sanitären Anlagen, die Reinigung und Desinfektion, das Trinkwasser, die Brause- und Duschanlagen und die Salubrität im allgemeinen.

Art. 11. Das Reglement vom 24. Dezember 1913 über den schulärztlichen Untersuchungsdienst ist ausser Kraft gesetzt.

REGLEMENT

betreffend den Schulzahnarzt-Dienst.

Gemeinderatsitzung vom 20. Dezember 1946, genehmigt am 19.7.1947.

Der Gemeinderat beschliesst einstimmig :

In Abänderung seiner Beratung vom 4. März 1927, genehmigt von der Oberbehörde am 23. April 1927, No. 1039, den schulzahnärztlichen Dienst neu zu regeln durch Erlass nachstehenden Reglementes :

Art. 1.- Zweck. Ab 1. Januar 1947 wird in den Schulen der Gemeinde Rümelingen ein Schulzahnarztendienst eingerichtet, dessen Zweck darin besteht, alle Kinder der Primärschulen unentgeltlich auf den Zustand ihrer Mundhöhle zu untersuchen, um dadurch die Hebung der allgemeinen Volksgesundheit zu beschleunigen und zu erhalten.

Die Untersuchung der Kinder erfolgt in dem im Schulgebäude "Grosstrasse 93" eingerichteten Schularztzimmer.

Art. 2.- Person. Die schulzahnärztliche Untersuchung wird zwei Schulzahnärzten übertragen, die vom Gemeinderat ernannt und deren Entschädigung gemäss einer Vereinbarung festgesetzt werden. Die Schulzahnärzte unterstehen in dienstlicher Hinsicht dem Schöfferrat und der Lokal-Schulkommission. Es können nur inländisch approbierte Zahnärzte mit diesem Amt betraut werden.

Art. 3.- Dauer. Das Dienstjahr beginnt am 1. Oktober und endet am 31. Juli. Die schulzahnärztliche Untersuchung hat ausserhalb der Schulzeit zu geschehen.

Art. 4.- Arbeit. Jedes Kind muss wenigstens zweimal im Jahr und zwar erstmalig während des Wintersemesters und zweimalig während des Sommersemesters auf die kranken Zähne untersucht werden. Bei Feststellung von Erkrankungen werden die Eltern über die Erkrankung benachrichtigt zwecks Veranlassung der Behandlung durch die Privatpraxis.

Über den bei der Untersuchung festgestellten Befund ist ein Vermerk in die Karteikarte des Schulkindes einzutragen.

Art. 5.- Ausführung. Die Namen der Kinder, bei denen kranke Zähne festgestellt werden, sind in besondere Listen einzutragen.

Am Schlusse des Dienstjahres ist der Gemeindeverwaltung ein Bericht über die Tätigkeit der Schulzahnärzte vorzulegen. Derselbe soll enthalten :

- a) Die Zahl der untersuchten Kinder nach Schulen getrennt;
- b) Die Zahl und Art der festgestellten Erkrankungen;
- c) Die Zahl der gemäss Konsultationen an die Privatpraxis überwiesenen Kinder;
- d) Bemerkungen über die gemachten Erfahrungen;
- e) Etwaige Vorschläge.

Art.6.- Das Reglement vom 4. März 1927 über den schulzahnärztlichen Dienst ist ausser Kraft gesetzt.

